



Schriftenreihe  
Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Zur Wahrnehmung und Definition von  
Sicherheit durch die Bevölkerung.  
Erkenntnisse und Konsequenzen aus  
der kriminologisch-  
sozialwissenschaftlichen Forschung

D. Ziegleder, D. Kudlacek, T. Fischer

# Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch- sozialwissenschaftlichen Forschung

D. Ziegleder, D. Kudlacek, T. Fischer





Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Schriftenreihe Sicherheit Nr. 5

März 2011

ISBN: 978-3-929619-67-6

---

Anschrift:	Tel: +49 (0)30 838 57367
Freie Universität Berlin	Fax: +49 (0)30 838 57399
Fabeckstr. 15	<a href="http://www.schriftenreihe-sicherheit.de">www.schriftenreihe-sicherheit.de</a>
14195 Berlin	<a href="mailto:kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de">kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de</a>

---

#### Über die Autoren

---

Dr. Diana Ziegleder ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Sie promovierte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum Thema Wirtschaftskriminalität.

Dominic Kudlacek ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum. Zwischen 2007 und 2009 war er an einem Projekt des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen beteiligt, das sich mit dem Phänomen der Kriminalitätsfurcht am Beispiel einer deutschen Kleinstadt beschäftigte.

Thomas A. Fischer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum. Als langjähriger Mitarbeiter am Institut für Kriminologie Tübingen war Thomas A. Fischer an mehreren Forschungsprojekten zu den Themen Jugendkriminalität, Jugendstrafvollzug sowie Straffälligenhilfe beteiligt.

#### Kontakt zu den Autoren

---

Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft Ruhr-Universität Bochum	Universitätsstr. 150, GC 5/33 D-44801 Bochum Tel.: 0234-32-25247 Fax: 0234-32-14328
Dr. Diana Ziegleder, Thomas Fischer und Dominic Kudlacek	





## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	8
1. Einleitung und Überblick .....	9
2. Definition von (öffentlicher, innerer) Sicherheit durch die Bevölkerung.....	11
2.1 Definitionen von Sicherheit in der Bevölkerung .....	11
2.2 Zentrale Ergebnisse und methodische Probleme .....	12
2.2.1 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick.....	13
2.2.2 Deliktspezifische Erkenntnisse .....	15
2.2.3 Methodische Probleme .....	16
2.3 Kriminalität als Konstrukt .....	18
2.4 Zusammenfassung/Zwischenfazit.....	18
3. Objektive und subjektive Sicherheit: Zum Widerspruch zwischen Angst und tatsächlicher Lage .....	21
3.1 Soziale und personale Kriminalitätsfurcht.....	21
3.2 Ergebnisse kriminologischer Forschung.....	22
3.3 Kriminalitätsfurcht-Paradoxon.....	27
3.4 Mehrdimensionalität der personalen Kriminalitätsfurcht.....	28
3.4.1 Kognitive Dimension.....	29
3.4.2 Affektive Dimension .....	29
3.4.3 Konative Dimension .....	30
3.5 Zusammenfassung/Zwischenfazit.....	30
4. Beeinflussungsfaktoren der Wahrnehmung von (individueller) (Un-)Sicherheit .....	32
4.1 Erklärungsansätze zum (Un-)Sicherheitsgefühl.....	33
4.1.1 Viktimisierungsperspektive: Direkte und indirekte Viktimisierung .....	34
4.1.2 Soziale-Kontrolle-Perspektive: Sozialer Nahraum und Nachbarschaft.....	37



4.1.3 Soziale-Probleme-Perspektive: Öffentlichkeit und Medien .....	39
4.2 Das Interaktive Verständnismodell nach Boers .....	41
4.3 Zusammenfassung/Zwischenfazit.....	44
5. Die Bewältigung von Gefühlen der Unsicherheit seitens der Bevölkerung.....	47
5.1 Copingfähigkeiten .....	48
5.1.1 Personale Indikatoren .....	48
5.1.2 Soziale Indikatoren .....	48
5.1.3 Aktive Copingfähigkeit – Passive Copingfähigkeit – Hilflosigkeit .....	49
5.2 Schutzpraktiken .....	50
5.2.1 Vermeidendes Schutzverhalten .....	52
5.2.2 Wachsamkeit .....	53
5.2.3 Maßnahmen zur Sicherung der Wohnung .....	54
5.3 Typologie von Sicherheitsmentalitäten (nach Klimke).....	56
5.3.1 Der pragmatische Typus .....	57
5.3.2 Der ängstliche Typus .....	58
5.3.3 Der furchtlose Eingreifer .....	58
5.3.4 Der anklagende Typus .....	59
5.3.5 Der responsabilisierte Typus .....	60
5.4 Individueller Selbstschutz vs. staatliche Verantwortung .....	60
5.5 Zusammenfassung/Zwischenfazit.....	64
6. Bürgerschaftliches Engagement als Weg zu mehr subjektiver Sicherheit? .....	67
6.1 Der „Broken-Windows“-Ansatz .....	67
6.2 Missverständnisse um den „Broken-Windows“-Ansatz: Die Zero Tolerance Policy in New York .....	69
6.3 Soziale Kohäsion.....	70
6.4 Community-Policing in den USA .....	72



6.5 Bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Community-Policings in Deutschland .....	73
6.6 Chancen und Grenzen bürgerschaftlicher Partizipation im Kontext Innerer Sicherheit .....	75
6.7 Zusammenfassung/Zwischenfazit.....	76
7. Herausforderungen an die Politik (Empfehlungen).....	79
Literaturverzeichnis.....	82





## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Studien zur Kriminalitätsfurcht nach geografischer Reichweite und Thematik (Kreuter, 2002, S. 41) .....	13
Abbildung 2-2: Geschlecht und deliktdifferenzierte Kriminalitätsfurcht in NRW in Prozent (LKA NRW, 2006, S. 29) .....	15
Abbildung 3-1: Komponenten des subjektiven Sicherheitsgefühls (in Anlehnung an Frevel 1999) .....	22
Abbildung 3-2: Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 sowie die Einschätzung der Bevölkerung (nach Windzio et al., 2007) .....	23
Abbildung 3-3: Kriminalitätsfurcht in Prozent (Dittmann, 2008, S. 306) .....	24
Abbildung 3-4: Kriminalitätsfurcht in Deutschland - 1982-2000 (Dittmann 2005b, S. 8) .....	26
Abbildung 3-5: Große Sorgen in der Bevölkerung um Kriminalitätsentwicklung, Frieden und Umweltschutz in Prozent (Dittmann, 2009, S. 5) .....	26
Abbildung 3-6: Mehrdimensionalität der personalen Kriminalitätsfurcht.....	28
Abbildung 4-1: Einflüsse auf das Sicherheitsgefühl (Frevel, 1999, S. 73).....	42
Abbildung 4-2: Interaktives Verständnismodell von Kriminalitätseinstellungen (Boers und Kurz, 1997a) .....	43
Abbildung 5-1: Copingfähigkeiten mit konkreter Bedrohungssituation (Boers und Kurz 1997a).....	50
Abbildung 5-2: Häufigkeiten der einzelnen Schutzmaßnahmetems (Klimke, 2008, S. 149) .....	51
Abbildung 5-3: Mentalitätstypen (Klimke, 2008, S. 224f) .....	56
Abbildung 6-1: Problemsicht, Kriminalitätsfurcht und Kriminalität (Hermann, 2007, S. 9) .....	68
Abbildung 6-2: Übersicht zu Standarditens zur Erfassung der Sozialen Kohäsion und der Collective Efficacy (in Anlehnung an Oberwittler, 2003, S. 41 und Baier et al., 2009).....	71



## 1. Einleitung und Überblick

„Ein Leben ohne kriminelle Bedrohung gehört zu den elementaren Voraussetzungen individueller Entfaltung“<sup>1</sup>, so die Festlegung des Bundesministeriums des Inneren. Was aber stellt für die Bevölkerung Sicherheit dar? Welche Faktoren beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrem alltäglichen Handeln? Und wie stehen diesem subjektiven Sicherheitsempfinden wissenschaftliche Erkenntnisse gegenüber? Diese Fragen sollen im Folgenden aus einer kriminologischen Sichtweise beantwortet werden.

Die Kriminologie setzt sich seit den 60er Jahren unter den Stichworten *Kriminalitätsfurcht*, *Kriminalitätsbelastung* oder *(Un)Sicherheitsgefühl* mit diesem Thema auseinander. Insbesondere kriminalpolitisch, so der Ansatz der Forscher, ist es unerlässlich, sich der tatsächlichen und der subjektiv gefühlten Bedrohung der Bürger zu stellen (PSB, 2006, S. 486, Schwind et al., 2001, S. 216). Kriminalitätsfurcht ist eng mit dem Vertrauen der Bevölkerung in die Durchsetzungskraft des Rechtsstaates verknüpft, dessen Aufgabe es ist, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen (Schwind et al., 2001, S. 216). Mit Hilfe verschiedener Datenquellen kann die Kriminologie heute zum Verständnis des individuellen Sicherheitsgefühls der Bürger fundierte Forschungsergebnisse beitragen. Dies ermöglicht eine Einschätzung der Kriminalitätsfurcht in Deutschland sowie möglicher Entwicklungstrends.

Der Begriff *Sicherheit* ist inzwischen zu einem zentralen Schlüsselbegriff kriminologischer Forschung geworden (Zedner, 2009, S. 1). Seine Wurzeln liegen in der Diskussion um Unsicherheiten (Stichwort „Risikogesellschaft“ bei Beck, 1986) im 21. Jahrhundert (Zedner, 2009, S.1). Im Mittelpunkt der aktuellen kriminologischen Diskurse steht die soziale Kontrolle von Kriminalität (ebd.). Primär richtet sich das Augenmerk auf den Wandel ebendieser, welcher mit einer Aktivierung der Bürger (Zivilcourage) und einer Verantwortungsverlagerung ins Private (Privatisierung von Sicherheit) einhergeht (Cohen, 1985; Zedner, 2006). In einer Untersuchung zur Rolle der privaten Sicherheit in England zeigt sich eine Entwicklung, die sich auch in Deutschland widerspiegelt. In den letzten 20 Jahren fand dort eine Verantwortungsverschiebung vom Staat auf die Bürger und die zivilgesellschaftlichen Institutionen statt (Hope und Trickett, 2004, S. 464). Des Weiteren stehen Aufdeckung und Verhinderung von Gelegenheiten (Routine Activity; Rational Choice) im Forschungsinteresse.

---

<sup>1</sup> Website des Bundesministeriums des Inneren. Verfügbar unter: [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/SicherheitAllgemein/Kriminalitaet/Kriminalitaet\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/SicherheitAllgemein/Kriminalitaet/Kriminalitaet_node.html) (Datum des Zitats: 11.01.2011).



In den nachfolgenden Kapiteln werden zu diesem spannenden Forschungsfeld folgende Schwerpunkte herausgearbeitet und mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen unterlegt:

*Kapitel 2* nimmt die Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung in den Blick. Was versteht die Bevölkerung unter Sicherheit aus dem Blickwinkel der Kriminologie und welche zentralen Befunde kann die Kriminologie hierzu beitragen?

In *Kapitel 3* werden die Bezugspunkte und verschiedenen Dimensionen der Kriminalitätsfurcht erörtert. Darüber hinaus werden die zentralen Ergebnisse dargestellt.

Erklärungsansätze und Beeinflussungsfaktoren von individueller (Un-)Sicherheit (Ursachen und Wahrnehmung) sind Thema des *Kapitels 4*.

Nach diesen Ausführungen werden in *Kapitel 5* die Reaktionen der Bevölkerung auf das Unsicherheitsgefühl genauer betrachtet. Wie werden Gefühle der Unsicherheit durch die Bevölkerung bewältigt?

In *Kapitel 6* werden die Möglichkeiten und Grenzen eines bürgerschaftlichen Engagements für mehr Sicherheit thematisiert.

Die daraus entstehenden Herausforderungen an die Politik (Empfehlungen) beenden die Expertise in *Kapitel 7*.



## 2. Definition von (öffentlicher, innerer) Sicherheit durch die Bevölkerung

### 2.1 Definitionen von Sicherheit in der Bevölkerung

Das Thema Sicherheit und Kriminalität in der Bevölkerung bestimmt die modernen Gesellschaften von Beginn an (Groenemayer, 2010, S. 8). Unsicherheit bedroht die soziale Ordnung und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Was jedoch unter Sicherheit verstanden wird und welche Reaktionen auf Kriminalität erfolgen, ist Ergebnis eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses und wird nicht alleinig von der staatlichen Politik festgelegt (ebd., S. 8). Neben aktuellen terroristischen Bedrohungslagen, ´gefährlichen Serientätern´ und ´pädophilen Kinderschändern´ (ebd., S. 8) hat in den letzten Jahren die Wahrnehmung von Sicherheit im öffentlichen Leben eine große Rolle in der öffentlichen Meinung gespielt. Gewalttätige Übergriffe durch Jugendliche in U-Bahnen sowie Amokläufe an Schulen führten dazu, dass das Thema Sicherheit eine starke Bedeutung erhielt und auch in der Politik zu einem wichtigen Thema wurde (vgl. Rölle, 2010, S. 89).

Die Bürger in Deutschland sind mit einer „Allgegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit“ (Groenemayer, 2010, S. 11) konfrontiert. Individuelle Ängste, tatsächlich selbst Opfer von Straftaten zu werden, sind vielfach durch allgemeine Ängste vor Gefahren überlagert. Insgesamt zeigt sich in vielen Erhebungen, dass das Thema Kriminalität jedoch seit Jahren eine eher geringere Rolle in den Ängsten der deutschen Bevölkerung einnimmt. Soziale Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Rente oder Gesundheit sind für das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger deutlich entscheidender. Wenn die Bevölkerung jedoch die Anzahl von Straftaten einschätzen soll, überschätzt sie den Anteil schwerer Gewaltdelikte an der Gesamtkriminalität deutlich (im Vergleich zur polizeilichen Kriminalstatistik). Auch Verwahrlosungserscheinungen im persönlichen Wohnumfeld beeinflussen die Befürchtungen, selbst Opfer einer Straftat zu werden. Deutlich haben Frauen und ältere Menschen eine erhöhte Kriminalitätsfurcht, auch weil sie sich verwundbarer fühlen als andere Bevölkerungsteile (Vulnerabilität).

Mit dieser Gegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit gehen die Bürger unterschiedlich um. Sie muss nicht unbedingt zu einer höheren Kriminalitätsfurcht führen, deutlich ist aber, dass sie zu einem Teil Grund für Vermeidungs- bzw. Sicherungsverhalten im Alltag ist (Groenemayer, 2010, S. 11). Auch der stetig wachsende Markt der privaten Sicherheitsindustrie profitiert von Kriminalitätsängsten, die der Staat durch seine Akteure (Polizei) der Bevölkerung nicht allumfassend nehmen kann.

Ohne Medien und die Darstellung von Kriminalität in den Medien ist ihre „Allgegenwärtigkeit (...)“ und ihre Konstruktion als Bedrohung von Sicherheit (...) nicht denk-



bar“ (ebd., S. 11) (Stichwort Mediatisierung bei Reichertz, 2010). Studien zeigen, dass „Unsicherheitsgefühle weniger durch konkrete Gewalterfahrungen, sondern vielmehr durch das ‚Hören davon‘ im eigenen sozialen Umfeld oder durch die Medien entstehen“ (Röfle, 2010, S. 89).

Die *Kriminologie* fragt gerade vor dem Hintergrund der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus nach der Ausgewogenheit zwischen Sicherheit und Freiheit (Zedner, 2009, S. 6). Für die Wissenschaft ist Sicherheit ein fließendes Konzept, deren Erreichbarkeit (völlige Sicherheit) nicht möglich ist, weil schon morgen neue Unsicherheiten auftreten können (ebd., S. 14). „Sicherheit ist dann eine Situation in der der Bürger vor Bedrohungen geschützt ist – entweder durch ihre Neutralisierung, durch Vermeidung oder durch risikoarmes Verhalten“ (ebd., S. 14). Was Menschen unter Sicherheit verstehen, ist immer von den jeweiligen Werten/Wertesystemen abhängig. Sicherheit ist subjektiv und im ständigen Wandel (ebd.). Das Sicherheitsgefühl beschreibt das individuelle Gefühl von Sicherheit als Abwesenheit von Furcht bzw. Angst vor bestimmten Gefahren (ebd.). Es ist als ein mehrdimensionales Gefüge von kriminalitätsbezogenen Einstellungen zu verstehen, welches eine affektive, eine kognitive sowie eine konative Dimension aufweist. Im Ergebnis des Zusammenspiels dieser sich gegenseitig beeinflussenden Dimensionen konstituiert sich eine subjektive eingeschätzte, personenbezogene Vulnerabilität, welche das Sicherheitsgefühl bestimmt.

Die Zuwendung der Kriminologie hin zur Perspektive der Opfer von Kriminalität (Viktimisierung) führte auch zu einer stärkeren Berücksichtigung der Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung im Allgemeinen. Zunehmend wurden Bedürfnisse des Bürgers nach Sicherheit sowie Ansätze der Kriminalprävention thematisiert, auch um Kriminalität vorzubeugen. Studien zur Kriminalitätsfurcht nehmen heute neben objektiven Daten der Kriminalstatistik insbesondere subjektive Ängste im Alltag der Bürger in den Blick. Hier spielen die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus, einbegriffen das eigene Wohnumfeld und darin vorhandene äußere Bedingungen eine wichtige Rolle. Vandalismus, die Anzahl von Wohnungseinbrüchen oder Schlägereien in der eigenen Wohngegend bestimmen die konkrete Kriminalitätsfurcht. Auch der individuelle Lebensstil sowie bestehende kultur-normative Orientierungen sind für das Sicherheitsempfinden bedeutsam. Für die Kriminologie ist es also grundlegend, dass zwischen der Bedrohung der Gesellschaft im Allgemeinen (soziale Kriminalitätsfurcht) sowie der personalen Kriminalitätsfurcht, also der Angst, selbst Opfer zu werden, unterschieden wird. Diese Unterscheidung wird im Alltag eher nicht vorgenommen.

## 2.2 Zentrale Ergebnisse und methodische Probleme

Die Kriminologie arbeitet mit verschiedenen Methoden und Indikatoren, um Kriminalität zu erfassen. Dafür werden sogenannte Hellfelddaten (z.B. Polizeiliche Kriminal-



statistik – PKS) der offiziell registrierten Kriminalität herangezogen. Desweiteren können Daten aus Dunkelfeldbefragungen (z.B. einer repräsentativen Bevölkerungsgruppe), Opferbefragungen (sogenannte Viktimisierungsstudien) sowie Täterbefragungen die Erkenntnisse zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland erweitern. Verschiedene Befragungen versuchen zudem, das subjektive Sicherheitsgefühl und damit verbundene Ängste in der deutschen Bevölkerung zu erheben. Insbesondere ist von Interesse, „mit welchen spezifischen Einflussfaktoren die einzelnen Komponenten der Kriminalitätsfurcht in Zusammenhang stehen“ (Schwind et al., 2001, S. 227) (zur Unterscheidung affektiv, kognitiv und konativ siehe Kapitel 3 und 4). Als zentrale Einflussfaktoren für die Risikowahrnehmung gelten die Charakteristik der Wohnumgebung (incivilities), Viktimisierungserfahrung, Lebensstil, Vulnerabilität, Geschlecht, Alter und Einkommen (vgl. Kreuter, 2002, S. 34 ff).

Insgesamt zeigt sich, dass eine „einfache Gegenüberstellung“ (Kreuter, 2002, S. 18) der polizeilich erfassten Delikte und der subjektiven Kriminalitätsfurcht nicht funktioniert. Gerade Bevölkerungsgruppen mit einer niedrigen Viktimisierungsrate leiden unter einer erhöhten Kriminalitätsfurcht (ebd., Stichwort „Kriminalitätsfurcht-Paradoxon“ siehe Kapitel 3). Diese Differenz führte dazu, dass es seit vielen Jahren sehr unterschiedlich konzipierte und auf unterschiedlichem Niveau durchgeführte Studien zur Kriminalitätsfurcht gibt (ebd.).

Einen Überblick über Studien zur Kriminalitätsfurcht, gegliedert nach geographischer Reichweite und Thematik, gibt die nachstehende Tabelle:

**Abbildung 2-1: Studien zur Kriminalitätsfurcht nach geografischer Reichweite und Thematik (Kreuter, 2002, S. 41)**

	Kommunal/Regional	Bundesweit	International
Monothematische Studien	Polizeidirektionen; Forschungsgruppen; Universitäten	Ministerien; Universitäten; Institute	Institute; Forschungsgruppen
Mehrthemenumfragen	Kommunen; Städte	Institute; Marktforschung	Marktforschung

### 2.2.1 Ausgewählte Ergebnisse im Überblick

Die Ergebnisse der Forschung werden ausführlich in den folgenden Kapiteln dargestellt, an dieser Stelle sei jedoch auf einige wiederkehrende Aussagen verwiesen:

Insgesamt wird bei einer allgemeinen Frage nach der Kriminalitätshäufigkeit in der Bevölkerung eine in Teilen deutlich höhere Deliktanzahl vermutet als tatsächlich sta-



tistisch erfasst wird (siehe Kapitel 3 zum Widerspruch zwischen Angst und tatsächlicher Lage).

Frauen äußern regelmäßig stärker ausgeprägte Kriminalitätsfurcht als Männer (vgl. bspw. Schwind et. al, 1989 und 2001) und ältere Menschen verspüren mehr Kriminalitätsfurcht als jüngere Menschen (vgl. bspw. Herbst, 2011). Im Hinblick auf die nachweislich geringere Viktimisierungswahrscheinlichkeit dieser beiden Personengruppen handelt es sich hierbei um einen zunächst irritierenden und paradox wirkenden Befund, der in Kapitel 3.3 näher behandelt wird.

Bei älteren Menschen wird ein erhöhtes Vermeidungsverhalten sowie ein erhöhtes Risikobewusstsein festgestellt. Ein erhöhtes Vermeidungsverhalten kann bei Frauen generell festgestellt werden. Im Gegensatz in etwa zu jungen Männern, meiden jüngere und ältere Frauen bestimmte öffentliche Orte, aus Furcht Opfer von Straftaten zu werden. Schutzpraktiken bestehen aber nicht nur aus Vermeidungsverhalten, sondern auch aus vorgreifenden Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel die Sicherung der Wohnungstür. Auch wenn junge Männer den öffentlichen Raum nicht meiden, berichten sie in jüngeren Studien vermehrt von wachsamem Schutzpraktiken im öffentlichen Raum. Mit zunehmendem Alter steigt jedoch auch bei männlichen Befragten die Häufigkeit vermeidender Schutzmaßnahmen, was – ebenso wie bei älteren Frauen – auch mit Entfremdungsprozessen und Ressentiment gegenüber dem sozialen Wandel in Zusammenhang steht (vgl. ausführlich Kapitel 5).

Kriminalitätsfurcht zeigt sich bei Menschen, die in Großstädten leben, häufiger als bei Menschen, die in kleineren, ländlicheren Gemeinden leben (vgl. Sessar et al., 2008).

Die größte Anzahl von Studien findet sich auf kommunaler und regionaler Ebene (Kriminologische Regionalanalysen). Dort wurden seit den 90er Jahren Studien zum Sicherheitsempfinden und zur Kriminalitätsfurcht durchgeführt (vgl. Kreuter, 2002, S. 42). Deren Fokus liegt auf der unmittelbaren Wohnumgebung sowie auf Faktoren, die durch die Kommune/Stadt beeinflusst werden können (z.B. Zufriedenheit mit der Polizei, vgl. Schwind et al., 2001). Hier wird ein Zusammenhang zwischen der Wohnumgebung und dem Ausmaß der Kriminalitätsfurcht, insbesondere bei Zeichen sozialer Unordnung (z.B. Graffitis), festgestellt.

Generell beeinflussen eigene Viktimisierungserfahrungen die Einstellung zum Sicherheitsgefühl, wobei die Studien hier überwiegend einen Unterschied in der Opferwerdungserwartung feststellen, nicht jedoch in der tatsächlichen Kriminalitätsfurcht. Es hängt von einer Vielzahl von Einflussfaktoren im Rahmen der eigenen Viktimisierung ab, welche Veränderungen hinsichtlich der Kriminalitätseinstellungen und damit dem Sicherheitsgefühl der Opfer stattfinden. Die unterschiedlich schweren Auswirkungen der verschiedenen Delikte sind ebenso entscheidend wie die persönlichen aber auch



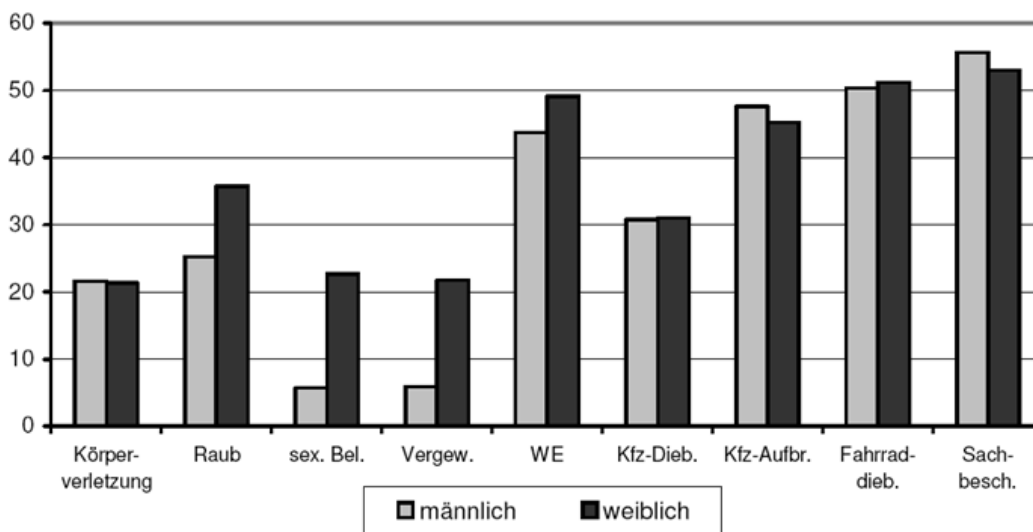
sozialen Bewältigungsfähigkeiten, d.h. wie das Schutz- und Vermeideverhalten ebenso wie die Unterstützung im sozialen Umfeld (siehe ausführlich Kapitel 4).

Die Wahrnehmung von Unsicherheiten scheint insgesamt abhängig von den Ressourcen, die Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen und räumlichen Lebensbedingungen zur Verfügung haben.

## 2.2.2 Delikt spezifische Erkenntnisse

Viele der vorhandenen Studien zur Kriminalitätsfurcht erheben diese ohne eine Unterscheidung von Delikten. Dies führt dazu, dass die Befragten „über eine – dem Interviewer unbekannt – Anzahl verschiedener Delikte mitteln“ (Kreuter, 2002, S. 40). Dieser Problematik soll im Folgenden durch eine Betrachtung von ausgewählten Deliktbereichen begegnet werden. Jedoch nehmen nur wenige Untersuchungen zum Sicherheitsgefühl einzelne Kriminalitätsphänomene näher in den Blick.

**Abbildung 2-2: Geschlecht und deliktdifferenzierte Kriminalitätsfurcht in NRW in Prozent (LKA NRW, 2006, S. 29)**



Entgegen des allgemeinen, zuweilen in den Medien vermittelten, Eindrucks verzeichnet die polizeiliche Kriminalstatistik als häufigste Straftaten Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung und Unterschlagung. Insgesamt ist die Zahl der registrierten Delikte seit Jahren relativ konstant (vgl. Heinz, 2007).

Allgemein werden insbesondere die Anteile von *Gewaltdelikten* an der Gesamtkriminalität stark überschätzt. Gerade hier werden Zunahmen vermutet, die so tatsächlich nicht in den polizeilichen Statistiken auftauchen – im Gegenteil (Schwind et al., 2001 und ausführlicher Kapitel 3). Mit drei Prozent der gesamten registrierten Kriminalität





sind sie jedoch mehr ein qualitatives Problem und beinhalten sowohl jugendtypische Raufereien wie auch schwere Gewalttaten (ebd., S. 5). Dörmann und Remmers zeigten in ihrer Studie 1998, dass Schlägereien und Überfälle in der eigenen Wohngegend Bürger beunruhigen (ebd., 2000, S. 43ff). Diese Delikte werden auch als „besonders schlimm“ eingestuft (ebd., S. 108ff). Gerade im Hinblick auf das Zusammenleben der Generationen wirken sich auch herumlungernde Jugendlichen und Pöbeleien negativ auf das Sicherheitsgefühl aus.

*Wohnungseinbrüche* in der eigenen Wohngegend führen (so Dörmann und Remmer, 2000, S. 45) zu sehr hohen Werten der Beunruhigung und Angst. Dieses Delikt wird ebenfalls als „besonders schlimm“ eingestuft (ebd., S. 112). Eigentums- und Vermögensdelikte werden zudem in der PKS vermehrt registriert (Heinz, 2007). Geschlecht ist eine wichtige Determinante bei deliktabhängiger Kriminalitätsfurcht. So zeigen sich zum Beispiel für die Furcht vor Wohnungseinbrüchen höhere Werte bei Frauen als bei Männern (LKA NRW, 2006, S. 29).

In einer Analyse der polizeilichen Daten zeigt Görge, dass es gerade in Bereichen der *Eigentums- und Vermögenskriminalität*, Fälle gibt bei denen insbesondere ältere Menschen gezielt als Opfer ausgesucht werden (Görge, 2010, S. 12). „Musterbeispiele hierfür sind der sogenannte „Enkeltrick“, bei dem eine Verwandtschaftsbeziehung und eine finanzielle Notlage vorgetäuscht wird (...) sowie zahlreiche Varianten von Trickdiebstählen (etwa „Stadtwerketrick“), bei denen Täter unter dem Deckmantel einer professionellen Identität Zutritt zur Wohnung des Opfers erlangen und dieses ablenken, während ein weiterer Täter die Wohnung (...) durchsucht“ (ebd., S. 12). Weitere Deliktbereiche in denen ältere Menschen häufiger zum Opfer werden stellen die Deliktbereiche Handtaschenraub, Misshandlung von Schutzbefohlenen, Mord in Verbindung mit Raubdelikten und fahrlässige Tötung dar (ebd., S. 11).

### 2.2.3 Methodische Probleme

Wie aus dieser kurzen Zusammenstellung, die sich nicht als vollständig begreift, sichtbar wird, liegen für Deutschland zahlreiche Studien zum Thema Sicherheitsempfinden vor. Einige von ihnen werden auch wiederholt durchgeführt, so dass sie Einblicke in die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht erlauben.

Die Studienergebnisse haben jedoch mit einer Reihe von methodischen Problemen zu kämpfen. Generell beruhen die in Deutschland vorhandenen vielen einzelnen kleinen und größeren Studien zur Kriminalitätsfurcht methodisch auf unterschiedlichen Konzeptionen sowie unterschiedlichen Theorien und sind deshalb selten miteinander vergleichbar.

Beginnend mit der Formulierung der Fragen mit unterschiedlichen Definitionen von Kriminalität und Delikten bis hin zu Fragen der Repräsentativität oder Fragen der Er-



fassungen von Kriminalität im Hell- und Dunkelfeld gibt es viele Kritikpunkte, die von Kriminologen bemängelt werden. Gerade der Vergleich von polizeilichen Hellfelddaten mit den subjektiven Einschätzungen ist sehr anfällig für Messfehler (hinsichtlich Zeit, Ort, Person), so dass die „Erfassung und Interpretation der beiden Indikatoren `Belastung` und `Furcht` sehr fraglich ist“ (Kreuter, 2002, S. 18 unter Verweis auf Heinz, 1998). Die amtliche Kriminalstatistik erfasst immer nur einen Ausschnitt der Kriminalitätswirklichkeit. So sind die polizeilich registrierten Deliktzahlen weitestgehend vom Anzeigeverhalten abhängig. Veränderungen der registrierten Kriminalität können deshalb von Änderungen der Kriminalitätswirklichkeit aber auch Änderungen im Anzeigeverhalten oder in der Kontrolle und Aufmerksamkeit staatlicher Ermittlungsbehörden bestimmt sein.

Im Vergleich der verschiedenen Studien zur subjektiven Kriminalitätsfurcht sowie zur Viktimisierung zeigt sich, dass das Konzept „Kriminalitätsfurcht“ durchaus unterschiedlich interpretiert und mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt wird (kritisch siehe Kreuter, 2002). Am häufigsten wird Kriminalitätsfurcht über die als „Standardindikator“ bezeichnete Fragestellung „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie Abends bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen“ erhoben (Reuband, 2010, S. 122). Diese Vorgehensweise wird wegen einer damit einhergehenden Überschätzung bei unterschiedlichen Teilstichproben kritisiert (vgl. dazu PSB, 2006, S. 528). Kreuter stellt insbesondere die Problematik der „weitgehend theoriefreien Messungen“ (ebd., 2002, S. 25) in den Mittelpunkt der Kritik. Dabei werde zumeist nach der Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung gefragt (siehe ausführlich Kapitel 3). Nicht alle Autoren kritisieren die unterschiedlichen Vorgehensweisen. Luff (2004) betont die Möglichkeiten für kriminalpolitische Strategien, durch eine auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse ausgelegte Analyse des Dunkelfeldes und der Kriminalitätsfurcht, auch wenn dies die Vergleichbarkeit zwischen den Studien erschwert.

Die Studien der Meinungsforschungsinstitute erheben zumeist nur wenige Indikatoren. „Wichtige erklärende Größen wie Vulnerabilität, soziale Einbindung, Wahrnehmung sozialer Verhältnisse im Stadtteil sowie Opfererfahrungen werden nicht einbezogen, weshalb sie zwar für die Beschreibung von Veränderungen im Zeitverlauf wichtige Hinweise bieten, eine differenzierte Analyse von besonders belasteten Teilgruppen sowie die Aufklärung von Ursachen aber kaum erlauben“ (PSB, 2006, S. 490).

Görgen sieht zudem das Konzept des „Kriminalitätsfurchtsparadoxons“ kritisch (ebd., S. 24). In Bezug auf ältere Menschen ist die Erfassung von Vorsichtsverhalten als Indikator für Kriminalitätsfurcht demnach ungenau, da sie sich auch aufgrund befürchteter tatsächlich gravierender Tatfolgen (Verletzungen und Heilungsprozess) vorsichtiger verhalten. Eine regelmäßige repräsentative Befragung wie in den USA (National Victimization Crime Survey) fehlte bislang. Seit 2010 läuft jedoch eine entsprechende Studie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Un-



ter dem Titel „Sicherheiten, Wahrnehmungen, Lagebilder, Bedingungen und Erwartungen – Ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland, BaSiD (Barometer Sicherheit in Deutschland)“ widmet sich ein interdisziplinäres Verbundprojekt der Erfassung von Sicherheit auf drei Ebenen: 1. individuelle Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, 2. objektivierbare Daten und institutionelle Regeln für Großaggregate (Bund, Länder, Kreise) und 3. gesellschaftliche Sicherheitskommunikation<sup>2</sup>. Mit dieser Studie könnte die theoretische Grundlage verbessert werden und eine langfristige Datenerhebung beginnen.

## 2.3 Kriminalität als Konstrukt

Grundlegend für den Umgang und die Erforschung von Kriminalität ist die Annahme, dass neben den polizeilich erfassten sogenannten Hellfelddaten ein Dunkelfeld (nicht angezeigte Taten) besteht. In der heutigen Gesellschaft gilt Kriminalität als „normal social commonplace aspect of modern society“ (Garland, 2001, S. 128) – als ubiquitär.

Kriminalität ist aber gleichzeitig ein gesellschaftliches Konstrukt der Wirklichkeit (Berger und Luckmann, 1969). Das, was die Bevölkerung als kriminell wahrnimmt, verändert sich laufend (hier sei nur auf die Entkriminalisierung von z. B. Homosexualität oder Prostitution verwiesen). Die Einordnung, was kriminell ist, wird durch Normen und Wertvorstellungen der jeweiligen Gesellschaft geprägt und stetig erneuert. Auch neue Formen von Kriminalität entstehen, die das Sicherheitsgefühl bedrohen können (z.B. das Ausspähen von Bankdaten – sog. „Phishing“). Umbruchsituationen, wie der Mauerfall bzw. die Wiedervereinigung in Deutschland, erzeugen zusätzliche Unsicherheiten. Das Ergebnis, dass die Kriminalitätsfurcht bzw. das Unsicherheitsgefühl in Ostdeutschland in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer stark erhöht war, sich aber inzwischen an das Niveau von Westdeutschland angeglichen hat, ist ein entsprechendes Beispiel (Dittmann, 2008; Reuband, 2010).

## 2.4 Zusammenfassung/Zwischenfazit

Die Bürger in Deutschland gehen mit Kriminalität unterschiedlich um. Die Furcht vor Kriminalität, die nicht mit der tatsächlichen Viktimisierungsgefahr übereinstimmt, wird dabei von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Sozioökonomisches Umfeld, soziales Milieu oder Lebensstil, aber auch Geschlecht und Alter sind bedeutsame Variablen für die Erfassung von Kriminalitätsfurcht. Die persönliche Kriminalitätserfahrung ist dabei nicht immer entscheidend, vielmehr bestimmen subjektiv gefärbte Ängste die Einstellungen der Bürger gegenüber Sicherheit. Empirische Sozialforschung hat in

---

<sup>2</sup> Projektwebsite: <http://www.mpicc.de/ww/de/pub/forschung/forschungsarbeit/kriminologie/basid.htm> (Datum des Zugriffs: 07.02.2011).



diesem Forschungsbereich mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen. Insgesamt ist Kriminalität ein gesellschaftliches Konstrukt.





### 3. Objektive und subjektive Sicherheit: Zum Widerspruch zwischen Angst und tatsächlicher Lage

Die objektive Sicherheit wird durch die registrierte Kriminalität in der amtlichen Statistik und durch die Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen bestimmt. Im Vordergrund steht dabei immer das Aufkommen von kriminellen Handlungen.

Die subjektive Sicherheit wird durch die individuelle Kriminalitätsfurcht, also durch das Empfinden von Bedrohung durch Kriminalität bestimmt.

In der kriminologischen Forschung hat sich immer wieder ein Missverhältnis zwischen der tatsächlichen Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens und der subjektiv empfundenen Kriminalitätsentwicklung gezeigt.

#### 3.1 Soziale und personale Kriminalitätsfurcht

Kriminalitätsfurcht kann grundsätzlich zwei verschiedene Bezugspunkte aufweisen. Üblicherweise wird zwischen einer sozialen und einer personalen Kriminalitätsfurcht unterschieden (Skogan, 1993; Boers, 2003). Die personale Kriminalitätsfurcht bezieht sich auf die individuelle Befürchtung von Menschen, Opfer von Kriminalität zu werden. Im Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht (PSB, 2006, S. 503) wird unter Bezugnahme auf Gabriel und Greve (2003) darauf verwiesen, dass im Vordergrund der personalen Kriminalitätsfurcht die Frage steht, „in welchem Maße Menschen generell in ihrem Alltag befürchten, Opfer von Kriminalität zu werden, in welchem Maße ihr Leben von kriminalitätsbezogenen Ängsten gekennzeichnet ist“.

Neben der personalen Kriminalitätsfurcht und der daraus resultierenden Wahrnehmung persönlicher Viktimisierungsrisiken gilt es, auch die sozialen Einstellungen, d. h. die Wahrnehmung von Kriminalität als soziales Problem, zu berücksichtigen. So beeinflussen auch die Wahrnehmungen von Kriminalitätsformen, die keine unmittelbaren und direkten Folgen für die eigene Person haben, das Sicherheitsgefühl:

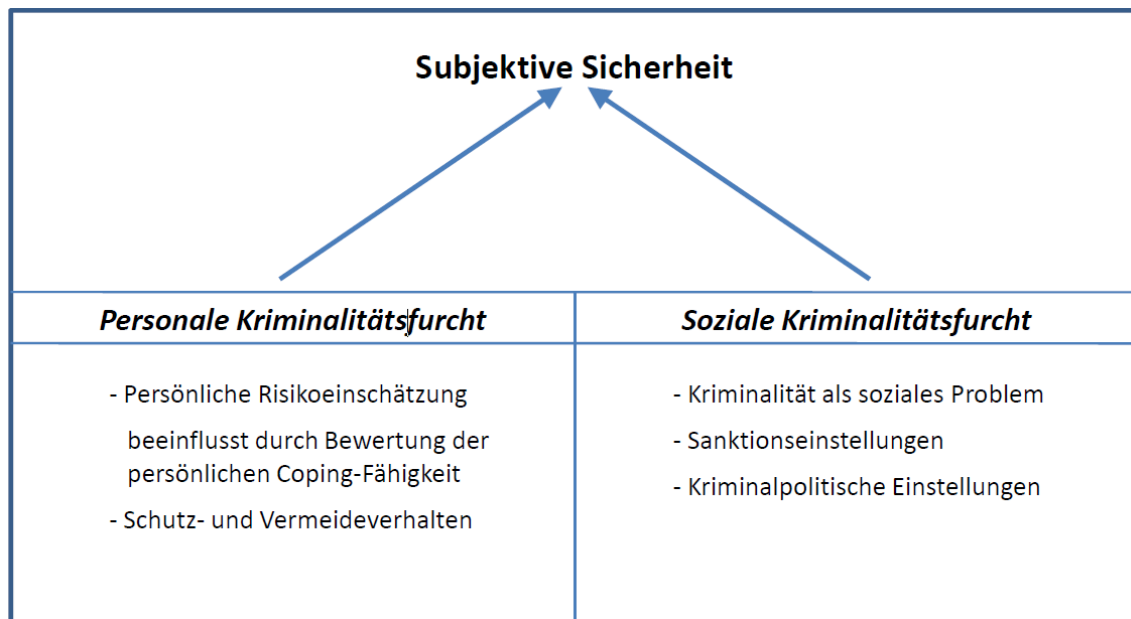
„Korruption und Bestechung, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Menschenschmuggel und Drogenhandel stellen für die meisten keine persönliche Bedrohung dar, jedoch ist das Sicherheitsgefühl beeinflusst, wenn sie meinen, dass der Staat mit diesen Kriminalitätsformen nicht klar kommt, dass Kriminelle an Macht und Einfluss gewinnen, dass Grundelemente der Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie des politischen Systems bedroht sind“ (Frevel, 2003, S.325).

Zentral ist bei der sozialen Kriminalitätsfurcht also, „in welchem Maße Bürger das Gemeinwesen als durch Kriminalität bedroht bzw. von Kriminalität gekennzeichnet wahrnehmen, inwieweit sie sich Sorgen um die Entwicklung der inneren Sicherheit



machen und wie sie die politische Relevanz des Themas Innere Sicherheit und Kriminalität einschätzen“ (PSB, 2006, S. 490). Gerade im öffentlichen Diskurs, in welchem verschiedene Bedrohungsszenarien dargestellt und erörtert werden – sei es Jugendkriminalität, der Umgang mit Sicherungsverwahrten, Terrorismus, Wirtschaftskriminalität usw. – findet die soziale Kriminalitätsfurcht Ausdruck und Quelle in einem.

**Abbildung 3-1: Komponenten des subjektiven Sicherheitsgefühls (in Anlehnung an Frevel 1999)**



Eine Unterscheidung in personale und soziale Kriminalitätseinstellungen erscheint angebracht, da ein analytischer Zugang zur Problematik des Sicherheitsgefühls erst in der Gesamtschau der verschiedenen Einflüsse möglich wird (vgl. Frevel, 2003, S. 325).

### 3.2 Ergebnisse kriminologischer Forschung

Insgesamt wird die Kriminalitätsfurcht in der kriminologischen Forschung in Deutschland seit der Wiedervereinigung verstärkt erforscht. Mittlerweile liegen zahlreiche Untersuchungen vor, die sich in ihrer inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung teilweise deutlich unterscheiden. In zahlreichen Studien wurde das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht primär durch nur ein Frage erfasst: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nachts alleine in Ihrem Stadtteil spazieren gehen?“ (vgl. Gabriel und Greve, 2003).

In verschiedenen Untersuchungen zur methodischen Qualität (siehe auch Kapitel 2.2.3) hat sich gezeigt, dass die Messung der Kriminalitätsfurcht mit dieser Standardfrage „das Ausmaß des Unsicherheitsgefühls deutlich“ überschätzt und „dass Kriminalitätsfurcht ein mehrdimensionales Konstrukt ist, das sich mit einer einzigen Frage wie



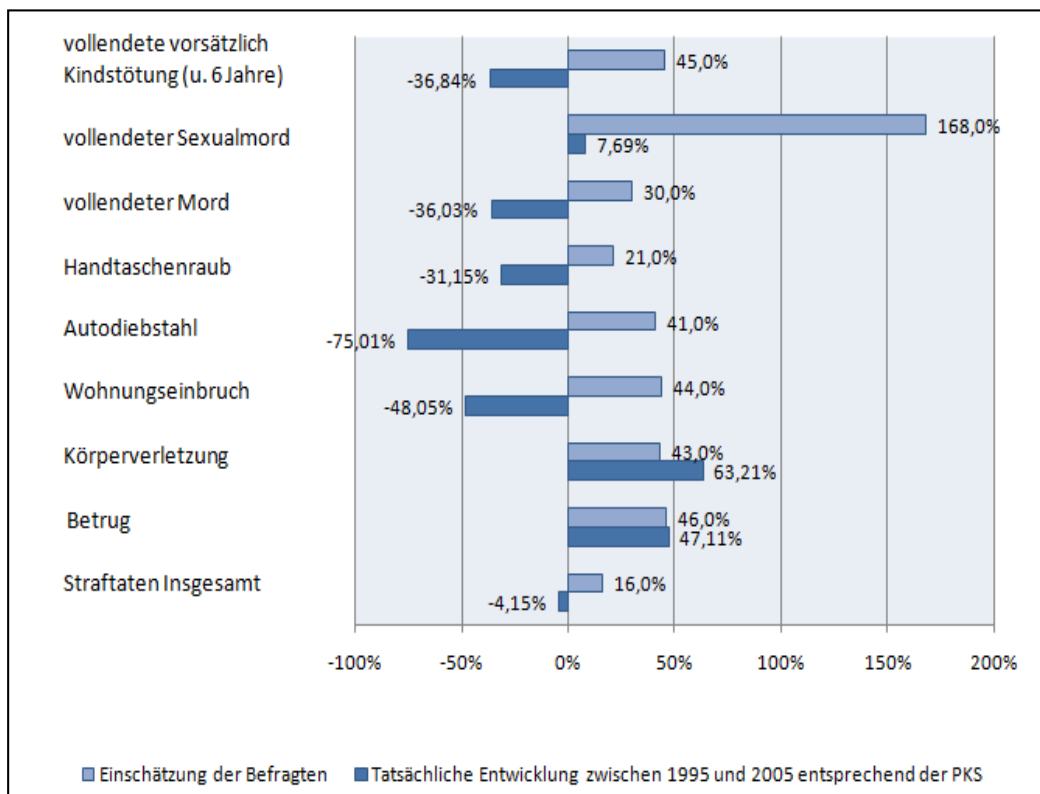
dem Standardindikator nicht valide und reliabel abbilden lässt“ (PSB, 2006, S. 504). Diese Kritik an der Methodik ist mittlerweile derart unumstritten, dass Greve (1996, S. 12) zu folgender Feststellung kommt: „Die in Opferbefragungen traditionell verwendete sogenannte ‚Standardfrage‘ engagiert zu kritisieren, hieße beinahe schon ein totes Pferd zu treten“.

Darüber hinaus erschwert der Umstand, dass der genaue Wortlaut der Frage und die bereitgestellten Antwortkategorien in zahlreichen deutschsprachigen Untersuchungen variieren, einen Vergleich der verschiedenen Ergebnisse teilweise erheblich.

Ungeachtet dessen haben sich in den verschiedenen Untersuchungen einige gemeinsame Befunde ergeben die bereits in Kapitel 2.2.1 kurz skizziert wurden:

Insgesamt zeigt sich ein teilweise heftiges Missverhältnis zwischen der tatsächlichen Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens und der subjektiv empfundenen Kriminalitätsentwicklung. So haben sich beispielsweise die Fälle von Mord (von ca. 3.300 in 1997 auf 2.300 Fälle in 2007) und Raubdelikten (von ca. 70.000 auf 53.000) insgesamt reduziert. Den fallenden Deliktzahlen stehen jedoch Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen gegenüber, die nachweisen, dass etwa zwei Drittel der Bevölkerung davon überzeugt sind, das Kriminalitätsaufkommen habe in den letzten zehn Jahren zugenommen (vgl. Baier et al., 2009).

**Abbildung 3-2: Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 sowie die Einschätzung der Bevölkerung (nach Windzio et al., 2007)**







In Abbildung 3-2 sind die Ergebnisse einer Untersuchung von Windzio et al. (2007) wiedergegeben, in der die tatsächliche Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 mit der von der Bevölkerung vermuteten Entwicklung verglichen werden kann.

Der Darstellung kann entnommen werden, dass die Häufigkeit von Straftaten meist überschätzt wurde. Während Betrugs- und Körperverletzungsdelikte geringfügig unterschätzt wurden, zeigt sich eine teilweise erhebliche Überschätzung bei Autodiebstahl, Wohnungseinbruch, Kindstötungen und insbesondere bei Sexualmorden.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Schwind et al. (1989) sowie Bilsky et al. (1993a). „Die Quote derer, die – ohne eine weitere Differenzierung nach Delikten – eine Zunahme der Kriminalität vermuten, schwankt je nach Erhebungszeitraum und Erhebungsort zwischen 70% und 90%“ (PSB, 2006, S. 492).

Windzio et al., (2007) konnten zeigen, dass die Fehleinschätzung mit dem sozioökonomischen Status und dem Medienkonsum der Befragten verbunden ist. Je niedriger der soziale Status war, desto stärker wurde die Entwicklung der Kriminalität überschätzt. Im Hinblick auf die Mediennutzung zeigt sich, dass „die Nutzung privater Nachrichtensendungen das geschätzte Ausmaß eines vermeintlichen Anstiegs der Kriminalität fördert, während eine häufigere Nutzung seriöser Nachrichtenorgane dieser Fehleinschätzung eher entgegenwirkt“ (Windzio et al., 2007, S. 66).

In Abbildung 3-3 werden die Ergebnisse einer Untersuchung von Dittmann (2008, S. 306) dargestellt, die auf den Daten des Eurobarometers basieren. Die Abbildung zeigt, wie viel Prozent der Befragten sich „etwas unsicher“ oder „sehr unsicher fühlen“, wenn sie „nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären“.

**Abbildung 3-3: Kriminalitätsfurcht in Prozent (Dittmann, 2008, S. 306)**

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	„Unsicher“ (Kategorien »etwas unsicher« und »sehr unsicher« zusammengefasst)	
Insgesamt	24	36
<b>Geschlecht</b>		
Männer	12	22
Frauen	36	49
<b>Alter</b>		
18-34 Jahre	20	30
35-44 Jahre	19	31
45-59 Jahre	20	31
60 Jahre und älter	35	48



<b>Wohnumfeld</b>		
Land	17	31
Kleinstadt	30	39
Großstadt	26	34

Frage: »Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?« Antwortkategorien: »sehr sicher«, »ziemlich sicher«, »etwas unsicher«, »sehr unsicher«.

*Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006).*

Den Daten kann bereits ein zentrales Ergebnis entnommen werden: Das Ausmaß an Kriminalitätsfurcht ist häufig mit dem Geschlecht und dem Alter der Betroffenen verbunden.

Frauen und ältere Menschen äußern regelmäßig stärker ausgeprägte Kriminalitätsfurcht als Männer und ältere Menschen verspüren mehr Kriminalitätsfurcht als jüngere Menschen. Hierbei handelt es sich um ein Ergebnis, das in zahlreichen Arbeiten gefunden wurde (vgl. bspw. die Ergebnisse bei Schwind et. al, 1989 und 2001 sowie bei Herbst 2011). Beide Personengruppen weisen allerdings eine verhältnismäßig geringe Viktimisierungswahrscheinlichkeit auf. Das bedeutet, dass gerade die Personengruppen, die relativ selten Opfer von Kriminalität werden, relativ viel Kriminalitätsfurcht äußern, während die Personengruppen, die verhältnismäßig häufig Opfer von Straftaten werden geringere Kriminalitätsfurcht zeigen. Dieser zunächst irritierend wirkende Befund wird als „Kriminalitätsfurcht-Paradoxon“ oder „Viktimisierungs-Furcht-Paradoxon“ bezeichnet und war Gegenstand zahlreicher Untersuchungen (vgl. Kapitel 3.3).

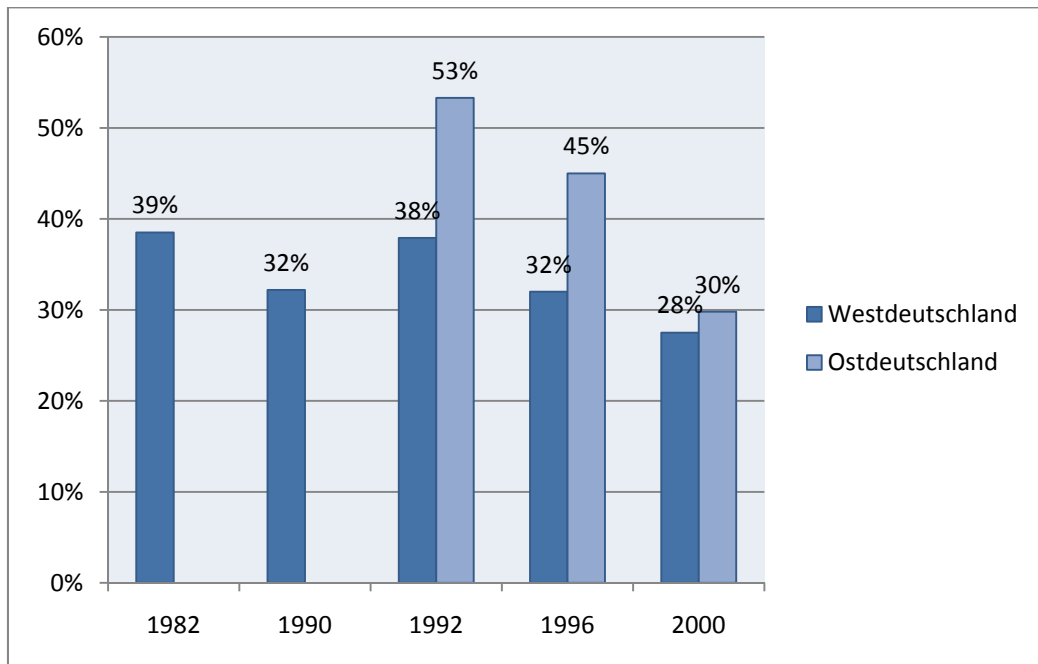
In Studien, die einzelne Bundesländer in den Blick nehmen, konnte gezeigt werden, dass Menschen, die in Ostdeutschland leben, insbesondere nach dem Mauerfall, häufiger die Furcht äußern, Opfer einer Straftat zu werden, als Menschen, die in Westdeutschland leben. Daten von Boers (2003) sowie Boers und Kurz (1997b) lassen allerdings vermuten, dass die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zunehmend geringer werden.

Zu diesem Befund kommt auch Dittmann (2005b) mit einer Sekundäranalyse von Daten des ALLBUS, deren Ergebnisse in Abbildung 3-4 dargestellt werden.

Abbildung 3-4 kann noch ein weiteres Ergebnis der Forschung entnommen werden. Ungeachtet dessen, dass die Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens teilweise dramatisch überschätzt wird (vgl. Windzio et al. 2007) zeigt sich, dass die Bürger in Deutschland sich etwa seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend sicherer fühlen. „Die Kriminalitätsfurcht hat deutlich abgenommen und befindet sich im Jahr 2005 auf einem historischen Tief seit der Wiedervereinigung“ (PSB, 2006, S. 485).

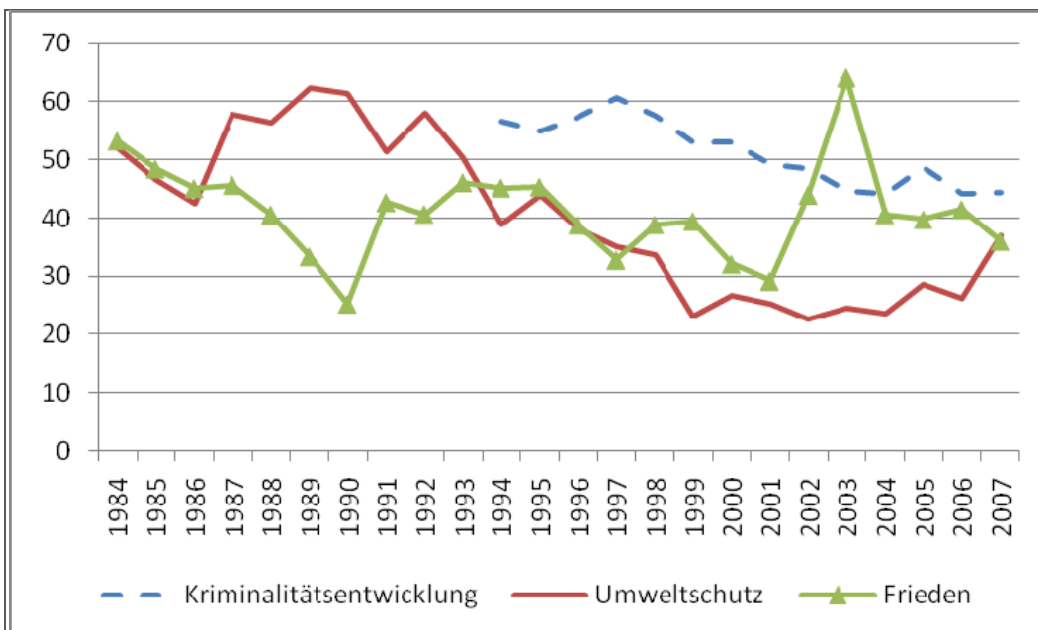


**Abbildung 3-4: Kriminalitätsfurcht in Deutschland - 1982-2000 (Dittmann 2005b, S. 8)**



Erläuterungen: Abgebildet wurde die Nennung der Kategorie „ja“ auf die Frage „Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?“. Befragt wurden jeweils Deutsche über 18 Jahre; Quelle: Kumulierter ALLBUS, 1990-2000, Stichprobengröße n=2700-3700.

**Abbildung 3-5: Große Sorgen in der Bevölkerung um Kriminalitätsentwicklung, Frieden und Umweltschutz in Prozent (Dittmann, 2009, S. 5)**



Datenbasis: SOEP (2007: 25714 Personen), ab 1990 mit Ostdeutschland; Frage: „Wie ist das mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?“, drei-stufige Antwortskala: große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen.



Seit 1991 führt von privater Seite die R+V Versicherung eine Studie zu den „Ängsten der Deutschen“ durch. Die befragten Bürger verorteten das Thema „Angst vor Straftaten“ im Jahre 2010 auf Platz 15 und somit an vorletzter Stelle.

Durchaus kriminologisch relevante Themen wie Terrorismus oder Drogensucht der eigenen Kinder wurden als wichtiger eingeschätzt. Insgesamt überwiegen jedoch auf den vorderen Plätzen eher wirtschaftspolitische und sozialpolitische Themen sowie die Angst vor Naturkatastrophen. Wie sich die Sorgen der Deutschen über das Thema Kriminalität in den letzten Jahren im Vergleich zu den Themen Umwelt und Frieden entwickelt hat, kann der Abbildung 3-5 entnommen werden. Dittmann (2009) kann hier mit Daten des Sozioökonomischen Panels zeigen, dass sich die Deutschen über die Kriminalitätsentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre weniger sorgen.

### 3.3 Kriminalitätsfurcht-Paradoxon

Frauen und ältere Menschen äußern regelmäßig stärker ausgeprägte Kriminalitätsfurcht als junge Männer (vgl. bspw. Schwind et. al, 1989 und 2001). Da die statistische Wahrscheinlichkeit dieser beiden Personengruppen, tatsächlich Opfer von Kriminalität zu werden, verhältnismäßig gering ist, wurde hierin lange Zeit ein Paradoxon gesehen (vgl. bspw. Bilsky et al., 1993b). Verschiedentlich wurde das Phänomen als Kriminalitätsfurcht-Paradoxon (so z. B. bei Schwind, 2009) oder als Viktimisierungsfurcht-Paradox (so z. B. bei Herbst, 2011) beschrieben.

Zum Verständnis dieser vermeintlichen Paradoxie wird heute auf die individuelle Bewertung der eigenen Coping-Mechanismen der Betroffenen verwiesen. Gemeint ist die Wahrnehmung der eigenen Kompetenzen und Ressourcen mit einer entsprechenden Bedrohung umzugehen bzw. diese bewältigen zu können (vgl. ausführlich Kapitel 5).

„Bei jungen Frauen erscheint daher die höhere Kriminalitätsfurcht vor dem Hintergrund des höheren (objektiven) Risikos einer Viktimisierung durch Sexualdelikte ebenso rational wie die höhere Kriminalitätsfurcht älterer Menschen vor dem Hintergrund des höheren Risikos schwerer physischer Schäden infolge von Viktimisierung“ (LKA NRW, 2006, S. 6).

Darüber hinaus haben Schutz- und Vermeiderverhalten starken Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Viktimisierung. Wenn die Furcht vor Bedrohungen beispielsweise zu Maßnahmen und Verhaltensweisen führt, die entsprechende bedrohliche Situation zu vermeiden, sinkt auch das tatsächliche Risiko einer Viktimisierung. Wenn ältere Menschen nachts oder bei Dunkelheit eher zuhause bleiben, weil sie Angst davor haben, Opfer von Kriminalität zu werden, sinkt auch ihr tatsächliches Viktimisierungsrisiko (vgl. hierzu Kury und Obergfell-Fuchs, 1998).

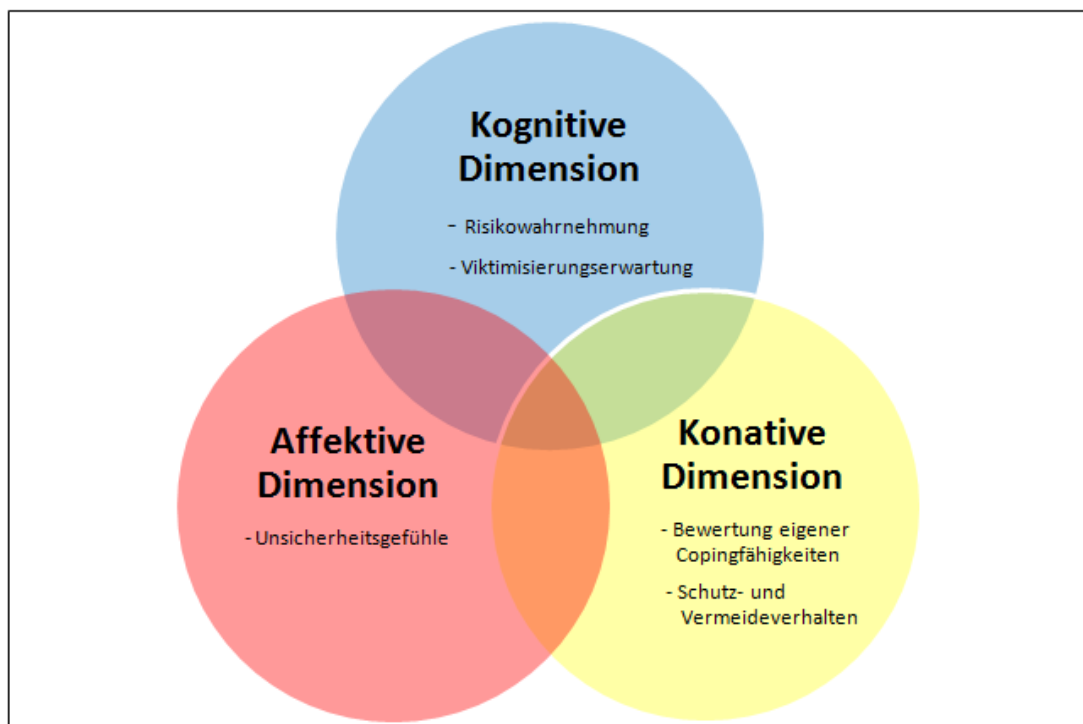


Im Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht wird unter Bezugnahme auf die Untersuchungen von Heinz und Spiess (2001), Boers (2003), Wetzels et al. (1995) sowie Wetzels et al. (2001) auf einen weiteren zentralen Befund der Forschung verwiesen: „In nahezu allen Studien ist (...) festzustellen, dass die Einschätzung des Risikos, von Straftaten betroffen zu werden, niedriger ausfällt als die affektive Komponente der Furcht, gemessen über Häufigkeit oder Intensität entsprechender Befürchtungen“ (PSB, 2006, S. 508). Hiermit ist gemeint, dass die individuelle Einschätzung der Wahrscheinlichkeit Opfer von Kriminalität zu werden, nicht linear mit der Befürchtung vor einer Viktimisierung verknüpft ist. „Es können (...) auch seltene und für weniger wahrscheinlich gehaltene Ereignisse Menschen durchaus in Furcht versetzen. Dies hängt davon ab, wie die Personen ihre Fähigkeiten einschätzen, den Eintritt solcher Ereignisse zu kontrollieren bzw. diese zu vermeiden und davon, ob sie glauben damit umgehen und es bewältigen zu können, wenn ihnen ein solches Delikt dennoch widerfährt“ (PSB, 2006, S. 508).

### 3.4 Mehrdimensionalität der personalen Kriminalitätsfurcht

In der kriminologischen Literatur herrscht heute Einigkeit darüber, dass sich das individuelle Sicherheitsgefühl als ein mehrdimensionales Gefüge von kriminalitätsbezogenen Einstellungen darstellt.

Abbildung 3-6: Mehrdimensionalität der personalen Kriminalitätsfurcht





Für eine weitere und tiefergehende Analyse der personalen Kriminalitätsfurcht bieten sich die sozialpsychologischen Theorien der Einstellungs- bzw. Attitudenforschung an. Diesen Theorien folgend, umfasst die personale Kriminalitätsfurcht drei Dimensionen.

### 3.4.1 Kognitive Dimension

Die kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht beschreibt Boers (1991) als „Persönliche Risikoeinschätzung“. Zentral ist hierbei die Frage, wie eine Person das Risiko einschätzt, selbst Opfer von Kriminalität zu werden.

Eine gängige Frage zur Erfassung dieser Dimension der Kriminalitätsfurcht lautet: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie (in einem bestimmten Zeitraum) Opfer einer Straftat werden?“.

Die kognitive (rationale) Dimension der Kriminalitätsfurcht kann jedoch kein alleiniger Maßstab für das subjektive Sicherheitsempfinden sein. Zwar beeinflussen sich subjektives Sicherheitsempfinden und Risikoeinschätzung gegenseitig, sie sind jedoch nicht deterministisch miteinander verbunden. So können Menschen durchaus Gefahren bewusst wahrnehmen, ohne dass sie sich deswegen fürchten müssen.<sup>3</sup> Auch ist es denkbar, dass sich eine Person des geringen Risikos der Opferwerdung bewusst ist, in dunkler Umgebung beispielsweise dennoch Furcht empfindet.<sup>4</sup>

Wie eine Person ihr persönliches Risiko einschätzt, ist abhängig von der Wahrnehmung der Realität. Persönliche Erfahrungen, die eigene soziale Lage, die kultur-normative Orientierung, Lebensstil und vor allem die zugrundeliegenden, aus verschiedenen Erfahrungsressourcen stammenden Informationen über Kriminalität bilden hierfür die Grundlage.

### 3.4.2 Affektive Dimension

Die affektive (gefühlbezogene) Dimension der Kriminalitätsfurcht bildet den ursprünglichen Bezugspunkt von Begriffen wie Unsicherheitsgefühl oder Furcht. Unter dieser Komponente werden alle emotionalen (eben affektiven) Furchtreaktionen auf bedrohliche Erscheinungsformen der Kriminalität zusammengefasst.

---

<sup>3</sup> Frevel (2003) nennt als Beispiel einen Kiosk-Besitzer, der sich dem relativ hohen Risiko bewusst ist, Opfer eines Ladendiebstahls zu werden, „doch führt diese Einschätzung nicht unbedingt zu Furcht und Angst, sondern zu Ärger“ (Frevel, 2003, S. 324).

<sup>4</sup> „Auch wenn die Person sich bewusst ist, dass das Risiko im Wald überfallen zu werden relativ niedrig ist, kann sich dennoch das Flattern in der Magengegend rühren, wenn merkwürdige Geräusche gehört werden oder sich eine andere Person den Weg durchs Unterholz bricht“ (Frevel, 2003, S. 324).



„Die Furcht vor Belästigungen und Verbrechen beim nächtlichen Gang durch das Wohnviertel, das mulmige Gefühl, dass die Wohnung während des Urlaubs von Einbrechern heimgesucht wird und die Angst der Eltern, wenn ihr Kind alleine unterwegs ist und nicht pünktlich heimkommt“ (Frevel, 2003, S. 324).

Das Standarditem zur Messung dieser Dimension der Kriminalitätsfurcht lautet: „Wie häufig hatten Sie (in einem bestimmten Zeitraum) die Befürchtung, Opfer einer Straftat zu werden?“.

### 3.4.3 Konative Dimension

Affektive und kognitive Dimension werden ferner von einer dritten, der konativen, verhaltensbezogenen Dimension der Kriminalitätsfurcht beeinflusst. Sie bezieht sich auf „Verhaltensreaktionen in Form von Vermeidungsverhalten und Schutzmaßnahmen“ (PSB, 2006, S. 491).

Eine Möglichkeit der Erfassung dieser Komponente der Kriminalitätsfurcht ist in der Frage nach Schutzmaßnahmen oder Vermeideverhalten gegeben. „Wie oft hatten Sie (in einem bestimmten Zeitraum bestimmte) Maßnahmen ergriffen, um sich vor Kriminalität zu schützen?“.

„Die Differenzierung nach affektiven, kognitiven und konativen Dimensionen der personalen und sozialen Kriminalitätseinstellungen dient in Verknüpfung von Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Handlungstheorien zur Untersuchung und Bewertung von Handlungsmöglichkeiten und -grenzen gesellschaftlicher Akteure bei der Beeinflussung des Sicherheitsgefühls“ (Frevel, 2003, S. 325).

## 3.5 Zusammenfassung/Zwischenfazit

Um ein angemessenes Bild des individuellen (Un-)Sicherheitsgefühls der Bevölkerung zu erhalten, müssen – so ist sich die kriminologische Fachliteratur einig – die affektive (die emotionale Ausprägung des Sicherheitsgefühl), die kognitive (die persönliche Risikoeinschätzung, Opfer einer Straftat zu werden) sowie die konative Dimension (das unter Einschätzung der eigenen Bewältigungsstrategien erfolgte reaktive Verhalten auf das (Un-)Sicherheitsempfinden in Form von Schutz- oder Vermeideverhalten) berücksichtigt werden. Die Wechselwirkung der verschiedenen Dimensionen der Kriminalitätsfurcht ist in der Literatur jedoch umstritten (vgl. PSB, 2006, S. 505f.). Einerseits wird „die These vertreten, dass es sich um konzeptuell zusammenhängende Größen handelt die gemeinsam Kriminalitätsfurcht konstruiert (...). Andererseits wird die Ansicht vertreten, Vermeidungsverhalten könne sowohl Furchtgefühle verringern als auch das subjektive Viktimisierungsrisiko senken“ (PSB, 2006, S. 505). Folglich wird die kognitive Komponente (die Risikowahrnehmung) einerseits als Teil des



Gesamtkonstrukt Kriminalitätsfurcht gesehen, andererseits „als Voraussetzung der Furcht eigenständig gewertet“ (PSB, 2006, S. 506).

Dittmann (2005b) konnte mit Daten des sozioökonomischen Panels und des ALLBUS zeigen, dass sowohl die soziale als auch die personale Kriminalitätsfurcht in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre stetig zurückgegangen ist. Ungeachtet der teilweise heftigen Überschätzung des Kriminalitätsaufkommens (Windzio et al., 2007) wird die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland nicht als vordringliches gesellschaftliches Problem wahrgenommen (Dittmann, 2005b).

Frauen und ältere Menschen äußern regelmäßig stärker ausgeprägte Kriminalitätsfurcht als Männer (vgl. bspw. Schwind et. al, 1978, 1989 und 2001) und jüngere Menschen (vgl. bspw. Herbst 2011).

Kriminalitätsfurcht sollte jedoch in keinem Fall als irrationales Phänomen abgetan werden, welches einer rationalen, auf Fakten basierenden Kriminalpolitik im Wege steht. Die Furcht vor Kriminalität kann sehr schnell kriminalpolitische Relevanz erlangen, wenn sie beispielsweise dazu führt, dass Gebiete in Gemeinden als Folge von Vermeiderverhalten verwaisen und hierdurch erst ein besonders geeigneter Raum für abweichendes Verhalten entsteht (vgl. Feltes, 2003).





## 4. Beeinflussungsfaktoren der Wahrnehmung von (individueller) (Un-)Sicherheit

Ausgehend von dem Befund, dass eine Diskrepanz zwischen objektiver Kriminalitätslage bzw. objektivem Viktimisierungsrisiko und dem Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung besteht, wird in der öffentlichen Diskussion oftmals die Annahme vertreten, die Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung sei irrational und unangemessen. Verortet in der Welt der Emotionen (und damit per se irrational) und ja offensichtlich fern ab jedweder (objektiven) Realität, stelle Kriminalitätsfurcht vor allem anderen ein Hindernis für eine auf rationaler Basis fundierte Kriminalpolitik dar. Diesem Gedankengang folgend, werden Viktimisierungsängste immer wieder als Ausdruck allgemeiner Unsicherheiten und diffuser Ängste erklärt. Entsprechend werden kriminalitätsbezogene Unsicherheitsgefühle per se in Frage gestellt, „indem die Messbarkeit und sogar die Existenz eines von generellen Ängsten isolierten Konstrukts bezweifelt werden“ (Klimke, 2008, S. 114).

Diesem Erklärungsansatz ist mit Boers (1991) entgegenzuhalten, „dass man es sich mit einer solchen Erklärung zu einfach machen kann. Denn durch die Reduzierung des Erklärungszusammenhangs auf den Mangel individuellen Differenzierungs- und Wahrnehmungsvermögens verliert man die Analyse des situativen Kontextes und der Interaktion zwischen Individuum und sozialer Umwelt allzu leicht aus den Augen“ (Boers, 1991, S. 65). Ferner verkennt eine derart simplifizierende Sichtweise, die auf das Unvermögen der Bevölkerung, wenn nicht gar auf die Pathologisierung des Bevölkerungsempfindens abstellt, den Tatbestand, „dass sich das subjektive Erleben von Kriminalität nicht auf die Viktimisierung beschränkt, sondern die Sorge um kriminelle Bedrohung mit einschließt“ (Reuband, 2009, S. 233).

Gefühle der Unsicherheit und der Bedrohung können dabei von Menschen auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht werden:

„Neben dem Erleben der Emotion Furcht, einem auf die Option einer Viktimisierung gerichteten Angstgefühl, dessen Intensität und Häufigkeit sich bei verschiedenen Personen unterscheiden kann, lässt sich das individuelle Bedrohungserleben auch daran festmachen, wie hoch Personen subjektiv die Wahrscheinlichkeit einschätzen, tatsächlich Opfer einer Straftat zu werden. Schließlich können sich die Bedrohungswahrnehmungen auch darin zeigen, dass Menschen – gerade weil sie befürchten, dass sie Opfer werden könnten, und um zu verhindern, dass dies geschieht – bestimmte Situationen von vorneherein vermeiden“ (PSB, 2006, S. 505).

Hier wird deutlich, dass eine Fixierung und Einschränkung der Betrachtungsweise auf die Emotionen Angst und Furcht in eine analytische Sackgasse führen würde (vgl. Frevel, 2003, S. 324). Die Identifizierung der wesentlichen Dimensionen des Un-



sicherheitsgefühls (vgl. vertiefend Kapitel 3) ist grundlegend, um dem Phänomen adäquat zu begegnen und im Folgenden die Bedingungen für dessen Herausbildung zu identifizieren. Diesbezüglich ist sowohl die individuelle Ebene als auch die soziale, gesellschaftsbezogene Ebene zu berücksichtigen.

#### 4.1 Erklärungsansätze zum (Un-)Sicherheitsgefühl

Zur Herausbildung von (alltagsweltlichen) Einstellungen zu und Vorstellungen von Kriminalität ist es notwendig, dass das Thema den Menschen in ihrer Lebenswelt begegnet.<sup>5</sup> Das Thema Kriminalität muss für sie in ihrem Erfahrungsbereich zugänglich sein – sei es unmittelbar in Form von persönlichen oder auch von nahestehenden Personen erzählten (Viktimisierungs-)Erfahrungen, der Wahrnehmung von Symbolen, welche man mit Kriminalität assoziiert (z.B. Graffiti, heruntergekommene Gebäude, zerstörte Autos etc.) oder auch in Form medialer Vermittlung.

Betrachtet man diese knappe Auflistung verschiedener Erfahrungsressourcen zum Thema Kriminalität, wird bereits deutlich, dass vielfältige Formen dieser Deutungsangebote existieren. Mit anderen Worten: das Thema Kriminalität begegnet dem Bürger auf vielfältige Weise. Entsprechend wirken viele Faktoren auf die Entstehung, Entwicklung, aber auch Modifizierung von Kriminalitätseinstellungen ein.

In der kriminologischen Forschung lassen sich drei Erklärungsansätze von Kriminalitätsfurcht, welche unterschiedliche Erfahrungsressourcen auf verschiedenen Ebenen beleuchten, unterscheiden:<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Eine erste Grundlegung für die Einstellung gegenüber abweichendem Verhalten und Kriminalität erfolgt bereits im Sozialisationsprozess, d.h. im Rahmen der Auseinandersetzung mit Erwartungen, Werthaltungen und Verhaltensweisen anderer Personen innerhalb der primären – der Familie – und der sekundären – dem Kindergarten, der Schule – Sozialisationsinstanzen. Frevel (2003) schreibt dazu:

„Die Erfahrung von Liebe und Gewalt sowie verschiedenen Formen von Sanktionen bei abweichendem Verhalten, die Nähe bzw. Ferne von Kriminalität, die Ausbildung von Vertrauen und Misstrauen gegenüber den Bezugspersonen, die Stringenz der Erziehung und vieles andere mehr wirken sich in unterschiedlichster Form auf die Kriminalitätseinstellungen aus. Sie können die Grundlage für die Kriminalitätsfurcht legen oder können zu kriminellen Karrieren führen, können Toleranz und Vertrauen auslösen oder Misstrauen gegenüber Fremden hervorrufen“ (Frevel, 2003, S. 326).

Wenngleich in der (früh-)kindlichen Sozialisation im Rahmen der Auseinandersetzung mit der inneren und äußeren Realität bereits wesentliche Aspekte der Persönlichkeit beeinflusst und auch Einstellungen geformt werden, bleiben diese nicht unverändert: Der Sozialisationsprozess und damit die Auseinandersetzung mit innerer und äußerer Realität ist lebenslang und deren Ergebnis stets im Wandel.

<sup>6</sup> Wenngleich oftmals in der Forschung aus der gewählten Perspektive argumentiert wird und die anderen Perspektiven entsprechend weniger Beachtung finden, muss berücksichtigt werden, dass es sich lediglich um eine analytische Trennung handelt. Wie sich später in Kapitel 4.3 zeigen wird, fehlt oftmals der ganzheitliche Blick, wodurch so mancher Beeinflussungsfaktor überbetont, andere hingegen ausgeschlossen werden.



- **Mikroebene (Viktimisierungsperspektive)**

Diese Ansätze zur Erklärung von Kriminalitätsfurcht setzen auf der Individual-ebene an. Persönliche Erlebnisse und Erfahrungen (direkte Viktimisierung), aber auch Erfahrungen relevanter Bezugspersonen aus dem sozialen Nahraum (indirekte Viktimisierung) sind aus dieser Perspektive die zentralen Erfahrungsressourcen.

- **Mesoebene (Soziale Kontrollperspektive)**

Aus der sozialen Kontrollperspektive werden die wesentlichen Faktoren in der unmittelbaren sozialen Umgebung (Nachbarschaften, Stadtteile etc.) betrachtet. Wesentliche Einflussfaktoren auf das (Un-)Sicherheitsgefühl der Bürger werden in sozialen Desorganisationsphänomenen gesehen, d. h. in Symbolen, die mit Kriminalität in Beziehung gesetzt werden (z.B. Graffiti, heruntergekommene Gebäude, herumlungrende „Fremde“ in der eigenen Wohngegend etc.).

- **Makroebene (Soziale Problemperspektive)**

Erklärungsansätze, welche auf der Makroebene ansetzen, fokussieren zum einen allgemeine soziale Veränderungen und Krisen, welche mittels „Skandalisierungen, medialer Aufbereitung einzelner Ereignisse sowie politischer Instrumentalisierungen an Menschen herangetragen werden“ (PSB, 2006, S. 513) als Ursache für die Kriminalitätseinstellungen und damit zusammenhängender Unsicherheitsgefühle. Zum anderen rücken die Einflüsse der massenmedialen Darstellung von Kriminalität und die damit verbundene Realitätsverzerrung ins Zentrum der Betrachtung.

#### 4.1.1 Viktimisierungsperspektive: Direkte und indirekte Viktimisierung

Lange Zeit wurde in der kriminologischen Forschung die Ansicht vertreten, dass Kriminalitätsfurcht ihre Ursache hauptsächlich in der Erfahrung persönlicher Opferwerdung hat. Studien, die sich mit eben diesem Zusammenhang beschäftigt haben, kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Maßgeblich ist hierbei, welchen Indikator der Kriminalitätsfurcht man bei der Untersuchung des postulierten Zusammenhangs zwischen Kriminalitätsfurcht und persönlicher Opferwerdung heranzieht. So zeigen Studien, dass die Differenzen in der Ausprägung der affektiven Komponente der Kriminalitätsfurcht im Vergleich zwischen Opfern und Nicht-Opfern eher klein und in einigen Untersuchungen nicht signifikant sind (vgl. bspw. Boers, 1991; Schwind et. al., 2001). Betrachtet man hingegen die empirischen Ergebnisse zur kognitiven Dimension der Kriminalitätsfurcht, also zur Einschätzung (erneut) Opfer einer Straftat zu werden, sind deutliche Zusammenhänge erkennbar. Dieser Befund kann folgendermaßen er-



klärt werden: Eine Person, die zwar Viktimisierung in ihre Risikoeinschätzung aufnimmt, muss dennoch keine Furcht entwickeln, wenn sie der Überzeugung ist, über ausreichend Copingfähigkeiten zu verfügen (vgl. Maxfield, 1987).

Ferner ist die Schwere des Deliktes entscheidend, denn wenn „jemand Opfer eines Einbruchs wurde, die Wohnung nicht verwüstet wurde und der Schaden durch die Versicherung ersetzt wird, dürfte das Delikt eine weniger starke subjektive Beeinträchtigung mit sich bringen als im Fall von Vandalismus und fehlender Schadenskompensation“ (Reuband, 2009, S. 240). Auswirkungen auf die affektive Dimension ergeben sich in diesem Kontext vor allem dann, wenn es sich um schwerwiegende Taten wie Vergewaltigung oder schwere Gewaltdelikte handelt. Entsprechend spielen auch die seelischen und ggf. körperlichen Folgen einer Viktimisierung eine zentrale Rolle.

Auf der anderen Seite weisen in einigen Untersuchungen die Opfer einer Straftat gar eine niedrigere (affektive) Kriminalitätsfurcht auf als vor der Opferwerdung (vgl. bspw. Sparks et. al., 1977; Abele et. al., 1975). Die Wahrnehmung der Opfererfahrung ist ein wesentlicher Faktor für eine Erhöhung, aber auch eine mögliche Verringerung von empfundener Furcht. So kann sich Ängstlichkeit bezogen auf spezifische Delikte erst durch die konkrete Opferwerdung entwickeln. Im Umkehrschluss können sich aber auch subjektive Bedrohungsgefühle in Erwägung der tatsächlichen Viktimisierungserfahrung relativieren:

„Tatsächliche Viktimisierungserfahrungen können also auch damit einhergehen, dass Menschen ihr Bild einer Opferwerdung an der Realität korrigieren, indem sie beispielsweise erfahren, dass ausgemalte Schreckensszenarien des Unbekannten sich doch als überzogen erweisen bzw. indem sie erleben, dass sie durchaus in der Lage sind, die entsprechenden Erfahrungen zu bewältigen“ (PSB, 2006, S. 514).

Zum einen ist hierbei die Einschätzung der persönlichen Coping-Strategien, die sich – in welche Richtung auch immer – durch die konkrete Opfererfahrung verändern können, zu berücksichtigen. Diesbezüglich ist es beispielsweise auch möglich, dass nach einer Viktimisierungserfahrung auf konativer Ebene entsprechende Vorkehrungen getroffen werden (Schutz- und Vermeideverhalten), um das Viktimisierungsrisiko zu minimieren. Dies wiederum nimmt Einfluss auf die persönliche Risikoeinschätzung und auch auf die affektive Kriminalitätsfurcht. Zum anderen beeinflussen in diesem Zusammenhang auch die mit dem Delikt einhergehenden Erfahrungen aus dem sozialen Umfeld die Wahrnehmung. Neben den Erfahrungen mit zentralen Bezugspersonen, die verständnisvoll, aber auch abweisend, stützend, aber auch meidend reagieren können, sind auch Erfahrungen im Rahmen der Strafverfolgung mit entscheidend dafür, welche Folgen die Opferwerdung für die Kriminalitätsfurcht in ihren zentralen Dimensionen hat. Frevel (2003) macht dies am Beispiel des Akteurs Polizei fest:



„Erweist sich die Polizei in ihren Ermittlungen freundlich, kompetent und erfolgreich bei der Strafverfolgung, so ist die Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl sicherlich positiver, als wenn unfreundlich und erfolglos die Anzeige ad acta gelegt wird“ (Frevel, 2003, S. 327).

Hinsichtlich der direkten, d.h. persönlichen Viktimisierung, lässt sich zusammenfassend feststellen, dass es von einer Vielzahl von Einflussfaktoren im Rahmen der eigenen Viktimisierung abhängt, welche Veränderungen/Modifikationen hinsichtlich der Kriminalitätseinstellungen und damit dem Sicherheitsgefühl der Opfer stattfinden. So sind die unterschiedlich schweren Auswirkungen der verschiedenen Delikte ebenso entscheidend wie die persönlichen aber auch sozialen Bewältigungsfähigkeiten, d.h. das Schutz- und Vermeideverhalten ebenso wie die Unterstützung im sozialen Umfeld.

Ausgehend von dem empirischen Befund, dass die Anzahl derer, die stark von Kriminalitätsfurcht betroffen sind, deutlich höher ist, als die Zahl jener, die Opfer von Straftaten wurden, werden aus der Viktimisierungsperspektive auch die Opfererfahrungen von Personen aus dem eigenen Umfeld berücksichtigt (indirekte Viktimisierung). Wetzels et al. (1995) weisen darauf hin, dass damit eine stellvertretende Viktimisierung – je nach Delikt – zwischen 10 und 70 mal häufiger vorkommt, als eine direkte Viktimisierung. Auch die Folgen für das Sicherheitsgefühl können, in Anbetracht einer so nicht gegebenen Möglichkeit der Relativierung von Opfererfahrungen, drastischer sein:

„Die Auswirkungen der indirekten Viktimisierung auf die Kriminalitätsfurcht sind vielfach noch stärker als die persönliche Opferwerdung, da sie verdeutlichen, dass die Kriminalität auch im näheren Umfeld vorkommt, da das Leiden der Opfer anschaulich wird und da die eigene Vulnerabilität ins Bewusstsein gerückt wird“ (Frevel, 2003, S. 327).

Empirisch sind die Zusammenhänge hierbei deutlich stärker ausgeprägt (vgl. Wetzels et al., 1993), „(a)ber auch hier sind die entscheidenden Einflussgrößen und Prädiktorvariablen das Alter und das Geschlecht, die ihrerseits wiederum sowohl mit Vulnerabilitätsindikatoren als auch mit sozialer Unterstützung korreliert sind“ (PSB, 2006, S. 514).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, „dass Viktimisierungserfahrungen einen gewissen Effekt auf die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit künftiger Opferwerdungen haben, in dem Sinne, dass Menschen Annahmen über ihre individuellen Risiken aufgrund einer solchen Erfahrung den tatsächlichen Gegebenheiten anpassen, ggf. also erhöhen. Darüber vermittelt wird indirekt auch die affektive Komponente, die Äußerung von Furcht beeinflusst, allerdings ohne dass sie sich so vollständig erklären ließe. (...) In der Summe erweist sich eine Erklärung von Kriminalitätsfurcht, die auf



Wirkungen von Opfererfahrungen abstellt, weder auf der Individual- noch auf der Aggregatenebene als umfassend und zureichend“ (PSB, 2006, S. 514).

#### 4.1.2 Soziale-Kontrolle-Perspektive: Sozialer Nahraum und Nachbarschaft

Erklärungsansätze auf der Mesoebene sehen die Entstehungsbedingungen von Kriminalitätsfurcht in den Merkmalen des unmittelbaren sozialen Nahraums und dessen Wahrnehmung. Ausgangspunkt dieser Perspektive ist insbesondere das empirische Ergebnis, dass Personen, welche in Wohngebieten lebten, die mit höheren Kriminalitätsraten belastet und in physisch schlechterem Zustand waren sowie sozial schwächere Haushalte aufwiesen, häufiger Kriminalitätsfurcht aufwiesen (vgl. Hale, 1996). Erklärt wurde dieser Befund mit der Annahme, dass die Bewohner in entsprechenden Gebieten von einem höheren Viktimisierungsrisiko betroffen sind. Ferner sei der soziale Zusammenhalt eher schwach, dementsprechend sei die soziale Unterstützung geringer und der Grad der Isolierung eher hoch. Dies führe insgesamt zu einer Schwächung der informellen Sozialkontrolle.

Theoretische Grundlage für diese Annahmen ist zum einen die Theorie sozialer Desorganisation (Shaw und McKay, 1969). Unter sozialer Desorganisation wird im Rahmen dieser Theorie der Mangel an Fähigkeit einer Gemeinschaft verstanden, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ursache hierfür ist eine geringe informelle Sozialkontrolle aufgrund bestimmter sozialstruktureller Faktoren wie Armut, ethnische Heterogenität, hohe Fluktuationen der Bewohner von Stadtteilen, die letztlich den sozialen Zusammenhalt im Wohngebiet behindern. Zum anderen wird der „Broken Windows“-Ansatz (Wilson und Kelling, 1996) zur weiteren Erklärung herangezogen. So sind es insbesondere physische Verfallserscheinungen des Wohngebiets sowie die Anwesenheit sozial unerwünschter („fremder“) Personen, die als Zeichen der sozialen Desorganisation und dem Fehlen informeller Sozialkontrolle bewertet werden und die Wahrnehmung der Bewohner konstituieren. Zeichen sozialer Desorganisation wie z. B. Graffiti, leerstehende und verwahrloste Gebäude, die Anwesenheit sozial nicht erwünschter Personen wie Bettler, Obdachlose oder herumlungende Jugendliche prägen demnach die Wahrnehmung von Sicherheit und damit das Sicherheitsgefühl. Hinzu kommen nicht zuletzt „städtebauliche Merkmale, die das Risiko von Viktimisierung zwar nicht notwendig objektiv erhöhen, aber in der subjektiven Wahrnehmung salient werden lassen können, wie etwa schlecht beleuchtete Straßenzüge, U-Bahn-Passagen, Tiefgaragen etc. Die Zeichen von sozialer Desorganisation können, je nach Wahrnehmung, als irrelevant, als Indikatoren von urbanem Verfall, oder als Hinweis für akut drohende kriminelle Gefahren gedeutet werden“ (Becker, 2007, S. 59). Spelman (2004) weist diesbezüglich auf die relative Bedeutung der verschiedenen Anzeichen sozialer Desorganisation hin. Demnach beeinflusst die Wahrnehmung „suspekter Personen“, „herumhängender Jugendlicher“ und Vandalismus die Krimina-



litätsfurcht am meisten. Physische Verfallserscheinungen der Wohngegend stehen mit der Kriminalitätsfurcht demnach in geringerem, wenngleich nicht zu unterschätzendem Zusammenhang.

Beide zugrundegelegten Theorien „postulieren, dass der Mangel einer wirksamen informellen Sozialkontrolle im Wohngebiet potentiellen Tätern Tatgelegenheiten bietet. Dies bedeutet, dass durch das Fehlen des sozialen Zusammenhalts und einer öffentlichen Ordnung in Wohngebieten Unsicherheit, Furcht vor anderen sowie Gefühle der Vulnerabilität hervorgerufen werden“ (LKA NRW, 2006, S. 9).

Dabei beeinflusst die Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation insbesondere die affektive Dimension der Kriminalitätsfurcht, geringer hingegen die anderen Dimensionen (vgl. Hohage, 2004). So kommen Boers und Kurz (1997a) zum Ergebnis, dass die affektive Kriminalitätsfurcht vor Raub durch Zeichen des Verfalls in stärkerem Maße in Beziehung steht, als mit der persönlichen Risikoeinschätzung Opfer eines Raubs zu werden.<sup>7</sup> Mitentscheidend, inwiefern sich die Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation auf das Sicherheitsempfinden auswirkt, sind die sozialstrukturellen Merkmale sowie die Existenz von sozialen Netzwerken. Lüdemann (2005) kommt zum Ergebnis, dass zwar Bewohner in sozial benachteiligten Wohngebieten Verfallserscheinungen häufiger wahrnehmen, der Einfluss von Verfallserscheinungen auf die Kriminalitätsfurcht bei Bewohnern in weniger sozial benachteiligten Gebieten jedoch stärker ist.

Mit der Frage nach den Zusammenhängen zwischen der Wahrnehmung von Zeichen sozialer Desorganisation, nachbarschaftlichem Zusammenhalt und Kriminalität beschäftigte sich insbesondere eine Längsschnittstudie von Markowitz u. a (2001). Hier konnte gezeigt werden, dass die Wahrnehmung sozialer Desorganisation mit einem geringeren Zusammenhalt innerhalb der Nachbarschaft sehr stark zusammenhängt.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Bedeutung von physischen und sozialen Verfallserscheinungen sowie der damit verbundenen Auswirkungen auf die soziale Integration und informelle soziale Kontrolle für die Herausbildung kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle von der kriminologischen Forschung weite empirische Bestätigung erfahren hat.

---

<sup>7</sup> Schwind et al. (2001) kommen hingegen zum Ergebnis, dass die Einschätzung des physischen und sozialen Verfalls als relevantes Problem in der Wohngegend in recht engem Zusammenhang, sowohl mit dem Unsicherheitsgefühl, als auch mit der Einschätzung des persönlichen Opferrisikos steht. In diesen Zusammenhängen wurden jedoch weder das Alter noch das Geschlecht der Befragten berücksichtigt.



### 4.1.3 Soziale-Probleme-Perspektive: Öffentlichkeit und Medien

Ansätze auf der Makroebene versuchen die Entstehungsbedingungen von Kriminalitätsfurcht im Zusammenhang mit den medial vermittelten und auf gesellschaftlicher Ebene problematisierten sozialen Problemen zu erklären. Die mit Abstand meisten Erfahrungen, die mit Kriminalität gesammelt werden, sind sekundärer Natur, genauer: vermittelt durch die Medien. Damit ist die mediale Berichterstattung zum Thema Kriminalität eine wesentliche Erfahrungsressource bezüglich Kriminalität und damit als maßgeblich für die Herausbildung von Kriminalitätseinstellungen anzusehen. So kommen beispielsweise Kräupel und Ludwig (1993) bei ihrer Studie zu Sanktionseinstellungen nach der Wende zum Ergebnis, dass das Fernsehen als die wichtigste Quelle der kriminalitätsbezogenen Einstellungen anzusehen ist (vgl. Kräupel und Ludwig, 1993, S. 45-46).

Eine Vielzahl inhaltsanalytischer Studien (zusammenfassend Reuband, 1998) weisen nach, dass das Bild von Kriminalität gegenüber der sozialen Realität sowohl hinsichtlich Qualität als auch Quantität des Kriminalitätsaufkommens erheblich verzerrt ist. So erscheinen das Thema Kriminalität im Allgemeinen und schwerwiegende Gewaltdelikte im Speziellen stark überpräsentiert in der medialen Berichterstattung. Frevel (2003) schreibt dazu:

„Das Bild der Kriminalität in den Medien (ob in der nachrichtlichen Berichterstattung, der Darstellung in Features und Magazinen oder in den beliebten Krimis sowie den auf der Schnittfläche von Informations- und Unterhaltungssendungen angesiedelten Reality-TV, ´Fahndungsakte´ oder ´Aktenzeichen XY ungelöst´) hat mit der kriminellen Realität nicht viel gemein. Hier finden sich die in der Realität seltenen Delikte (Mord, Geiselnahmen, Banküberfälle mit hohem Raubertrag et al.) extrem überproportional wieder, während die Alltagskriminalität allenfalls auf den Lokalnachrichten Widerhall findet. Damit lenken die Medien die Wahrnehmung auf besonders gefährliche, bedrohliche und angstausslösende Delikte und verzerren die Realität. Sie bestimmen worüber in der Bevölkerung nachgedacht und gesprochen wird“ (Frevel, 2003, S. 328-329).

Diese Überpräsentation von Kriminalität im Vergleich zur objektiven Lage folgt hierbei journalistischen Kriterien, welche sich unter dem Motto „only bad news are good news“ zusammenfassen lassen. Entscheidend hierbei ist der Nachrichtenwert:<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Neben dem Nachrichtenwert erscheint auch der Unterhaltungswert zunehmend an Relevanz für die Medien zu gewinnen. Schetsche (2000, S. 102) schreibt dazu: „Die traditionelle Trennung der drei Medienbestandteile Information, Unterhaltung und Werbung steht inzwischen (...) selbst zur Disposition. (...) Dass eine Angleichung erfolgt, zeigt sich auch daran, dass aufgrund der Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Rezipienten sogar die eher faktional übermittelten Informationen regelmäßig skandalisiert, also emotional aufgeladen werden. Die Bedeutung der affektuellen Bestandteile von Deutungsmustern nimmt damit insgesamt zu. Nicht nur beim Fernsehen scheint es mir inzwischen fraglich, ob





„Über das, was aus ihrer Sicht, aus ihrer Erwartungshaltung heraus hohen Nachrichtenwert hat und gute Einschaltquoten verspricht, wird regelmäßig und ausführlich berichtet“ (Schubarth, 2001, S. 26).

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht ist nach vorliegenden Erkenntnissen zwischen überregionaler und regionaler bzw. lokaler Berichterstattung zu differenzieren. Überregionale Berichterstattung über Kriminalität hat hierbei vor allem Effekte auf die sozialen Kriminalitätseinstellungen, d.h. auch ohne direkte Betroffenheit zu empfinden, wird eine durch Kriminalität bedrohte Gesellschaft verstärkt wahrgenommen. Diesbezüglich beschreibt Scheerer (1978) einen politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf, in welchem zunächst durch die Medien (unter Einsatz ihrer dramaturgischen Mittel) eine Problemwahrnehmung von Kriminalität geschaffen wird, welche nicht zuletzt auch politischen Handlungsbedarf signalisiert. In einem wechselseitigen Aufschaukelungsprozess von dramatisierender Berichterstattung und – oft genug plakativer – politischer Reaktion kann dann seitens der Bevölkerung „eine Akzentuierung von Wahrnehmungen resultieren, wonach – auch unabhängig von eigenen Risiken und eher geringen Befürchtungen im eigenen unmittelbaren Lebensumfeld – die Gesellschaft insgesamt als offenbar mit Kriminalität konfrontiert und in diesem Sinne bedroht erlebt wird“ (PSB, 2006, S. 515)<sup>9</sup>.

Lokale Berichterstattung kann hingegen einen höheren Effekt auf das personale Sicherheitsgefühl haben. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Einwirkung auf das Sicherheitsgefühl, insbesondere auf die persönliche Risikoeinschätzung, je stärker der Bezug zur eigenen persönlichen, sozialen und räumlichen Situation hergestellt wird (vgl. Boers, 1991; Heath, 1984). Gerade eine realitätsnahe Wiedergabe von kriminellen Delikten, bei denen eine Verknüpfung zur eigenen Lebenssituation herstellbar ist, führt zu einer Erhöhung personaler Kriminalitätsfurcht (vgl. PSB, 2006, S. 515).

Wesentlicher Einflussfaktor ist hierbei auch die Art der medialen Aufbereitung. Hinsichtlich der medialen Berichterstattung über Kriminalität findet sich häufig eine detaillierte Beschreibung der Täter und des Tathergangs (Kaiser, 2002; Lamnek, 1990; Reuband, 2004; Schäfer, 2002; Walter, 1998). Ausgehend von Ergebnissen der Rezipientenforschung zu Identifizierungsprozessen während des Konsums von Medieninhalten ist hierbei von einer starken subjektiven Beteiligung (durch Identifikation

---

eine analytische Trennung von Information und Unterhaltung noch möglich und sinnvoll ist“ (Schetsche, 2000, S. 102).

<sup>9</sup> Streng (2009) betont diesbezüglich die Rolle der Politik und verweist auf die Konsequenzen der politischen Beteiligung an diesem politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf: „Es geht um das politische Handlungsfähigkeit signalisierende Ansprechen der zunächst in den Medien ‘auflagen- und einschaltquotenträchtig’ desinformierten Öffentlichkeit. Unübersehbare Folge des Mitspielens der Politik im politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf ist ein Verlust an Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und ein Verlust an Bereitschaft zu Kriminalpolitik mit Augenmaß“ (Streng, 2009, S. 195).



mit dem Opfer) auszugehen. Diese wird von entsprechenden Emotionen der Angst und der Unsicherheit begleitet. Vor diesem Hintergrund wird auch der Bezug zur Viktimisierungsperspektive deutlich, da derart auch indirekte Opfererfahrungen medial vermittelt werden.

Ob mediale Darstellungen von Kriminalität Auswirkungen auf die Einstellungen der Rezipienten haben, hängt dabei von einer Vielzahl an Faktoren ab. So ist Art und Häufigkeit des Medienkonsums ebenso entscheidend „wie die Intellektualität des Konsumenten und die damit verbundene Abstraktionsfähigkeit und Informationsverarbeitungskapazität (...)“ (Frevel, 2003, S. 328). Ferner gilt es zu berücksichtigen, dass die Bürger den Medien nicht hilflos ausgeliefert sind. So werden Medieninhalte vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Einstellungen rezipiert. Hierzu gehören auch spezifische Nutzungsmotive und damit eine selektive Zuwendung zu bestimmten Medieninhalten, welche maßgeblich für mögliche Effekte sind.

Bezüglich der Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und Kriminalitätsfurcht kann zusammenfassend festgestellt werden, dass ein solcher insbesondere dann zu erwarten ist, wenn Medieninhalte Bezüge zu den Erfahrungen und Einstellungen der Rezipienten aufweisen. Medieneinflüsse sind dementsprechend bei Personen mit höherer Vulnerabilität stärker, desweiteren bei Personen mit Viktimisierungserfahrungen sowie bei Personen, die in Wohngebieten mit Zeichen sozialer Desorganisation, hoher Kriminalitätsrate sowie schwacher informeller Kontrolle leben (vgl. Boers, 1993; Chiricos et al., 2000).

## 4.2 Das Interaktive Verständnismodell nach Boers

Die jeweils individuelle Ausprägung des Sicherheitsgefühls mit ihren affektiven, kognitiven und konativen Dimensionen ist das Ergebnis einer komplexen Mischung von personalen und sozialen Kriminalitätseinstellungen, deren Grundlage die in den vorangegangenen Kapiteln genannten Ursachen darstellen.

Diese Komplexität ist mit Ursache dafür, dass die herkömmlichen Erklärungsansätze zur Kriminalitätsfurcht, d.h. die Erklärungen aus Viktimisierungs-, Soziale-Kontroll- sowie Soziale-Problem-Perspektive nur zum Teil empirische Bestätigung erlangt haben. Den strukturellen Hauptmangel sehen Boers und Kurz (1997a) vor allem darin, „dass die Kriminalitätsfurcht vornehmlich aus dem Blickwinkel der jeweils favorisierten Untersuchungsebene (Opferwerdung; soziale Desorganisation; Problemprojektion) betrachtet wurde“ (Boers und Kurz, 1997a).

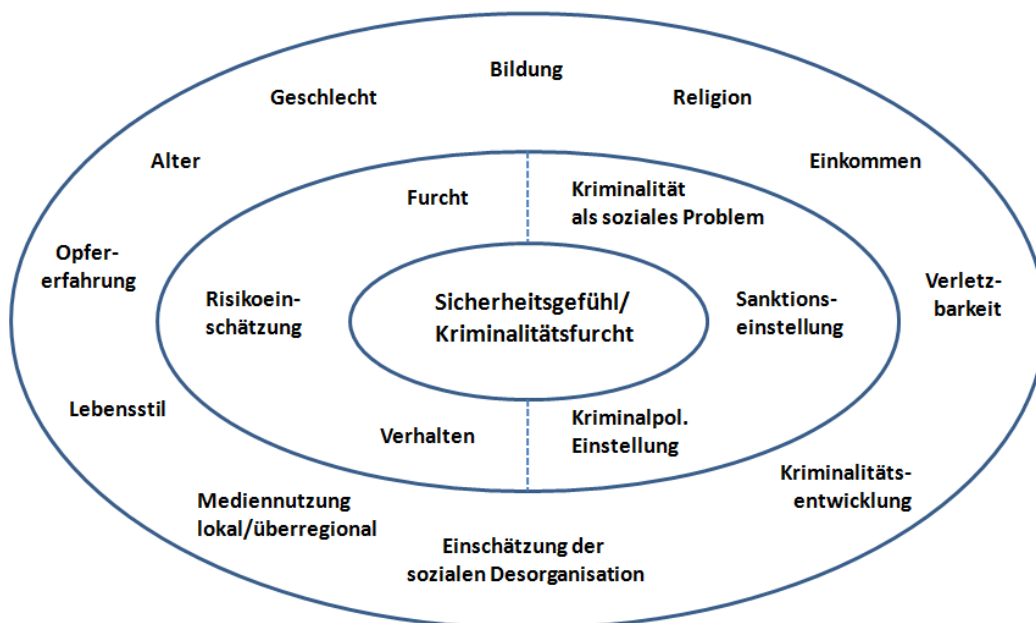
In einem Versuch, die empirischen Ergebnisse zu integrieren und die Beziehungen zwischen den Ebenen – Person, sozialer Nahraum, weiterer sozialer Kontext – zuei-



einander darzustellen, wurde von Boers ein Modell der Entstehung von Kriminalitätsfurcht entwickelt.

Dieses betrachtet insbesondere „die kommunikativen und interaktionalen Prozesse in und zwischen diesen drei Ebenen als System-Umwelt-Beziehungen der beteiligten psychischen und sozialen Systeme“ (Boers und Kurz, 1997a, S. 3). Die Zusammenhänge sind in diesem Modell also nicht kausal zu verstehen, da Ursache-Wirkungsmodelle „nur wenig geeignet (sind), die komplexen Beziehungen, deren struktureller und prozessualer Gesamtzusammenhang das Phänomen Kriminalitätsfurcht kennzeichnet, widerzuspiegeln“ (Boers und Kurz, 1997a).

**Abbildung 4-1: Einflüsse auf das Sicherheitsgefühl (Frevel, 1999, S. 73)**

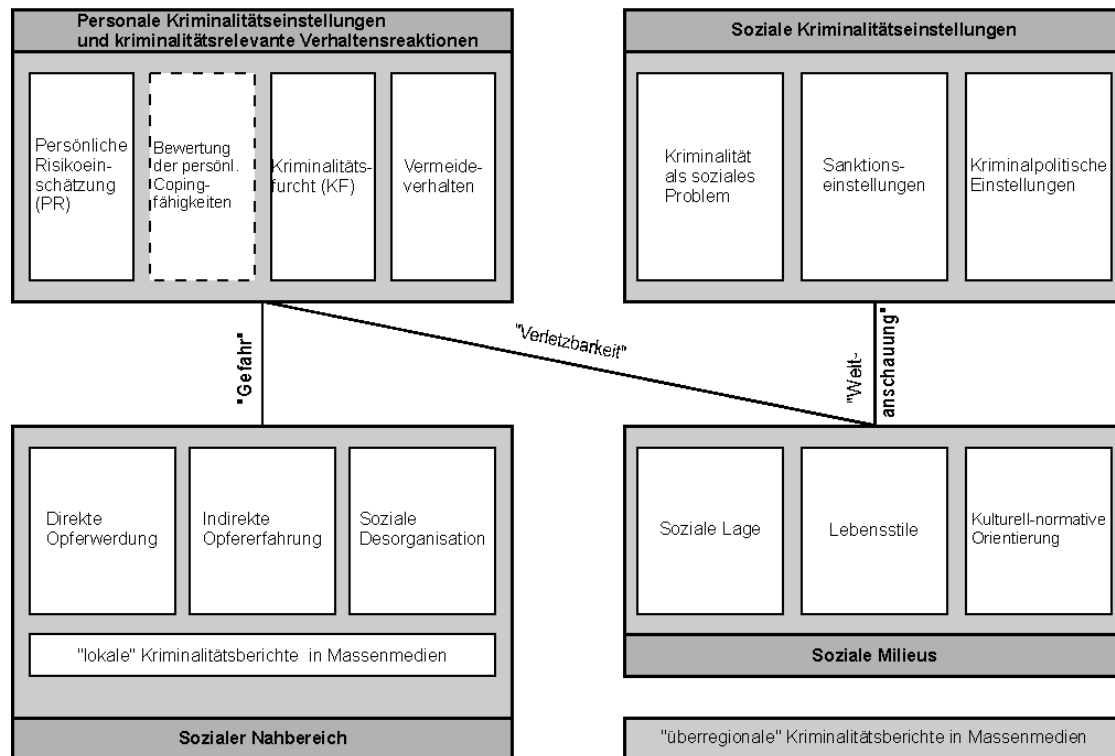


Die Autoren des zweiten periodischen Sicherheitsberichtes resümieren, dass „(d)ieses (...) derzeit als eines der am besten elaborierten Modelle zur Erklärung von Kriminalitätsfurcht bezeichnet werden (kann). Es berücksichtigt empirische Befunde sowohl hinsichtlich der Rolle individueller Kompetenzen sowie Informationsverarbeitungs- und Bewertungsprozesse als auch zu den Wirkungen sozialer Gegebenheiten und Kommunikationsprozesse in der unmittelbaren Umgebung sowie auf der gesellschaftlichen Makroebene ablaufende öffentliche Thematisierungen und Rahmungen sozialer Probleme“ (PSB, 2006, S. 516).

Das Interaktive Verständnismodell unterscheidet zunächst zwischen den in Kapitel 4.1 betonten Kriminalitätseinstellungen auf personaler und sozialer Ebene. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass Kriminalität durchaus als dringendes gesellschaftliches

Problem angesehen werden kann, ohne dass man sich selbst in der konkreten Betroffenheit erlebt.<sup>10</sup>

**Abbildung 4-2: Interaktives Verständnismodell von Kriminalitätseinstellungen (Boers und Kurz, 1997a)**



Insbesondere die Sanktionseinstellungen und die kriminalpolitischen Einstellungen<sup>11</sup> finden dort – in Abhängigkeit zum sozialen Milieu – ihren Ausdruck.

Bei den personalen Kriminalitätseinstellungen berücksichtigt das Modell die verschiedenen Dimensionen der Kriminalitätsfurcht und des Sicherheitsgefühls, also die Kriminalitätsfurcht als Emotion (affektive Dimension), die persönliche Risikoeinschätzung (kognitive Dimension) sowie die Bewertung persönlicher Copingfähigkeiten und dem Schutz- und Vermeiderverhalten (konative Dimension).<sup>12</sup>

Basierend auf (früheren) eigenen Erfahrungen sowie Kommunikation über entsprechende Erlebnisse im unmittelbaren sozialen Nahbereich entwickeln Personen Auffassungen bezüglich ihrer persönlichen Risikoeinschätzung. Da hierbei keine aktuelle

<sup>10</sup> Dies betrifft insbesondere Delikte wie Korruption, Bestechung, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Menschenschmuggel und Drogenhandel.

<sup>11</sup> Stichwort: Punitivität

<sup>12</sup> Boers und Kurz (1997) schreiben diesbezüglich: „Die Bewertung der persönlichen Copingfähigkeiten gehört natürlich nicht zu den personalen Kriminalitätseinstellungen. Sie wurde jedoch an dieser Stelle (mit gestrichelter Linie) in das Modell aufgenommen, um ihre Bedeutung für den internen Regulierungsprozess hervorzuheben“ (Boers & Kurz, 1997).



Gefahr als Bezugspunkt für die persönliche Risikoeinschätzung herangezogen wird, „ist (...) zu vermuten, dass diesbezügliche Kommunikationen und Interaktionen im sozialen Nahbereich (Opferwerdung, indirekte Opfererfahrung, Wahrnehmung sozialer Desorganisation, Konsum lokaler Kriminalitätsberichte in den Medien) in einem stärkeren Zusammenhang mit der persönlichen Risikoeinschätzung als mit der Kriminalitätsfurcht stehen“ (Boers und Kurz, 1997a). Die Auffassungen, welche sich aus diesem Prozess ergeben, sind abhängig von der Wahrnehmung eigener Bewältigungsressourcen.

Die Vulnerabilität steht hierbei auch in Wechselwirkung zur sozialen Lebenslage der Personen – entsprechend berücksichtigt das Modell den sozialstrukturellen und lebensweltlichen Unterschied im Sinne der sozialen Milieus:

„Die eigene Verletzlichkeit sowohl im Sinne der subjektiven Bedeutsamkeit von Viktimisierungsfolgen als auch des Risikos einer Viktimisierung für die eigene Person, ergibt sich – im Sinne einer Risikoexposition – aus Alltagsroutinen und Lebensstilen, die sich für unterschiedliche soziale Gruppen verschieden darstellen“ (PSB, 2006, S. 517).

Hier wird auch die Bedeutung der sozialen Kriminalitätseinstellungen nochmals deutlich. So unterscheiden sich zwar die Prozesse der Entstehung und Bedeutung für das Alltagshandeln und beide Kriminalitätseinstellungen korrelieren in der Regel nur schwach miteinander, dennoch findet sich der Zusammenhang insbesondere in der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus und den dort verorteten kultur-normativen Orientierungen sowie den verschiedenen Lebensstilen. So ist dies insbesondere in sozial, physisch und psychisch „vulnerablen“ Milieus zu berücksichtigen, da hier zum einen die persönlichen Copingfähigkeiten geringer bewertet werden. Entsprechend wird über eine höhere Kriminalitätsfurcht berichtet und das Viktimisierungsrisiko wird höher eingeschätzt. Zum anderen interagiert die aus der kultur-normativen Orientierung resultierende Weltanschauung (religiös, politisch, philosophisch) mit den sozialen Kriminalitätseinstellungen (z.B. restitativ, punitiv).

„Unter anderem hängt die Verletzlichkeit von den sozialen Lebenslagen ab, da sie maßgeblich auf Risikoexposition sowie soziale Bewältigungsressourcen verweist“ (PSB, 2006, S. 517).

### 4.3 Zusammenfassung/Zwischenfazit

Das individuelle Sicherheitsgefühl ist als ein mehrdimensionales Gefüge von kriminalitätsbezogenen Einstellungen zu verstehen. Im Ergebnis des Zusammenspiels dieser sich gegenseitig beeinflussenden Dimensionen konstituiert sich eine subjektiv eingeschätzte, personenbezogene Vulnerabilität, welche das Sicherheitsgefühl bestimmt.



Um ein angemessenes Bild des Phänomens Sicherheitsgefühls zu erhalten sowie mögliche (präventive) Maßnahmen zu entwickeln, müssen alle drei Dimensionen (vgl. Kapitel 3) des personalen Sicherheitsgefühls berücksichtigt werden.

Das Sicherheitsgefühl differenziert sich in personale und soziale Kriminalitätseinstellungen. Soziale Kriminalitätseinstellung – die Wahrnehmung von Kriminalität als soziales Problem, bestehende Sanktionseinstellungen sowie kriminalpolitische Einstellungen – beziehen sich nicht unmittelbar auf das personale Sicherheitsgefühl, stehen jedoch damit im Zusammenhang. Der Zusammenhang wird deutlich, betrachtet man die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus, welche in ihren Ausprägungen der sozialen Lage, des vorherrschenden Lebensstils sowie der bestehenden kulturellen Orientierung auch für das personale Sicherheitsgefühl entscheidend sind.

Aus kriminologischer Perspektive sind drei Erklärungsansätze weit verbreitet, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen und verschiedene Erfahrungsressourcen von Kriminalität als Entstehungsbedingungen fokussieren: Aus der *Viktimisierungsperspektive* sind eigene Erfahrungen der Opferwerdung (direkte Viktimisierung) sowie von Personen im unmittelbaren sozialen Nahbereich kommunizierte Opfererfahrung (indirekte Viktimisierung) entscheidend für die Herausbildung des (Un-)Sicherheitsgefühls. Die Folgen direkter wie indirekter Viktimisierung hängen dabei von einer Vielzahl verschiedener Faktoren ab (Deliktschwere, eingeschätzte sowie tatsächlich vorhandene Bewältigungsressourcen im personalen sowie sozialen Bereich etc.). Aus Sicht der *Soziale-Kontrolle-Perspektive* nimmt die Wahrnehmung physischer und sozialer Verfallserscheinungen im eigenen unmittelbaren Lebensumfeld Einfluss auf das Sicherheitsgefühl. Diese werden als Zeichen verminderter sozialer Kontrolle betrachtet und beeinflussen sowohl die affektive wie auch die kognitive Dimension, also die persönliche Risikoeinschätzung. Auch hier sind verschiedene Faktoren mit zu berücksichtigen (Nachbarschaftsressource, Lebensstile, sozialstrukturelle Merkmale des Wohngebiets etc.). Die *Soziale-Probleme-Perspektive* betont schließlich die Stellung von Kriminalität im öffentlichen und vor allem medialen Diskurs. Die Medien sind hierbei als zentrale Erfahrungsressource für das Thema Kriminalität anzusehen. Die mediale Berichterstattung über Kriminalität stellt diese sowohl quantitativ als auch qualitativ verzerrt dar. Dabei werden in starkem Maße die sozialen Kriminalitätseinstellungen beeinflusst, welche insbesondere in Sanktionseinstellungen und kriminalpolitischen Haltungen ihren Ausdruck finden. Ist jedoch der Bezug zur eigenen lebensweltlichen Situation gegeben – wie es insbesondere in der lokalen Berichterstattung der Fall ist – nehmen die medial kommunizierten Risiken in stärkerem Maße Einfluss auf die persönliche Risikoeinschätzung und damit auf das Sicherheitsgefühl.

Um das Sicherheitsgefühl in seiner Gesamtheit zu erfassen, ist ein Modell erforderlich, welches die verschiedenen Perspektiven und Beeinflussungsfaktoren berücksichtigt. Das Interaktive Verständnismodell zu Kriminalitätseinstellungen berücksichtigt die



Mehrdimensionalität des Sicherheitsgefühls und integriert die verschiedenen Erklärungsansätze. Dabei werden nicht zuletzt die verschiedenen Ebenen – Person, sozialer Nahraum und weiterer sozialer Kontext – zueinander in Beziehung gesetzt.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass das Sicherheitsgefühl und damit auch eine mögliche Verminderung von Lebensqualität durch Furcht vor Kriminalität wesentlich von Prozessen der Bewertung eigener Bewältigungsressourcen und Fähigkeiten abhängen. Daran schließt die Frage an, wie die Bevölkerung Gefühlen von Unsicherheit begegnet bzw. diese zu bewältigen versucht. Daraus erschließen sich nicht zuletzt Möglichkeiten der Prävention und Intervention und damit der Weg zu mehr Sicherheitsgefühl seitens der Bevölkerung.



## 5. Die Bewältigung von Gefühlen der Unsicherheit seitens der Bevölkerung

Obgleich die Risikoeinschätzung der Bevölkerung und die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden weit auseinander liegen können und dementsprechend von einer unrealistischen und abwegigen Wahrnehmung gesprochen werden kann, muss diese Diskrepanz keineswegs als per se irrational und unvernünftig angesehen werden. Emotionen „sind vielmehr gewichtige Voraussetzungen dafür, dass rationale Einsicht in Handlung umgesetzt wird“ (Reuband, 2009, S. 233).

Entsprechend ist ein gewisses Maß an Furcht vor Kriminalität durchaus als funktional zu bezeichnen (vgl. Garofalos, 1981, S. 856-857; Schwarzenegger, 1992, S. 142-143). Da „die Menschen sich unsicher fühlen und verschiedene Risiken erkennen, passen sie ihr Verhalten an, entfalten Schutz- und Vermeidetechniken, setzen sich vorsichtiger möglichen Kriminalitätsrisiken aus, mindern damit die Viktimisierungschancen und werden infolge dessen auch tatsächlich seltener Opfer (...)“ (Frevel, 2003, S. 332).

Neben diesem funktionalen – per se präventiven – Effekt des Unsicherheitsgefühls darf jedoch nicht vernachlässigt werden, dass die Furcht vor Kriminalität – gerade auch auf der Handlungsebene – eine wesentliche Beeinträchtigung der Lebensqualität darstellt und damit dysfunktional sein kann. Wenn bestimmte Verhaltensweisen (wie z. B. außerhäusliche Aktivitäten) aufgrund der empfundenen Furcht eingeschränkt oder unterlassen werden, wenn vorhandene Ressourcen (z. B. Zeit und Geld) in erheblichem Maße aufgewendet werden (müssen), um entsprechende Schutzvorkehrungen gegenüber Kriminalität zu treffen, kurz: wenn individuelle Freiheiten aufgrund der empfundenen Angst vor Kriminalität in erheblichem Maße aufgegeben bzw. eingeschränkt werden, wird die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigt.

Es empfiehlt sich, sowohl angesichts einer möglichen Selbsthilfe der Bevölkerung als auch im Hinblick auf Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Sicherheitsgefühl durch präventive Maßnahmen, die Reaktionen auf das Unsicherheitsgefühl genauer zu betrachten. Im Folgenden werden zunächst die Faktoren benannt, welche die (individuelle) Bewältigungsfähigkeit bestimmen. Das darauf folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, welche Verhaltensweisen respektive welche Handlungen sich aus Gefühlen der Unsicherheit und der Wahrnehmung von Risiken konstituieren. Auf Grundlage von Ergebnissen der qualitativen Forschung wird sodann eine Typologie von Sicherheitsmentalitäten vorgestellt, um Denkweisen, Wahrnehmungen und Praktiken der Bevölkerung im Hinblick auf das Sicherheitsgefühl vertiefend darzulegen. Nachfolgend werden die Bedeutung des individuellen Schutzhandelns und die Zuständigkeit des Staates näher betrachtet.





## 5.1 Copingfähigkeiten

Die Wahrnehmung, Bewertung und nicht zuletzt auch der Umgang mit Risiken und Unsicherheiten ist abhängig von den Ressourcen, die Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen und räumlichen Lebensbedingungen zur Verfügung haben. Neben der tatsächlichen Verfügbarkeit dieser Ressourcen ist die subjektive Wahrnehmung dieser Verfügbarkeit maßgebend. Sie ist dafür entscheidend, welches Ausmaß an Vulnerabilität die Person aufweist. Im vorhergehenden Kapitel bereits in ihren Grundzügen dargestellt, soll im Folgenden genauer auf die Copingfähigkeiten eingegangen werden.

In Anlehnung an Skogan und Maxfield (1981), welche Vulnerabilität in einen sozialen und physischen Bereich differenzieren, unterscheidet Boers (1991) personale und soziale Indikatoren zur Einschätzung der Copingfähigkeiten.

### 5.1.1 Personale Indikatoren

Nach Boers (1991) zählen zu den personalen Indikatoren hauptsächlich *Alter*, *Geschlecht* und *Angstneigung*. Den Befund, dass Frauen und ältere Menschen furchtsamer reagieren als Männer und junge Personen, stellt Boers (1991) jedoch nicht lediglich auf biologische und psychische Persönlichkeitsmerkmale ab, sondern betont die Bedeutung von Rollen- und Verhaltensmustern, die im Rahmen des Sozialisationsprozesses erworben werden. So spielt es eine entscheidende Rolle „wie diese konstitutionellen Eigenschaften im generellen sozialen Bewusstsein und in der alltäglichen sozialen Interaktion gedeutet und behandelt und in der Folge vom Einzelnen als eigene Attitüde übernommen werden“ (Boers, 1991, S. 216). Entsprechende Rollenbilder nehmen hierbei Einfluss auf die Einschätzung der persönlichen Bewältigungskompetenzen in Bezug auf gewaltsame Bedrohungen.<sup>13</sup> Boers (1991) vermutet, dass auch bei alten Menschen die Rollenzuschreibung und die damit verbundene Selbststigmatisierung die erhöhte Kriminalitätsfurcht mitbegründen.

### 5.1.2 Soziale Indikatoren

Soziale Indikatoren zur Einschätzung der Copingfähigkeiten sieht Boers (1991) in dem *sozialen Status* (*Schichtzugehörigkeit* und *Bildung*) und der *sozialen Integration*.

Die *Schichtzugehörigkeit* beinhaltet insbesondere materielle und finanzielle Ressourcen. So spielt beispielsweise die Kaufkraft für mechanische Sicherheitsvorkehrungen (Alarmanlagen, Wegfahrsperrern, Überwachungsanlagen) sowie entsprechende Versicherungen eine Rolle. Ferner ist denkbar, dass Personen mit höherem sozialen Status

---

<sup>13</sup> So gilt es gemeinhin als „unweiblich“, aggressiv und konsequent gegen einen Angreifer vorzugehen, jedoch als „männlich“ in diesem Kontext Aktionismus zeigen zu können (vgl. hierzu Holst, 2003, S. 52).



und dementsprechend höheren finanziellen wie materiellen Ressourcen auch deshalb weniger von Kriminalitätsfurcht bei Eigentumsdelikten betroffen sind, weil sie ökonomische Verluste besser ausgleichen können als Personen mit niedrigerem sozialen Status (vgl. Reuband, 2009 S. 237; Boers, 1991, S. 218). Entsprechend stufen Unterschichtangehörige ihre Copingfähigkeiten geringer ein und berichten somit über höhere Kriminalitätsfurcht.

Ferner ist die *Bildung* von zentraler Bedeutung. Boers (1991) geht davon aus, dass durch Bildung erworbene kognitive Kompetenzen zu einer besseren (realitätsnäheren) Beurteilung des Viktimisierungsrisikos und einer angemessenen Beurteilung der eigenen Ressourcen führen. Entsprechend ist davon auszugehen, dass von Personen mit besserer Bildung eine geringere Kriminalitätsfurcht berichtet wird.

Schließlich bildet die *soziale Integration* einen wesentlichen Indikator für die Copingfähigkeiten. Soziale Ressourcen, von Boers (1991) insbesondere im Rahmen der Integration in Nachbarschaft, Berufsleben und gesellschaftlichen Alltag betrachtet, stellen „wesentliche Potentiale für den Erwerb und Erhalt von Sicherheit, Kompetenz und Selbstvertrauen in alltagsweltlichen Konfliktsituationen“ (Boers, 1991, S. 218) dar.<sup>14</sup>

### 5.1.3 Aktive Copingfähigkeit – Passive Copingfähigkeit – Hilflosigkeit

In Abhängigkeit der personalen und sozialen Indikatoren der Copingfähigkeiten konstituiert sich, unter Berücksichtigung der wahrgenommenen Verfügbarkeit entsprechender Kompetenz und Ressourcen, eine unterschiedliche Vulnerabilität (vgl. Reuband, 2009, S. 235)

Boers und Kurz (1997a) kommen in ihren Untersuchungen zu folgender Unterscheidung der Copingfähigkeiten hinsichtlich der möglichen Reaktionen auf eine konkrete Bedrohungssituation:

Bei der Untersuchung gaben 70 Prozent der Probanden an, über ausreichend Copingfähigkeiten zu verfügen, um die Bedrohung auf die eine oder andere Weise zu bewältigen. Deutliche Zusammenhänge zeigten sich (wie zu erwarten) bei den unabhängigen Variablen Alter, Geschlecht und Wohngebiet: „junge Männer verfügen über ausgeprägtere Copingfähigkeiten als ältere Frauen. Großstädter berichteten häufiger aktive und passive Bewältigungsfähigkeiten als Probanden aus kleineren Städten und Gemeinden“ (Boers und Kurz, 1997a).

---

<sup>14</sup> Hier wird nochmals der wesentliche Einfluss des sozialen Milieus deutlich. Ferner wird hier die Verbindung der spezifischen Furcht vor Kriminalität mit anderen – insbesondere sozialen Ängsten – offensichtlich: Der drohende Wegfall von materiellen, finanziellen sowie körperlichen Ressourcen spielt eine zentrale Rolle hinsichtlich allgemeiner Gefühle des Bedrohtseins wie auch spezieller Unsicherheitsgefühlen wie jenes der Kriminalitätsfurcht.



Abbildung 5-1: Copingfähigkeiten mit konkreter Bedrohungssituation (Boers und Kurz 1997a)

	Verhalten
<b>Aktive Copingfähigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Mit dem Angreifer reden</li><li>• Den Angreifer zur Seite schieben, um wegzulaufen</li><li>• Sich körperlich zur Wehr setzen</li></ul>
<b>Passive Copingfähigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Zügig weglaufen</li><li>• Um Hilfe bitten</li></ul>
<b>Hilflosigkeit</b>	

Insgesamt zeigen Boers und Kurz (1997a) auf, dass sowohl die persönlichen Merkmale „Alter“ und „Geschlecht“ als auch die sozialen Indikatoren, zusammenfassend als „Milieuzugehörigkeit“ bezeichnet, für die Einschätzung der persönlichen Copingfähigkeiten bedeutsam sind.

## 5.2 Schutzpraktiken

Um die Zusammenhänge zwischen Furcht, persönlicher Risikoeinschätzung und Copingfähigkeiten im Hinblick auf die alltäglichen Sicht- und Umgangsweisen zu beleuchten, erscheint die Analyse von aggregierten Daten jedoch nicht auszureichen. Klimke (2008) schreibt diesbezüglich:

„Das individuelle Schutzengagement lässt sich kaum nur mit quantitativen Daten erfassen. Sobald die Sicherheitsstrategien über einfache und konkret fassbare Maßnahmen, wie v.a. die technischen Anbringungen zum Schutz der Wohnung hinausgehen, muss dieser Zugang versagen. Das Schutzrepertoire umfasst zumeist eine differenzierte, in alltäglichen Routinen eingebaute Struktur, die Tag für Tag eher intuitiv das Handeln der Befragten anleitet“ (Klimke, 2008, S. 143).

Klimke (2008) bezieht sich sowohl auf quantitative wie auch auf qualitative Daten um die Schutzpraktiken der Bevölkerung, also deren Reaktion auf ihr (Un)Sicherheitsgefühl näher zu betrachten.<sup>15</sup> Sie differenziert die Schutzpraktiken in

---

<sup>15</sup> Die Daten wurden im Rahmen eines von der DFG finanzierten Forschungsprojektes mit dem Titel „Politik der Lebensführung, privater Schutz vor Viktimisierung und die Individualisierung der Sicherheitspolitik“ erhoben.



Vermeidendes Schutzverhalten, Wachsamkeit und Maßnahmen zur Sicherung der Wohnung.<sup>16</sup>

„Mit der Unterscheidung nach vermeidenden und offensiveren Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum und Vorkehrungen, die den Schutz der Wohnung betreffen, kann eine sinnvolle Typisierung der Coping-Strategien erzeugt werden“ (ebd., S. 147).

**Abbildung 5-2: Häufigkeiten der einzelnen Schutzmaßnahmeitems (Klimke, 2008, S. 149)**

Index	Schutzmaßnahmen	Anteile Gesamt in %	Anteile bei Frauen in %	Anteile bei Männern in %	N
Vermeidung	Umwege in Kauf nehmen	37,6	67,5	32,5	1.131
	Abends nicht ohne Begleitung weggehen	24,7	81	19	743
	Keine aufreizende Kleidung tragen	21,5	100	0	647
	Abholen/nachhause bringen lassen	28,4	82	18	856
	Bestimmte Orte meiden	55,7	58	42	1.677
	Abends grundsätzlich nicht weggehen	12,8	77	23	387
Wohnung	Zusätzliche Sicherheitsschlösser	33,4	52	48	1.005
	Abschließbare Fenster	16,7	49	51	504
	Rollläden vor den Fenstern	32,8	53	47	988
	Zeitschaltuhr für Beleuchtung	16,7	52	48	504
	Bewegungsmelder im Garten	23,8	49	51	717
	Organisierte Nachbarschaftshilfe	21,1	55	45	634
	Licht brennen lassen bei Abwesenheit	23,2	56	44	700
	Sicherheitsketten vor der Tür	26,8	54	46	808
	Wohnung nie unverschlossen lassen	58,1	52	48	1.749
	Gitter vor den Fenstern	8,4	45	55	253
	Akustische Alarmanlage	7,2	48	52	215
Wachsamkeit	Hund mitführen	7,7	58	42	232
	Diebstahlschutz im Kfz	19,3	43	57	582
	Handy mitführen	17,0	40	60	511
	Hund angeschafft	10,4	57	43	312
	Auf Wertgegenstände achten	56,6	50	50	1.705
	Mitführen von Schusswaffen	1,5	24	76	45
	Waffen im Haus	6,6	34	66	199
	Selbstverteidigungskurs absolviert	10,4	44	56	313
Messer mitführen	2,8	22	78	85	

Klimke (2008) kommt zu dem Ergebnis, dass das Meiden bestimmter Orte zu den am häufigsten genannten Strategien der Bevölkerung gehört (56 Prozent). Darüber hinaus achtet ein Großteil der Menschen im öffentlichen Raum besonders auf ihre Wertgegenstände (57 Prozent) und lässt zum Schutz ihres Eigentums die eigene Wohnung nie unverschlossen (58 Prozent). Bei diesen Maßnahmen, die auch als Beispiele der einzelnen Schutzpraktiken angesehen werden können, sind die Geschlechtsunterschiede moderat. Im Überblick wird jedoch der vielfach genannte Einfluss des Geschlechts auf

<sup>16</sup> Eine ähnliche Unterscheidung treffen auch Boers und Kurz (1997). Sie unterscheiden innerhalb der konativen Dimension der Kriminalitätseinstellungen zwischen Vermeideverhalten, aktiven Schutz der eigenen Person und Maßnahmen zum Schutz des eigenen Hauses. Ähnlich auch bei Schwarzenegger (1992): Verhinderung von persönlichen Viktimisierungen, Schutz des Haushalts/der Wohnung (technische Prävention) sowie Schutzverhalten auf nachbarschaftlicher bzw. kommunaler Ebene.



die im Anschluss an die Wahrnehmung kriminalitätsbezogener Risiken getroffenen Maßnahmen deutlich.

„Die vermeidenden Strategien sind frauentypisch; die Wachsamkeit bis hin zur aktiven Abwehr von kriminellen Adressierungen scheinen eher Männersache“ (ebd., S. 148).

Um die verschiedenen Verhaltensweisen, die als Reaktion auf das (Un)Sicherheitsgefühl anzusehen sind, näher zu betrachten und den subjektiv gemeinten Sinn sowie die zugrundeliegenden Einstellungen und Überzeugungen zu erkennen, soll im Folgenden insbesondere auch auf die qualitativen Ergebnisse von Klimke (2008) eingegangen werden.

### 5.2.1 Vermeidendes Schutzverhalten

Vermeidungsverhalten als Reaktion auf das eigene (Un)Sicherheitsgefühl wird (wie bereits mehrfach erwähnt) deutlich häufiger von Frauen als von Männern genannt.<sup>17</sup> So geben Dreiviertel der jüngeren und gut 80 Prozent der älteren Frauen vermeidende Maßnahmen an, z. B. das Meiden ganzer Stadtteile sowie bestimmter Orte wie Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. Ein erheblicher Anteil vor allem älterer Frauen, berichtet, auch abends generell das Haus nicht mehr zu verlassen. Deutlich zeigt sich hierbei die Veränderungen mit zunehmendem Alter: 6 Prozent bei 18-27jährigen; 40 Prozent bei über 68jährigen). Die qualitativen Daten der Studie verweisen darauf, dass es sich hierbei nicht nur um Veränderungen allgemeiner Bedürfnisse im Rahmen des Lebensstils handelt, sondern dass „ein beträchtlicher Teil dieser abendlichen Ausgangsvermeidung mit Blick auf Risiken im öffentlichen Raum geschieht“ (Klimke, 2008, S. 150).

Die Risiken werden hierbei anhand von Merkmalen der Umgebung wahrgenommen, v. a. Dunkelheit und verlassenere Gegenden werden als furchtinduzierend erlebt. Von den Befragten werden diese Gegenden als „Orte großer Unsicherheitsempfinden beschrieben“ (ebd., S. 156) und dementsprechend gemieden. Insbesondere auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu abendlichen oder nächtlichen Stunden wird wenn möglich verzichtet, da hier Bedrohungen wahrgenommen werden wie z. B. lange dunkle Gänge der S- und U-Bahnstationen, menschenleere Haltestellen und leere Züge. Dabei wird das Vermeideverhalten durchaus als Einschränkung der persönlichen Freiheiten erkannt und beklagt, aber in Anbetracht der (subjektiv wahrgenommenen) Risiken hingenommen.

---

<sup>17</sup> Boers et. al. (1998) kommen ebenfalls zum Ergebnis, dass vermeidende Verhaltensweisen von Frauen erheblich häufiger berichtet werden als von Männern. So geben in dieser Untersuchung etwa zwei Drittel der Frauen und ein Drittel der Männer in Westdeutschland sowie doppelt so viele Frauen wie Männer in Ostdeutschland (40% zu 20%) vermeidende Verhaltensweisen an. „Damit werden öffentliche Kommunikationsräume und Möglichkeiten zu deren Gestaltung, auch im Sinne informeller Kontrolle, in nicht unerheblichen Maße aufgegeben“ (Boers et. al., 1998).



Dagegen bewegen sich insbesondere junge Männer recht unbekümmert im öffentlichen Raum. „Gemieden wird (...) nur marginal“ (Klimke, 2008, S. 160). Diese Unbekümmertheit verändert sich jedoch sehr stark mit zunehmendem Alter. So gibt keiner der 18-27jährigen an, abends grundsätzlich zuhause zu bleiben, während gut ein Viertel der Männer über 68 Jahren aussagen, abends das Haus nicht mehr zu verlassen. Es deutet vieles darauf hin, dass insbesondere bei Männern das Gefühl von Wehrhaftigkeit und die Überzeugung, sich gegen kriminelle Bedrohung (auch körperlich) schützen zu können, mit dem Alter abnimmt und sich eher Gefühle einer höheren Vulnerabilität einstellen. Klimke (2008) weist jedoch darauf hin, dass es sich hierbei keineswegs nur um körperliche Wehrhaftigkeit handelt. Vielmehr sind es auch soziale Alterungsprozesse, die einen wesentlichen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl haben. Insbesondere der Verlust von Beruf und damit einhergehenden Gefühlen von (gesellschaftlicher) Ohnmacht spielen hier eine wesentliche Rolle. So „scheint dieser Abschied vom kompetitiven und zugleich solidarisierenden Feld der Berufstätigkeit an Überlegenheitsgefühlen zu nagen“ (ebd., S. 161).

Hinsichtlich der Veränderungen im Alter hin zu verstärktem Vermeiderverhalten angesichts krimineller Bedrohungen, sind nach Klimke (2008) bei Männern und Frauen vor allem auch soziale Entfremdungsprozesse zu berücksichtigen. So wird der soziale Wandel, gesellschaftliche Veränderungen und damit die Zukunft eher skeptisch und mit Ressentiment betrachtet.

### 5.2.2 Wachsamkeit

Die Schutzpraktiken der Wachsamkeit gründen auf der Überzeugung „die Wahrscheinlichkeit und den Verlauf krimineller Adressierungen selbst beeinflussen zu können, gerade indem man sich den Risiken bewusst stellt“ (Klimke, 2008, S. 162).

Die Grenzen quantitativer Daten werden insbesondere bei dieser Form von Schutzpraktiken deutlich. So wird den in der quantitativen Befragung angefragten Verteidigungs- und Schutzmaßnahmen von den Interviewten weniger Relevanz zugesprochen als gemeinhin vermutet. Klimke (2008) schreibt diesbezüglich:

„Der überwiegende Teil wachsamer Strategien ist dem Bereich risikokompetenter Alltagsroutinen zuzurechnen und nicht handfesten Verteidigungsvorkehrungen. Zu nennen wäre hier etwa die aufmerksame Beobachtung der Umgebung auf mögliche Gefahren, beim Ausgehen wenig Geld mitzunehmen sowie keinen ängstlichen Eindruck zu vermitteln“ (ebd., S. 151).

Wenngleich Schutzpraktiken im Sinne der Wachsamkeit bei Frauen deutlich seltener zu beobachten sind als bei Männern, berichten auch die weiblichen Interviewten von entsprechenden Schutzvorkehrungen. So schützen sich insbesondere junge Frauen



durch einen absolvierten Selbstverteidigungskurs oder führen bei abendlichen Aktivitäten ein Handy mit sich. Insbesondere berichten einige interviewten Frauen von einem gezielt selbstbewussten Auftreten im öffentlichen Raum, welches letztlich mit einer inneren selbstsicheren Haltung und der Überzeugung einhergeht, mit Bedrohung umgehen zu können:

„Die gelungene Eindrucksvermittlung, die immerhin 20 Prozent der weiblichen Interviewten erwähnen, scheint also eine echte Alternative zur Vermeidungspraxis insbesondere bei Frauen. (...) Für diese Strategie sprechen gute Gründe: Nicht nur sind die Befragten sich sicher, dass sie sich hiermit effektiv gegen kriminelle Adressierungen schützen können. Selbst wenn etwas passiert, so kann die Überzeugung in aktive Gegenwehr umgesetzt werden, womit der Viktimisierungsschaden gering gehalten und ein Gewinn an Selbstsicherheit verbucht werden kann“ (ebd., S. 166).

In diesem Kontext stellen sich insbesondere Selbstverteidigungskurse als positive Maßnahme hin zu mehr Selbstsicherheit heraus. Die Überzeugung eigener Wehrhaftigkeit und damit verbundene Gefühle von Kompetenz und Selbstbewusstsein scheinen hierbei der wesentliche Aspekt zu sein.

Zentral bei den wachsamen Schutzpraktiken ist das Gefühl von Selbstkompetenz. So sind zwar auch Personen, die sich eher vermeidend verhalten, „wachsam“ (im Sinne einer gezielten Suche nach möglichen Zeichen einer Bedrohung). Statt jedoch von der eigenen Fähigkeit überzeugt zu sein, diese Bedrohungen bewältigen zu können, werden die eigenen (Viktimisierungs-)Ängste bestätigt gesehen und entsprechende Situationen werden gemieden. Das tatsächliche Viktimisierungsrisiko ist dementsprechend niedriger, jedoch nur mit wesentlichen Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und damit der eigenen Lebensqualität. Bei Personen, welche wachsamen Schutzpraktiken vollziehen, sind Viktimisierungserfahrungen entsprechend weiter verbreitet:

„Dieser Kompetenz, mit kriminellen Gefährdungen umzugehen, statt ihnen auszuweichen, gehen häufiger eigene Viktimisierungserfahrungen voraus, von denen der vermeidende Typus kaum zu berichten weiß und die den wachsamen Typus nicht nachhaltig erschrecken“ (Klimke, 2008 S. 162).

### 5.2.3 Maßnahmen zur Sicherung der Wohnung

Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Wohnung beschränken sich größtenteils auf kostengünstige Maßnahmen wie das Anbringen eines Sicherheitsschlusses oder gut handhabbare Strategien wie das Licht brennen lassen, wenn man die Wohnung verlässt. Größere Aufwendungen wie z. B. die Installation einer Videoüberwachung oder die Nutzung privater Sicherheitsdienste wurden bei Klimke (2008) eher selten berichtet. Hingegen zeigte sich hier die Nachbarschaft als bedeutsam. Dieser Umstand unter-



streicht die Bedeutung der informellen Kontrolle für das Sicherheitsgefühl „und die Kommunikation wird als im Hinblick auf die Sicherheit wichtiger und auch angenehmer Bestandteil von Nachbarschaft geschätzt“ (ebd., S. 172).

„Das nachbarschaftliche Hilfs- und Kontrollengagement gehört zu den selbstverständlichen Maßnahmen – allen Reden von anonymen und gleichgültigen Nachbarn zum Trotz“ (ebd., S. 151). Befragte, die nicht in einer Wohnung, sondern in einem Haus leben, berichten hingegen von verstärkten Maßnahmen zur Sicherung ihres Heims. Klimke (2008) sieht hierbei die räumliche Distanz zwischen den Nachbarn als Einflussfaktor für das Sicherheitsgefühl.

„Die gemeinschaftlichen Wach- und Unterstützungsfunktionen fallen deutlich geringer aus, wenn zwischen den Nachbarn eine räumliche Distanz liegt“ (ebd., S. 172).

Wesentlich scheinen ferner die sozialstrukturellen Bedingungen, die sich mit dem Alter ändern. Zum einen, so Klimke (2008), kann man sich im höheren Alter eine bessere Absicherung leisten, zum anderen steigt mit der Größe der Wohnung auch das zu schützende Eigentum.

Ein wesentlicher Einfluss auf die Intensität der häuslichen Schutzmaßnahmen bilden hierbei Erfahrungen mit Einbrüchen: „Je öfter man Einbruchopfer wurde, desto mehr wird in den Schutz investiert“ (ebd., S. 151). Allerdings wird rational und im Hinblick auf die Sicherheitslücken abgewogen – eine Sicherheitshysterie bleibt auch bei entsprechender Opferwerdung aus: „Im Zuge der Verarbeitung der Viktimisierungserfahrungen werden erweiterte Schutzmaßnahmen vernünftig abgewogen. Man verfällt nicht in eine Sicherheitshysterie. Stattdessen geht es den Befragten um effektive, keinesfalls um übertriebene Vorkehrungen“ (ebd., S. 173).

Klimke (2008) kommt zu dem Ergebnis, dass Gefühle der Unsicherheit für die häuslichen Schutzmaßnahmen (vgl. hierzu auch Schwarzenegger, 1992, S. 156-157) sowie wachsame Schutzpraktiken im öffentlichen Raum nur eine geringe Rolle spielen. Bei vermeidenden Sicherheitsstrategien jedoch „hat die Furcht, Opfer einer Körperverletzung zu werden, einen recht starken Einfluss auf die Präferenz dieser Maßnahmen“ (ebd., S. 151).

„Mit Blick auf die qualitativen Daten ist zu vermuten, dass mithilfe von Schutzmaßnahmen Kriminalitätsrisiken verarbeitet werden. Je aktiver dies gelingt, also je mehr man sich vor Gefahren geschützt glaubt, ohne ihnen auszuweichen, desto geringer die Furcht. Die vermeidenden Strategien haben den großen Nachteil, dass die Gefahrensicht mit dem Ausmaß der Schutzaktivitäten steigt. Je gründlicher also riskanten Situationen ausgewichen wird, je vollständiger damit auch der Schutz erscheint, als desto gefährlicher wächst die vermiedene Wirklichkeit in der Vorstellung heran, bis sie gar nicht mehr bewältigbar erscheint. (...) Die Furcht vor einer Beschädigung des Körpers





leitet also nicht nur die vermeidenden Maßnahmen an, sondern die Furcht wird ihrerseits durch Vermeidung erhöht“ (ebd., S. 152).

### 5.3 Typologie von Sicherheitsmentalitäten (nach Klimke)

Auf Grundlage der qualitativen Befragung von 55 Personen nennt Klimke (2008) verschiedene Typen von „Sicherheitsmentalitäten“. <sup>18</sup> Im Folgenden soll ein genauerer Blick auf diese empirisch begründete Typenbildung geworfen werden. Dies erscheint insbesondere deswegen sinnvoll, weil Typen und Typologien als analytisches Werkzeug der qualitativen Sozialforschung neben der Beschreibung von Phänomenen auch ein Orientierungswissen schaffen, „das gewissermaßen prospektiv in die Zukunft zielen kann“ (Kuckartz, 2010, S. 556) und im Kontext des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, „eine bessere Ansprache von Zielgruppen“ (ebd., S. 556) ermöglicht. In diesem Sinne sind die nachfolgend genannten Typen von Sicherheitsmentalitäten Orientierungspunkte auch und gerade von (kriminal-)präventiven Maßnahmen.

Klimke (2008) nennt auf Grundlage der Ergebnisse fünf Typen von Sicherheitsmentalitäten:

Abbildung 5-3: Mentalitätstypen (Klimke, 2008, S. 224f)

<i>Dimensionen</i>	<i>Pragmatischer</i>	<i>Ängstlicher</i>	<i>Eingreifer</i>	<i>Anklagender</i>	<i>Responsibilisierter</i>
<b>Sicherheitsgefühl</b>	Zu einem gelassenen, sicheren Gefühl gemahnt man sich.	Generell ängstlich.	Selbstsicher und wehrhaft.	Hohe Unsicherheit und Hilflosigkeit wird appellativ bekundet.	Hohes Sicherheitsgefühl, schließlich weiß man sich auch zu schützen.
<b>Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum</b>	Sorgfältiges Abwägen von Notwendigkeit und Beeinträchtigung. Wachsame und vermeidende Strategien.	Ausufernde Vermeidungsstrategien und höchste Alarmbereitschaft.	Selbstsicheres Auftreten, Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit sowie schlichtende Intervention.	Vermeidung gefährlicher Viertel, ansonsten eher leichtsinnige Verhaltensweisen.	Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit.
<b>Schutzmaßnahmen für die Wohnung</b>	Minimal, man will sich nicht verbarrikadieren.	Wenig, denn in der Wohnung fühlt man sich recht sicher.	Man sorgt für Sicherheit und Ordnung auch für die Nachbarschaft.	Wenig, denn der Nahraum wird als sicher und angenehm empfunden.	Wenige effektive, eher technische Vorkehrungen.
<b>Wirkung persönlicher Schutzpraktiken.</b>	Ausreichend, bis etwas passiert.	Eigene Schutzpraktiken können prinzipiell nie ausreichen.	Mit dem eigenen Sicherheitsengagement ist man sehr zufrieden.	Klage über die beeinträchtigenden und überdies kaum wirksamen Schutzmaßnahmen.	Schutzmaßnahmen können wirksam abschrecken.
<b>Forderungen an Staat und Politik</b>	Insgesamt zufrieden, jedoch sollte mehr für die Arbeitsmarktpolitik getan werden.	Eher härtere Bestrafung, wobei Unsicherheit v.a. der eigenen Persönlichkeit zugeschrieben wird.	Man hat viele Empfehlungen an den Staat. Insbesondere aber muss er sich verstärkt um Kinder und Jugendliche kümmern.	V.a. härtere Strafen (...)	Der Staat sollte möglichst wenig eingreifen und Eigeninitiative fördern. Härtere Strafen zur Abschreckung.

<sup>18</sup> Klimke (2008) beschreibt den Terminus „Sicherheitsmentalitäten“ als die „systematische Verknüpfung von Sicherheitsdenken, Gefahrenwahrnehmungen und Praktiken, mit Risiken umzugehen“ (Klimke, 2008, S. 217), welche je unterschiedliche Bearbeitungs- bzw. Bewältigungsformen von Unsicherheiten aufzeigen.



<b>Forderungen an die Polizei</b>	Zufrieden, wie es ist.	Mehr Polizeipräsenz könnte objektive Sicherheit erhöhen.	Mehr Polizeipräsenz ist neben gestärkter informeller Kontrolle positiv.	Härteres Vorgehen, mehr Befugnisse, mehr Respekt vor der Polizei.	Nicht zu viel staatliche Kontrolle und Einmischung.
<b>Beurteilung privater Sicherheitsdienste</b>	Eher ablehnend. Man verlässt sich lieber auf die Polizei.	Eher befürwortend.	Vertraut auf traditionelle Formen formeller und informeller Kontrolle durch Polizei und Bürger.	Erhöhen die Sicherheit.	Wirksam und kosteneffizient.
<b>Beurteilung eines bürgerlichen Sicherheitsengagements</b>	Persönliche Schutzmaßnahmen sind sinnvoll, aber für mehr ist der Bürger nicht zuständig.	Bürger können gegen Kriminalität nicht viel ausrichten.	Zivilcourage müsste gestärkt werden.	Bürger sind nicht zuständig für den Kriminalitätsschutz.	Sinnvoll, wenn die Kriminalitätsverhältnisse sich verschlimmern sollten.
<b>Besonders gefährliche Gruppen</b>	Keine	Männer	Jugendliche	Migranten und Jugendliche.	„Sozialschmarotzer“
<b>Ursachen von Kriminalität</b>	Mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für Jugendliche.	Eher soziale Ursachen werden erwogen.	Mangelnde Erziehung und Kontrolle von Jugendlichen und „Werteverfall“.	Ein genereller „Werteverfall“, sinkende Hemmschwellen, lasche Strafen und Langeweile.	Nicht ausreichend abschreckende Strafen
<b>Bedeutung von Incivilities</b>	Spielt kaum eine Rolle, solange sie sich einigermaßen übersehen lassen.	Ein Warnzeichen unter vielen anderen.	Hohe Bedeutung als Zeichen von Rücksichtslosigkeit und Verwahrlosung.	Hieran erkennt man den Verfall alter, guter Werte und Normen.	Geringe Bedeutung.
<b>Einstellungen zu Strafe und Kriminalprävention</b>	Dazu hat man sich noch kaum Gedanken gemacht. Hohes Vertrauen in Experten.	Teilweise viktimistische Straf-forderungen nach einem langen Weg-schluss gefährlicher Täter.	Prävention v.a. durch Kindererziehung. Zügigere, strengere und resozialisierende Bestrafung.	Längere, zügigere und härtere Bestrafung, Abschiebung straf-fälliger Migranten.	Abschreckende Strafmaße und härterer Strafvollzug.

### 5.3.1 Der pragmatische Typus

Gut die Hälfte der Befragten, die an der qualitativen Studie teilgenommen haben, gehört zu diesem Typus, der sich bezüglich seiner persönlichen Risikoeinschätzung und den getroffenen Schutzmaßnahmen alltagstauglich orientiert. Der Kriminalität wird keine allzu große lebensweltliche Bedeutung beigemessen, entsprechend zeigt sich eine undramatische Sicht auf kriminelle Risiken und pragmatische Schutzpraktiken.

Das Verkehren im öffentlichen Raum schränkt dieser Typus nicht dramatisch ein. Vielmehr setzt er hier hauptsächlich auf wachsame Praktiken. Frauen, welche diesem Typus zuzuordnen sind, zeigen dabei auch gemäßigt Vermeidungsverhalten. Die häuslichen Schutzvorkehrungen gehen nicht über das übliche Maß hinaus.

Insgesamt zeigt dieser Typus eine konstruktive Bearbeitungsweise von Gefühlen der Unsicherheit. Auf eigene Viktimisierungen wird hierbei rational mit einer Anpassung der Schutzmaßnahmen reagiert.

Die Kriminalitätsbekämpfung sieht der pragmatische Typus dabei als staatliche Aufgabe. Den zuständigen Experten wird hierbei vertraut. Eine Beteiligung an weiterführenden (bürgerlichem) Sicherheitsmanagement wird hierbei abgelehnt:



„Zum einen fühlt man sich dafür nicht zuständig, schließlich sei das Aufgabe der Polizei. Außerdem reicht die Gefahrenwahrnehmung dieser Befragten nicht aus, um aufwendigere private Präventionsanstrengungen zu rechtfertigen“ (Klimke, 2008, S. 219).

### 5.3.2 Der ängstliche Typus

Etwa ein Zehntel der Befragten gehört dem ängstlichen Typus an, wobei es sich im Rahmen der qualitativen Studie von Klimke (2008) nur um Frauen handelt. Dieser Typus nimmt ständig umfangreiche Bedrohungen in seinem lebensweltlichen Umfeld wahr und reagiert mit Vermeidung und sozialem Rückzug. Dabei werden aufgrund der eigenen Ängstlichkeit die persönlichen Freiheiten in starkem Maße eingeschränkt, was zwar als Verschlechterung der Lebensqualität wahrgenommen, aber auch als vernünftige Reaktion angesehen wird.

Direkte Viktimisierungen weiß dieser Typus nicht zu berichten, jedoch werden symbolische Zeichen von Bedrohungen, z. B. unbeleuchtete Wege, in verstärktem Maße wahrgenommen und als Bestätigung der eigenen Wahrnehmung einer bedrohlichen Umwelt gesehen. Entsprechend wird mit Vermeidungsverhalten reagiert, welches sich als fortschreitender Rückzug aus öffentlichen Aktivitäten präsentiert.

Als Quelle der persönlichen Risikoeinschätzung sowie der getroffenen Schutzmaßnahmen, so Klimke (2008), wird hierbei durchaus die persönliche Ängstlichkeit als psychische Konstitution erkannt. Entsprechend lassen sich nur wenige Forderungen an Sicherheitsinstitutionen oder an staatlichen Kriminalitätsschutz finden:

„Wenngleich die Risikosicht eher ein strengeres und umfassenderes Vorgehen gegen Kriminalität abstützt, ist man sich darüber im Klaren, dass einem weder die Polizei noch private Wachmänner bei der Bewältigung der eigenen Ängstlichkeit helfen können“ (ebd., S. 220).

### 5.3.3 Der furchtlose Eingreifer

Knapp ein Zehntel der Befragten ist diesem Typus zuzuordnen, der sich zwar mit einer hohen Risikowahrnehmung, aber mit geringer affektiver Kriminalitätsfurcht auszeichnet. Man ist sich sicher, Risikosituationen erfolgreich und aktiv bewältigen zu können. Der Großteil berichtet hierbei von zurückliegenden Konfrontationen im öffentlichen Raum.

Entsprechend hat sich dieser Typus weitgehend wachsame Schutzpraktiken angeeignet, mit denen auf Bedrohungen reagiert wird. Vermeidungsverhalten wird kaum gezeigt. Dies zeigt sich zudem bei den häuslichen Schutzpraktiken, welche er auf das nachbarschaftliche Feld ausweitet.



Ansatzpunkte für Verbesserungen angesichts der Bedrohungen durch Kriminalität sieht dieser Typus bereits sehr frühzeitig. So sollten Maßnahmen an den Ursachen orientiert sein und dementsprechend bereits bei der Erziehung sowie in der Schule ansetzen. Ferner wird in einer Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten konkrete Prävention gesehen, denn „Arbeit diszipliniert zu einem rechtschaffenen Leben und lässt darüber hinaus nicht mehr viel Zeit und Energie, um noch ´dummes Zeug´ zu machen“ (Klimke, 2008, S. 221). Sanktionen als Reaktion auf Kriminalität sollten erzieherisch wirken und möglichst zeitnah erfolgen.

#### 5.3.4 Der anklagende Typus

Gut ein Zehntel der Befragten, insbesondere ältere Personen, gehört zu dem anklagenden Typus. Die gesellschaftliche Entwicklung und der soziale Wandel werden von diesem Typus mit Skepsis betrachtet. Insbesondere hinsichtlich der sozialen Kriminalitätseinstellungen lassen sich hierbei große Unsicherheiten erkennen, die auf der Wahrnehmung des gesamtgesellschaftlichen Zustands gründen:

„Die Befragten wännen sich im Verteidigungszustand, aus dem, freilich auf verlorenem Posten, gegen den gesellschaftlichen Wandel gehalten wird. Die Anklage gegen diese Verhältnisse wird appellativ im Namen eines vorgestellten Opferkollektivs geführt, das wie die Befragten unter den heutigen Umständen leide und dessen Interessen ebenso nicht mehr gelten“ (Klimke, 2008, S. 221).

Die Befragten dieses Typus nehmen Zeichen sozialer Desorganisation in der eigenen Wohngegend verstärkt wahr und schützen sich insbesondere mit vermeidendem Verhalten. Dies wird als Einschränkung wahrgenommen und auch beklagt. Auf der anderen Seite zeigen sie aber auch leichtsinnige Verhaltensweisen (vgl. ebd., S. 222). Dennoch können die Befragten kaum von direkten Viktimisierungen berichten. Ihre Informationsquelle zu den „Missständen“ bilden indirekte sowie medial vermittelte Opfererfahrungen. Entsprechend heftet sich der „volle Missmut gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse (...) so v.a. an abstrakte Gefahren, die eher vermutet denn erlebt werden“ (ebd., S. 222).

Die Verantwortung für den Schutz des Einzelnen wird dabei beim Staat gesehen: „Während die Verantwortung für den eigenen Schutz abgewehrt wird, adressiert man sie an den Staat, der in den Augen der Interviewten nicht nur in der Sicherheitspolitik versagt (sondern ebenso in der Einwanderungs-, Gesundheits- und Rentenpolitik). Die autoritären Haltungen dieses Typus verlangen nach starker politischer Führung, die gegen Kriminalität hart durchgreift. Gefordert werden höchst punitive Strafen, die von Rach- und Vergeltungssucht geprägt sind, sowie eine autoritäre Polizei, vor der man wieder Respekt haben kann“ (ebd., S. 222).



### 5.3.5 Der responsabilisierte Typus

Gut ein Zehntel der in der qualitativen Studie befragten Personen gehört diesem Typus an, der das Kriminalitätsrisiko durchweg als Privatsache betrachtet. Er ist davon überzeugt, dass sich Bedrohungen mit eigenen Schutzmaßnahmen wirksam bewältigen lassen. Diese Überzeugungen verdankt er allerdings auch seinem sozialprivilegierten Status (vgl. Klimke, 2008, S. 223).

Entsprechend setzen Befragte dieses Typus vor allem auf wachsame und wehrhafte Maßnahmen zum Schutz, die als wirksam angesehen werden.

Entgegen der anderen Typen, welche in der Polizei eine kompetente und wirksame Instanz gegen die Bedrohung durch Kriminalität sehen, steht dieser Typus ihr eher skeptisch gegenüber:

„So erwartet man sich auch nicht viel von der Polizei, deren übermäßige Präsenz sogar kritisch gesehen wird. Fußstreifen z.B., die von allen anderen Befragten überaus begrüßt werden, bewertet dieser Typus als bloße Augenwischerei, womit sich an der Sicherheitslage überhaupt nichts ändern würde. Die Polizei verliert bei diesem Typus den Nimbus als ‚Freund und Helfer‘ und wird stattdessen als Dienstleister eingestuft“ (ebd., S. 223).

Strafrechtliche Sanktionen sollten sich laut diesem Typus auf Abschreckung durch hohe Strafen sowie Wegschließen zum Schutz der Allgemeinheit beschränken. Resozialisierende Maßnahmen „und gar sozialpolitische Konzepte zur Kriminalprävention erscheinen diesen Befragten als aussichtslos. (...) Wie jeder selbst für den eigenen Viktimisierungsschutz zuständig ist, so fällt auch die Verantwortung für Kriminalität den Rechtsbrechern allein zu. Es gilt der Grundsatz, dass jeder seines Glückes Schmied ist“ (ebd., S. 223).

## 5.4 Individueller Selbstschutz vs. staatliche Verantwortung

In Abhängigkeit der tatsächlich vorhandenen, aber insbesondere subjektiv wahrgenommenen personalen wie sozialen Ressourcen konstituiert sich individuelles Schutzhandeln bei Personen. Die qualitativen Ergebnisse von Klimke (2008) machen hierbei deutlich, dass der konkrete Schutz vor Kriminalität mehrheitlich innerhalb der ganz selbstverständlichen Alltagsroutinen verortet ist. So schützt man sich „vor kriminellen Adressierungen genauso wie vor allen anderen Gefahren“ (ebd., S. 175). Entsprechend wird die Verantwortung für die eigene Sicherheit größtenteils in dem persönlichen Zuständigkeitsbereich gesehen und man ist der Überzeugung, dem Viktimisierungsrisiko durch die eigenen Schutzmaßnahmen – sei es durch Vermeiden des oder wachsame Verhalten im öffentlichen Raum oder durch entsprechende



Schutzvorkehrungen hinsichtlich des eigenen Heims – etwas entgegengesetzt zu können. Es spricht vieles dafür, dass für einen Großteil der Bevölkerung das Kriminalitätsproblem nicht ständig präsent ist und dementsprechend mehrheitlich keine einschneidenden Einschränkungen von Freiheiten und damit von Lebensqualität erfahren werden.

Nichts desto trotz muss festgehalten werden, dass entsprechende Risiken bestehen. So treffen insbesondere Frauen und ältere Personen in verstärktem Maße vermeidende Schutzmaßnahmen und nehmen damit auch große Einschränkungen in ihrer Freiheit in Kauf. Damit kann eine „extreme Auswirkung übertriebener, individueller Präventionsanstrengungen (...) darin bestehen, dass die Einwohner beginnen, sich in ihren vier Wänden zu ‚verschanzen‘ und damit zu ‚prisoners of fear‘ zu werden (Skogan/Maxfield, 1981, S. 186), was nicht nur ihre Freiheit und Lebensqualität mindert, sondern auch Tätern außerhalb dieser geschützten Räume freiere Hand für kriminelle Aktivitäten lässt“ (Schwarzenegger, 1992, S. 153). Der Zusammenhang zwischen Gefühlen der Unsicherheit, darauf reagierendes vermeidendes Schutzverhalten auf Handlungsebene und der Schwächung informeller sozialer Kontrolle wird hier offensichtlich.

Individuelle Schutzmaßnahmen müssen dabei nicht auf die eigene Person beschränkt bleiben. So kommt Klimke (2008) zum Ergebnis, dass die persönliche Verantwortung mitunter auf die gesamte Nachbarschaft übertragen wird. Damit zusammenhängend formulieren die Befragten entsprechende Forderungen, welche an die Gesellschaft im Allgemeinen und an die Nachbarschaften im Speziellen herangetragen werden:

„Der Großteil der Befragten nimmt nicht nur seine persönlichen Sicherungsaufgaben wahr, sondern fühlt sich darüber hinaus zumindest auch für seine Nachbarn mitverantwortlich. Geklagt wird nicht über mangelnden staatlichen Schutz, sondern man fordert von den Bürgern ein umsichtigeres Verhalten sowie ein stärkeres Engagement für andere bis hin zu mehr Zivilcourage“ (ebd., S. 176).

Das gemeinschaftliche Bürgerengagement hat allerdings seine Grenzen. So beschränkt sich dieses „auf die eigenen Sicherungsaufgaben und auf die Tugenden der Mitmenschlichkeit. Dem Nachbarn zur Seite stehen und jemandem in der Not zu helfen, gehört zu den überzeitlichen normativen Vorstellungen von Sozialität“ (ebd., S. 176). Auf mehr bürgerschaftliches Engagement im Kontext Innerer Sicherheit scheinen sich die Befragten jedoch nicht einlassen zu wollen (vgl. ebd., S. 176). Zum einen, so Klimke (2008), liegt dies an fehlender Problemsicht. Das Kriminalitätsproblem scheint nicht derart groß, als dass sich derartige Anstrengungen im privaten Bereich lohnen (vgl. ebd., S. 176). Zum anderen gründet das Ressentiment gegenüber „privaten Aktivitäten auf dem Sicherheitsfeld“ (ebd., S. 176) nicht zuletzt darauf, dass nicht eine



Erhöhung von Sicherheit in der Nachbarschaft vermutet wird, sondern eher eine Gefährdung des nachbarschaftlichen Friedens:

„Leicht könnte ein solches Engagement für die Ordnung in der Nachbarschaft als denunziatorisch, zumindest aber als lästig empfunden werden“ (ebd., S. 81).

Diese Misstrauen der Bevölkerung in nicht-staatliche Initiativen im Kontext Innerer Sicherheit kann auch an anderer Stelle statistisch nachgewiesen werden. So kommen Blanke und Schridde (1999) im Rahmen einer Bürgerbefragung zum Ergebnis, dass 71 Prozent der Befragten sich gegen eine Verlagerung von Aufgaben innerer Sicherheit auf andere Institutionen als den Staat aussprechen. Lediglich 7 Prozent der befragten Personen sind der Meinung, entsprechende Aufgaben ließen sich auch von Privat- oder Bürgerinitiativen übernehmen (vgl. Blanke/Schridde, 1999, S. 9). Wurtzbacher (2003) fasst zusammen:

„Staatliche Institutionen genießen somit das größte, bürgerschaftliches Engagement das geringste Vertrauen“ (Wurtzbacher, 2003, S. 2).

Entsprechend wird die Zuständigkeit für Kriminalitätsbekämpfung vorwiegend beim Staat gesehen (vgl. Klimke, 2008, S. 176). Die Verantwortlichkeit wird an die Sicherheitsbehörden adressiert, insbesondere an die Polizei. Es stellt ein wiederkehrendes Ergebnis von Bürgerbefragungen dar, dass eine erhöhte Polizeipräsenz als Lösung des Kriminalitätsproblems sowie als ein Weg zur Minderung kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühlen von der Bevölkerung genannt wird (vgl. Heinz und Spies, 1995; Dörmann, 1996; Obergfell-Fuchs, 2000, 2001). So fordern bei einer Untersuchung von Obergfell-Fuchs (2000) 80-90 Prozent der Befragten mehr Polizei in ihrem Wohngebiet. Auch in der Untersuchung von Klimke (2008) sehen ca. 90 Prozent der Befragten (die an der quantitativen Untersuchung von 3.011 Personen teilgenommen haben) die Erhöhung der Polizeipräsenz als eine wünschenswerte, wenn nicht gar erforderliche Reaktion auf die Bedrohung durch Kriminalität.

„Der ‘Schutzmann zum Anfassen’, der mit wachsamen Auge Verbrechen bereits im Vorfeld verhindern soll und gleichzeitig als Ansprechpartner, ‘Freund und Helfer’ dem Bürger zur Seite steht, scheint das Wunschbild wiederzuspiegeln“ (Frevel, 1999, S. 74).

Als „Symbol der Sicherheit“ (Hale, 1996) sowie als „Instanz zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Kriminalitätsbekämpfung“ (Frevel, 1999, S. 74) verfügt die Polizei hierbei über ein recht gutes Ansehen, aus der Bevölkerung wird ihr Vertrauen und Wertschätzung entgegengebracht. Dieses Ergebnis wird regelmäßig – insbesondere in kriminologischen Regionalanalysen – bestätigt (vgl. exemplarisch Feltes, 2003). Angesichts der Klarheit dieser Forderung – sowohl hinsichtlich der regelmäßigen Bestätigung als auch der klaren Handlungsstruktur – wird diese nicht zuletzt gerne von



der Politik aufgegriffen. Doch ist mehr Sicherheitsgefühl seitens der Bevölkerung wirklich auf diesem Weg herstellbar? Kriminologische Studien, welche sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, geben hierbei eher ernüchternde Antworten. Beispielsweise zeigen diese (vgl. Oram, 1995, Reuband, 2009), dass – trotz beharrlicher Forderung nach derselbigen – die tatsächliche Polizeipräsenz keinen oder nur geringen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürger hat. Erklärbar wird dieser Befund unter Bezugnahme der „selektiven Wahrnehmung“ aus der Sozialpsychologie. So nehmen die Menschen lediglich das aus der komplexen Umwelt wahr, was für sie von Bedeutung ist.

„Angewandt auf das Problem des Sicherheitsgefühls heißt das, dass selbst der vermehrte Einsatz von Polizei diese unsicheren Personen sich nicht direkt sicherer fühlen läßt, da sich ihre Wahrnehmung weniger auf sicherheitsvermittelnde als vielmehr auf bedrohliche Faktoren konzentriert“ (Frevel, 1999, S. 75).

Dementsprechend kann eine erhöhte Polizeipräsenz auch ins Gegenteil umschwenken. So kann eine hohe Polizeipräsenz „in kriminalitätsarmen Wohngebieten bei einem Teil der Bevölkerung zu der beunruhigenden Annahme führen, dass es Sicherheitsprobleme geben müsse, wenn Streifen relativ oft zu sehen sind (Dörmann, 1996, S. 39-40). Darauf verweist auch Reuband (2009):

„In einigen Studien ergaben sich auch kurvilineare Effekte: Je häufiger die Polizei in der eigenen Wohngegend wahrgenommen wurde, desto stärker sank zunächst die Kriminalitätsfurcht. Wo die Polizei jedoch täglich oder fast täglich erblickt wurde, stieg die Furcht wieder an (...). Womöglich glauben Menschen, wenn die Polizei besonders häufig präsent ist, dass dann ein gewichtiger Grund hierfür vorliegen müsse, die Gegend bedrohlich sei“ (Reuband, 2009, S. 241-242).

Es deutet vieles darauf hin, dass oftmals nach einer einfachen Lösung für das Kriminalitätsproblem gesucht wird, obwohl man sich über die Ursachen von Kriminalität durchaus bewusst ist. So „werden von den Bürgern als Ursache für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Faktoren genannt, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme nach der Polizei ‘gerufen’ wird. Die Bürger haben offensichtlich die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen“ (Feltus und Putzke, 2004, S. 531).

Es bleibt festzuhalten, dass die Zuständigkeit für die eigene, persönliche Sicherheit vorwiegend bei einem selbst gesehen wird. Individuelle Schutzpraktiken, die im Alltag ganz selbstverständlich eingesetzt werden, zielen auf Schutz vor und Abwehr von Bedrohungen, die in der Lebenswelt der Beteiligten liegen. Die Zuständigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung und auch für die Veränderung der Ursachen von Kriminali-





tät wird von der Bevölkerung noch immer überwiegend bei staatlichen Akteuren der Sicherheit, insbesondere der Polizei, gesehen. Jedoch gibt die von Klimke (2008) bei einigen Befragten festgestellte Ausweitung der Verantwortlichkeit auf die eigene Nachbarschaft und den damit verbundenen Forderungen nach mehr Zusammenhalt in Gesellschaft und Nachbarschaft einen möglichen Ansatzpunkt zur Stärkung informeller Kontrolle und damit zur Reduzierung von Unsicherheitsgefühlen. Trotz der dargestellten Ressentiments der Bevölkerung gegenüber privaten oder bürgerschaftlichen Maßnahmen hat dieser Ansatz in den letzten Jahren kriminalpolitisch zunehmend an Bedeutung gewonnen und sich in Form verschiedener Studien und Projekte niederschlagen. Die Rede ist vom bürgerschaftliches Engagement im Kontext Innerer Sicherheit.

## 5.5 Zusammenfassung/Zwischenfazit

Die Wahrnehmung, Bewertung und der Umgang mit Risiken und Unsicherheiten ist abhängig von den Ressourcen, die Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen und räumlichen Lebensbedingungen zur Verfügung haben. Neben der tatsächlichen Verfügbarkeit ist es aber maßgeblich die subjektive Wahrnehmung dieser Verfügbarkeit, welche dafür entscheidend ist, welches Ausmaß an Vulnerabilität die Person aufweist.

Die Zusammenhänge zwischen Furcht, persönlicher Risikoeinschätzung und Copingfähigkeiten lassen sich mit quantitativen Daten nur begrenzt erfassen. Der individuelle Selbstschutz der Menschen ist im Alltagshandeln und damit innerhalb selbstverständlicher Alltagsroutinen verortet. Um den subjektiv gemeinten Sinn, die Einstellungen sowie Überzeugungen hinter diesem Alltagshandeln zu erkennen, sind qualitative Methoden vorteilhaft.

Die Schutzpraktiken der Bevölkerung lassen sich differenzieren in vermeidende und wachsame Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum sowie Vorkehrungen, die den Schutz der Wohnung betreffen. Dabei berichten Frauen und ältere Menschen vermehrt von Unsicherheitsgefühlen im öffentlichen Raum und ein damit verbundenes vermeidendes Schutzhandeln. Ursache hierfür sind weniger Viktimisierungserfahrungen als vielmehr die Wahrnehmung von Merkmalen der Umgebung. So werden insbesondere von Dunkelheit und Verlassenheit gekennzeichnete Gebiete in der Wohngegend als furchtinduzierend erlebt und in der Folge entsprechend gemieden. Mit zunehmendem Alter steigt bei männlichen Befragten die Häufigkeit vermeidender Schutzmaßnahmen, was – ebenso wie bei älteren Frauen – auch mit Entfremdungsprozessen und Ressentiment gegenüber dem sozialen Wandel in Zusammenhang steht.

Auf Grundlage qualitativer Ergebnisse, nennt Klimke (2008) fünf Typen von Sicherheitsmentalitäten. Der pragmatische Typus, der ängstliche Typus, der furchtlose Eingreifer, der anklagende Typus sowie der responsabilisierte Typus weisen hierbei



unterschiedliche personale wie soziale Kriminalitätseinstellungen auf. Der Großteil der Befragten (ca. zwei Drittel der 55 Befragten) ist dem pragmatischen Typus zuzuordnen, welcher Kriminalität kaum als lebensweltliches Problem wahrnimmt und sich hinsichtlich individueller Schutzhandlungen entsprechend (pragmatisch) am Alltag orientiert. Hinsichtlich der Einschränkung von Freiheiten und entsprechender Minderung von Lebensqualität sind vor allem der ängstliche Typus sowie der anklagende Typus betroffen. Der furchtlose Eingreifer bewältigt Gefühle der Unsicherheit mit wachsamem Schutzpraktiken und weist den höchsten Anteil von Zivilcourage und nachbarschaftlichem Engagement auf. Der responsabilisierte Typus sieht das Kriminalitätsrisiko sowie Maßnahmen, die dem entgegenwirken sollen hauptsächlich als Privatsache und vertraut auf die individuellen (vorwiegend wachsamem) Schutzpraktiken.

Klimke (2008) kommt zum Ergebnis, dass die Verantwortung für die eigene Sicherheit größtenteils im persönlichen Zuständigkeitsbereich gesehen wird. Mehrheitlich ist man der Überzeugung, dem Viktimisierungsrisiko durch die eigenen Schutzmaßnahmen etwas entgegenzusetzen zu können. Die Verantwortlichkeit und Zuständigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung und damit für die Veränderung der Ursachen von Kriminalität wird von der Bevölkerung noch immer überwiegend bei staatlichen Akteuren der Sicherheit, insbesondere der Polizei, gesehen. Zwar werden als Ursachen von Kriminalität ökonomische und sozialstrukturelle Gegebenheiten gesehen, hinsichtlich konkreter staatlicher Reaktionen auf die Kriminalität(sbedrohung) wird von der Bevölkerung jedoch meistens eine Erhöhung von Polizeipräsenz genannt.





## 6. Bürgerschaftliches Engagement als Weg zu mehr subjektiver Sicherheit?

In zahlreichen Untersuchungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl zeigte sich ein Bedürfnis der Befragten nach mehr Polizeipräsenz (Feltus, 2003). Die tatsächlichen Auswirkungen der Wahrnehmung von Polizeistreifen sind jedoch nicht abschließend geklärt. So zeigt sich gelegentlich „dass der Effekt der wahrgenommenen Polizeipräsenz im Wohngebiet – selbst bei Kontrolle von Urbanisierungsgrad und selbstberichteter Viktimisierung – nur gering ist, allerdings in der ‚falschen‘ Richtung: Die Wahrnehmung von Polizeipräsenz ist in der Tendenz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden“ (Feltus, 2003, S. 12).

Konsequenterweise wurde als Mittel gegen das subjektive Unsicherheitsempfinden in den letzten Jahren nicht auf eine bloße Verstärkung der Polizeipräsenz gesetzt. Richtigerweise hat stattdessen die bürgerschaftliche Partizipation im Kontext der Inneren Sicherheit in der kriminalpolitischen Praxis zunehmend an Bedeutung gewonnen.<sup>19</sup> Im Mittelpunkt steht hierbei die Orientierung an der unmittelbaren sozialen Umgebung, d. h. den Nachbarschaften und Stadtteilen, sowie der dort bedeutsamen informellen sozialen Kontrolle. Im Rahmen einer ganzheitlichen und gemeinschaftlichen Konzeption von Sicherheit als ein Kooperationsverbund zwischen Polizei, Kommune und Bevölkerung wird die Aktivierung der Bürger im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements zu einem zentralen Element.

### 6.1 Der „Broken-Windows“-Ansatz

Neben der oben beschriebenen Erkenntnis, nach der eine reine Verstärkung der polizeilichen Präsenz nicht immer zu einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens beitragen muss, hat auch der „Broken-Windows“-Ansatz von Wilson und Kelling (1996) die Idee bestätigt, die Bekämpfung von Kriminalitätsfurcht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Nach dem „Broken-Windows“-Ansatz können bereits kleinere Anzeichen sozialer Desorganisation direkte und indirekte Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsempfinden entfalten. Merkmale sozialer Unordnung können bspw. zerbrochene Fensterscheiben, herumliegender Abfall, Graffiti und delinquenznahes Verhalten von Betrunknen, Obdachlosen und Jugendlichen darstellen (vgl. Häfele und Lüdemann,

---

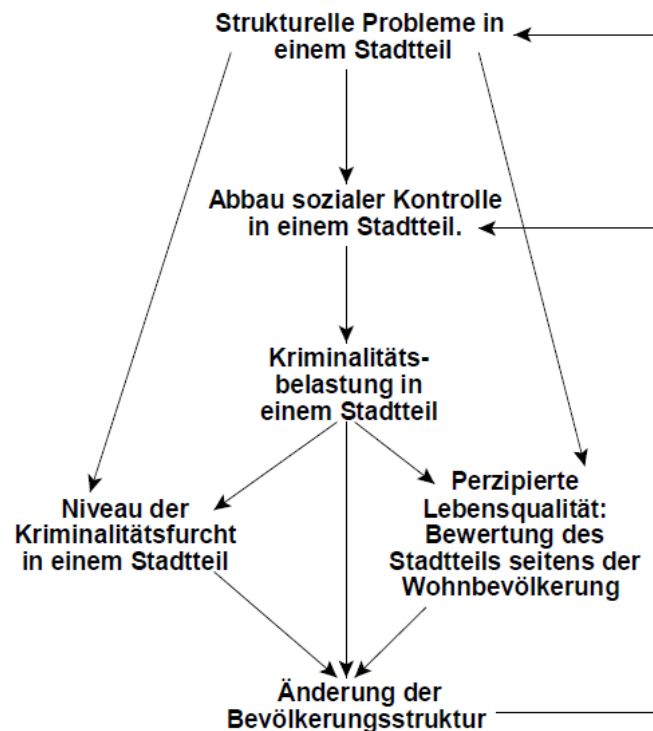
<sup>19</sup> Birenheide (2010) verweist darauf, dass diese Entwicklung nicht zuletzt in der Verwendung verschiedener Begrifflichkeiten deutlich wird: „Wurde früher in diesem Zusammenhang von ‚Kriminalpolitik‘ gesprochen, heißt es heute Politik der ‚Inneren Sicherheit‘. Dies steht für eine Universalisierung des Problems, das sich zu einem globalen bürgerbewegenden Thema mit einem eigenständigen Handlungsfeld entwickelt hat“ (Birenheide, 2010, S. 67).



2006). Diese „signs of incivilities“ können nach dem Verständnis von Wilson und Kelling (1996) die Bevölkerung verunsichern und dort, wo sie auftreten, Furcht verursachen. In der Folge meiden die Bürger diese Orte. „Diejenigen, die es sich leisten können, ziehen aus einem solchen Stadtteil weg, andere Personen hingegen, die solche Verhältnisse eher positiv bewerten und an sozialer Kontrolle nicht interessiert sind, bevorzugen solche Stadtteile als Wohnort. Diese Fluktuation führt zu einer Verschlechterung der strukturellen und ökonomischen Situation des Stadtteils und somit zu einer Verschärfung der Problemlage in dem Viertel“ (Hermann, 2007, S. 8).

Letztlich werden die negativen Folgen dieses Prozesses noch dadurch verstärkt, dass eine Reduktion der sozialen Kontrolle stattfindet. Schließlich haben „diejenigen, die soziale Kontrolle ausüben könnten (...) den Stadtteil verlassen, meiden ihn oder haben sich zurückgezogen. Zudem wird die Geltung von Normen in Frage gestellt, denn die oben genannten Merkmale der Unordnung signalisieren die Alltäglichkeit von Normverstößen – und dies führt zu einer erhöhten Kriminalität in diesem Stadtteil und als Folge davon zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur in diesem Viertel“ (Hermann, 2007, S. 8). In Abbildung 6-1 werden theoretische Wechselwirkungen, die der „Broken-Windows“-Ansatz unterstellt, nochmals dargestellt.

**Abbildung 6-1: Problemsicht, Kriminalitätsfurcht und Kriminalität (Hermann, 2007, S. 9)**





## 6.2 Missverständnisse um den „Broken-Windows“-Ansatz: Die Zero Tolerance Policy in New York

In New York wurden in den 1990er Jahren auf der Basis des „Broken-Windows“-Ansatzes radikale kriminalpolitische Maßnahmen ergriffen. Im Hinblick auf die Bedeutung der „incivilities“ wurde eine Frühinterventionsstrategie etabliert, in deren Zusammenhang bereits geringfügige Anzeichen von Desorganisation rigoros beseitigt und verfolgt wurden. Ein zentrales Element der Strategie bestand darin, verwahrloste Bereiche der Stadt durch rabiate Vertreibungsmethoden (bspw. unter Einsatz von „Rollkommandos“) wieder „zurückzuerobern“ (Schwind, 2009). Die Sicherung und der Schutz der „zurückerobernten“ Gebiete sollte durch radikale Abschreckung gewährleistet werden.

Bezeichnend für die New-Yorker Strategie war dabei die enorme Härte der Polizei und anderer Strafverfolgungsbehörden. „Verfolgen, verhaften, einsperren“, „Erst verhaften, dann fragen“ oder „Festnehmen statt zuhören“ wurden unter dem Verweis auf die Arbeiten von Wilson und Kelling (1996) zu gesellschaftsfähigen Lösungen erklärt. Schwind (2009) verweist (unter Rückgriff auf Dreher, 1997 und Füllgrabe 1998) auf das Beispiel eines Schwarzfahrers, der bei Entdeckung damit rechnen musste mit bis zu fünf Tagen Gefängnis bestraft zu werden. Ob der Schwarzfahrer in der Folge seinen Arbeitsplatz verlor, spielte für die Strafverfolgungsbehörden keine Rolle.

Die Ergebnisse der Zero Tolerance Strategie erschienen zunächst sensationell: „Die (registrierte) Kriminalität (...) hat sich von 1993 bis 1995 fast halbiert: von 430 000 auf 234 000 Straftaten“ (Schwind, 2009, S. 326 unter Verweis auf Dreher, 1997). Zwischen 1993 und 2004 wurde sogar „ein Rückgang von insgesamt 67% gemeldet, der in bestimmten Stadtteilen (z. B. der Bronx) noch massiver ausfiel“ (Feltès, 2008, S. 325). Bei der Interpretation dieser Zahlen und bei der Bewertung der gesamten Strategie ist jedoch Vorsicht geboten. So verweist Füllgrabe (2000) darauf, dass der Rückgang teilweise durch Verdeckungseffekte zu erklären sein könnte. Karmen (2000) erklärt den beobachteten „crime crash“ mit demographischen Veränderungen und zeigt, dass es auch andernorts in den USA zu teilweise erheblichen Rückgängen bei der Zahl der registrierten Kriminalität gekommen ist.

Feltès (2008, S. 235) gibt ferner zu bedenken, dass „zwischen 1994 und 1996 die Beschwerden gegenüber der Polizei um 40% und die illegalen Durchsuchungen um 135%“ angestiegen sind. In der Folge musste die Stadt New York „allein 1997 über 27 Mio. US \$ als Schadensersatz für unrechtmäßige Polizeimaßnahmen zahlen“ (Feltès, 2008, S. 235).

Für Legge (1997) und Feltès (2008) sind die Erfolge des New Yorker Modells nicht in der unverhältnismäßigen Härte der Polizei gegenüber den Bürgern begründet, sondern



vielmehr in den Folgen einer teilweise ebenso rigorosen Personalpolitik innerhalb der Polizei. „Die Einsicht, dass Bürokratien einen beachtlichen Widerstand gegenüber jeglicher Veränderung aufbringen, hat in den letzten Jahren vor allem zu konsequenterem Personalmanagement geführt. Dies ist vielleicht das tatsächliche „Geheimnis“ des New Yorker Modells: Im Januar 1994, als Bill Bratton zum neuen Police Commissioner in New York ernannt wurde, gingen praktisch alle führenden Polizeibeamten der Chefetage in Pension (darunter die Leiter der Schutz- und Kriminalpolizei, der erste Vertreter des Commissioners, der Leiter der Abteilung Organisierte Kriminalität). Zusätzlich wurden zwei Drittel der 76 District Commander entlassen oder versetzt. Diese Polizeibeamten wurden ersetzt durch Personen, die dafür bekannt waren, dass sie bereit sind, Risiken einzugehen (aggressive risk-takers) und die sich selbst zu einer Philosophie der ständigen Veränderung und des permanenten Wechsels bekannten (vgl. Silverman, 1996)“ (Feltès, 2008, S. 240).

Folglich sollte weniger den repressiven Maßnahmen die Wirkung des New Yorker Modells zugeschrieben werden. Nach Feltès (2008, S. 245) gilt es vielmehr zu beachten, dass es sich lohnt intensive polizeiliche Strategien zu diskutieren, die auf eine „konfliktreduzierende und handlungsorientierende Aus- und Fortbildung der Polizei“ setzten.

### 6.3 Soziale Kohäsion

Der „Broken-Windows“-Ansatz wurde in der sozialwissenschaftlichen Forschung mittlerweile um den Aspekt des Sozialkapitals innerhalb von Nachbarschaften erweitert. Die Ergebnisse zahlreicher Untersuchungen zeigen, dass in Stadtteilen, in denen ein hohes Maß an sozialer Kohäsion gemessen wurde, ein niedrigeres Kriminalitätsaufkommen beobachtet werden konnte, als in Stadtteilen in denen nur ein geringes Maß an sozialem Kapital vorlag (vgl. bspw. Sampson, 2004, Sampson und Grooves, 1989, Sun et al., 2004). Das „lokale Sozialkapital bezieht sich u. a. auf Kontakte zu Nachbarn, das Vertrauen zu Nachbarn, sowie die soziale Kohäsion innerhalb der Nachbarschaft“ (vgl. Lüdemann und Peter, 2007, S. 26).

Die soziale Kohäsion bildet eine zentrale Dimension des sozialen Kapitals. Sie bezeichnet den Zusammenhalt von Mitgliedern einer Gruppe, in der gegenseitiges Vertrauen und Solidarität besteht (Sampson et al., 1997). Soziale Kohäsion ist dort gegeben, wo sich Menschen kennen, einander vertrauen und einen gemeinsamen Wertekanon teilen. Für Müller (2007, S.7) umfasst soziale Kohäsion drei Aspekte: „Erstens vertrauen die Mitglieder einer Gesellschaft den andern Gesellschaftsmitgliedern. Die Menschen helfen einander und sie kooperieren miteinander. Sie teilen zweitens eine gemeinsame Identität oder ein Gefühl der Zugehörigkeit zu ihrer Gesellschaft. Diese subjektiven Gefühle manifestieren sich drittens in objektivem Verhalten.“



Lüdemann und Peter (2007) sind der Auffassung, dass dieses objektive Verhalten eine eigenständige Dimension des sozialen Kapitals darstellt. Sofern es sich um „kollektives nachbarschaftliches Handeln im Sinne einer gemeinsam praktizierten informellen sozialen Kontrolle“ handelt, bezeichnen sie diese Dimension als „collective efficacy“ (Lüdemann und Peter, 2007, S. 27). Oberwittler (2003, S. 21) verweist darauf, dass die Begriffe „social capital“ und „collective efficacy“ zuweilen synonym gebraucht werden und verwendet selbst den Begriff „kollektive Interessenwahrnehmung.“ Feltes (2008, S. 247) verwendet wiederum den Begriff „collective efficacy“ und versteht diesen als „gemeinsame bzw. gemeinschaftliche Wirkkraft und die Fähigkeit, Ziele durchzusetzen bzw. die Bereitschaft, z. B. für das Verhalten von Jugendlichen in der Nachbarschaft, Verantwortung zu übernehmen oder Reziprozität von sozialen Beziehungen zu praktizieren.“ Ungeachtet kleinerer begrifflicher Unterschiede besteht in der Literatur weitestgehend Konsens darüber, wie soziale Kohäsion und collective efficacy im deutschsprachigen Raum erfasst bzw. gemessen werden kann. In Abbildung 6-2 ist unter Rückgriff auf Oberwittler (2003, S. 41) und Baier et al. (2009) eine Übersicht der gängigen Standarditems dargestellt. Die Erzeugung oder Konstruktion von sozialer Kohäsion wird in Deutschland im Zug von Projekten der kommunalen Kriminalprävention angestrebt.

**Abbildung 6-2: Übersicht zu Standarditems zur Erfassung der Sozialen Kohäsion und der Collective Efficacy (in Anlehnung an Oberwittler, 2003, S. 41 und Baier et al., 2009)**

Soziale Kohäsion
Die Leute hier helfen sich gegenseitig.
Hier kennen sich die Leute gut.
Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen.
Collective Efficacy oder Kollektive Interessenwahrnehmung
Ein kleiner Lebensmittelladen, in dem viele alte Menschen einkaufen, soll geschlossen werden. Würden die Leute aus Ihrem Stadtteil gemeinsam versuchen, sich für eine Lösung einzusetzen?
Auf einer kleinen Grünfläche liegt häufig Sperrmüll herum (z.B. alte Fernseher, Sessel etc.). Würden die Leute aus Ihrem Stadtteil gemeinsam versuchen, sich für eine Lösung einzusetzen?
Im Stadtviertel fehlen Freizeitangebote für Jugendliche. Die Stadt will ein Jugendzentrum einrichten, es fehlt jedoch Geld für Möbel, Spiele etc. Würden die Leute aus Ihrem Stadtteil gemeinsam versuchen, sich für eine Lösung einzusetzen?
An einer Straßenkreuzung sind schon mehrere Unfälle passiert, weil es keine Fußgängerampel gibt. Würden die Leute aus Ihrem Stadtteil gemeinsam versuchen, sich für eine Lösung einzusetzen?





## 6.4 Community-Policing in den USA

Community Policing als Konzept kommunaler Kriminalprävention versucht, die Befunde und Erkenntnisse, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurden, aufzunehmen. Das Konzept hat seinen Ursprung in den Großstädten der USA der 80er Jahre und ist auch als eine Reaktion auf eine kritische Auseinandersetzung mit der polizeilichen Arbeitsweise anzusehen. Nachdem grundlegende Probleme und Defizite in der Polizeiarbeit festgestellt werden konnten, wurden Struktur und Funktion polizeilicher Tätigkeit rechtlich, organisatorisch wie auch institutionell neu geordnet und gestaltet. Vier Aspekte lassen sich hinsichtlich der neuen Strategie Community Policing in den USA identifizieren (vgl. Laue, 2002, S. 397).

### 1. Defokussierung

Im Fokus der polizeilichen Tätigkeit stehen nicht mehr nur die Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch andere lokale Probleme, wie das subjektive Unsicherheitsgefühl der Einwohner oder Probleme der öffentlichen Ordnung.

### 2. Flexibilität

Nach Identifikation der Probleme wird mit anderen Mitteln als nur Festnahmen und Abschreckung reagiert. Vielmehr stehen unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten von Repression über Situationsprävention bis Sozialprävention zur Verfügung.

### 3. Dezentralisierung

Die Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen der Polizei gestalten sich dezentral, d. h. die Polizei rückt näher an einzelne Gebiete und Stadtviertel heran und hat dort entsprechende Entscheidungsmacht.

### 4. Kooperation

Hinsichtlich der Identifizierung der Probleme und deren Lösungen arbeitet die Polizei eng mit den Bürgern und anderen zentralen Akteuren auf lokaler Ebene zusammen.

Die konkrete Ausgestaltung der Programme ist hierbei sehr uneinheitlich und reicht nach einigen Einschätzungen „von der repressiven, jeglichen Regelverstoß rigoros verfolgenden ‘Null-Toleranz-Strategie’ New Yorker Prägung (...) über Konzepte von ‘Neighbourhood Watch’ bis zu Formen der Kooperation zwischen Polizei und Bürger/innen, die unter Beteiligung der pluralistischen Gruppen auf die Stärkung der Legitimität polizeilichen Handelns durch Partizipation zielen“ (van Ooyen, 2006, S. 44). Diese Vielfalt gründet darauf, dass sowohl die (kriminalitätsbezogenen) Probleme wie



auch die vorhandenen polizeilichen und kommunalen Ressourcen von Stadt zu Stadt sowie von Viertel zu Viertel anders sind.

Grundsätzlich ist bei Überlegungen zur Übertragbarkeit amerikanischer Modelle des Community Policing zu berücksichtigen, dass es sich letztendlich um eine Reaktion auf eine spezifisch amerikanische Problemlage bezüglich der Polizeiarbeit handelt. So wurde auf „Fehlentwicklungen und Missstände innerhalb des amerikanischen Polizeisystems (...) mit konsequenten und richtigen Überlegungen reagiert“ (Laue, 2002, S. 399). Auf die polizeiliche Tätigkeit in Deutschland lassen sich diese initiierenden Gedanken nicht übertragen, nicht zuletzt weil entsprechende Fehlentwicklungen und Missstände letztlich nicht vorliegen:

„Die deutsche Polizei hat sich nie als reine Verbrechensbekämpfungsinstanz verstanden, sondern hatte immer schon Ordnungsaufgaben. Auch präventive Arbeit verrichtet die deutsche Polizei schon traditionell, und sei es nur durch individuelle Beratung oder durch öffentliche Aufklärungskampagnen“ (Laue, 2002, S. 400).

Im Gegensatz zum amerikanischen Leitgedanken des Community Policing, welcher sich insbesondere vor dem Hintergrund der Krise von Polizeiarbeit entwickelt hat, war in Deutschland der Grund eines entsprechenden Umdenkens die ansteigende subjektive Unsicherheit seitens der Bevölkerung (vgl. Wurtzbacher, 2008, S. 242-243; Birenheide, 2010, S. 73). Ferner stand nicht die polizeiliche Tätigkeit im Fokus der Konzepte und Programme, vielmehr war und ist es die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, welche sich mit der kommunalen Kriminalprävention – in der sich zentrale Gedanken des Community Policing wiederfinden – etabliert hat.

## 6.5 Bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Community-Policings in Deutschland

Eine Form kommunaler Kriminalprävention in Deutschland, bei welcher der Community-Policing-Gedanke deutlich wird und explizit auf dem bürgerschaftlichen Engagement aufbaut, ist jene der Hilfspolizei. Mit dem Ziel, die öffentliche Ordnung zu sichern sowie das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, wurde die Bevölkerung ab den 90er Jahren innerhalb verschiedener Konzepte und Programme in die Sicherheits- und Ordnungstätigkeit eingebunden. So führte beispielsweise der bayerische Landtag am 01.01.1994 ein Modellprojekt – die bayerische Sicherheitswacht – ein. Die Angehörigen der Sicherheitswacht sollen hierbei „Bindeglied zwischen Bevölkerung und Polizei im Sinne einer wandelnden Notrufsäule fungieren und als Bürger für den Bürger dem Gemeinwohl dienen“ (Birenheide, 2010, S. 85). „Ausgestattet mit Armbinde, Funkgerät, Trillerpfeife und Reizgas soll die Sicherheitswacht an



‘gefährlichen’ Orten präsent sein und dazu beitragen, Straßenkriminalität und Vandalismus entgegenzuwirken“ (Birenheide, 2010, S. 85).

Neben der Bayerischen Sicherheitswacht existieren in anderen Bundesländern ähnliche Modelle von staatlich initiierten und begleiteten Bürgerstreifen und -helfer. In Hessen wurde beispielsweise der „Freiwillige Polizeidienst“ im Jahr 2000 per Landgesetz in vier Städten eingerichtet. Das Aufgabenfeld des Freiwilligen Polizeidienstes erstreckt sich auf einfache Ordnungstätigkeiten wie Objektschutz, Unterstützung der Verkehrsüberwachung und des polizeilichen Streifendienstes. Hinsichtlich der Rechte sind diese dabei ähnlich wie bei der bayerischen Sicherheitswacht dazu befugt, Personen anzuhalten, Personalien festzustellen sowie einen Platzverweis auszusprechen. Voraussetzung am Freiwilligen Polizeidienst mitzuwirken ist hierbei das Absolvieren eines 50-stündigen Lehrgangs.

Zeichnen sich die „Bayerische Sicherheitswacht“ und der „Freiwillige Polizeidienst“ im Land Hessen mit einer relativen Nähe zur Polizei aus (und stehen damit explizit in der Tradition des Community-Policing-Gedankens amerikanischer Prägung), stellt das Projekt „Partner für mehr Sicherheit“ des Landes Brandenburg ein Konzept mit mehr Abstand zur Polizei dar. Zwar werden die Sicherheitspartner auch hier von den örtlich zuständigen Polizeibehörden geprüft und von diesen ernannt, vorgeschlagen werden sie jedoch von der Einwohnerversammlung. Das Aufgabenfeld der Sicherheitspartner ist hierbei „die situative Beratung zum Eigenschutz gegen kriminelles Handeln unter Einbeziehung polizeilicher Beratungsstellen, spezielle Begleit- und Abholdienste, Präsenz auf Schul- und Heimwegrouten sowie in örtlichen ‘Angsträumen’ und Konfliktbrennpunkten, die Durchführung von Schlichtungsgesprächen zur Konfliktbewältigung, die Mitwirkung an Selbstbehauptungskursen und die Wahrnehmung von Maßnahmen der Nachbarschaftshilfe etc.“ (Birenheide, 2010, S. 87). Im Gegensatz zur „Bayerischen Sicherheitswacht“ und dem „Freiwilligen Polizeidienst“ in Hessen verfügen die Sicherheitspartner über keine erweiterten Rechte.

An das Konzept der Hilfspolizei knüpfen weitere Ausformungen an, insbesondere solche, welche Verbindungen zwischen kriminal- und sozial- (insbesondere Arbeitsmarkt-)politische Maßnahmen aufweisen. Erwähnenswert sind hierbei vor allem die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen als „ABM-Sheriffs“ (vgl. van Ooyen, 2006, S. 45).<sup>20</sup> Konzepte mit jeweils unterschiedlicher Ausprägung der Aufgaben im Bereich Öffentlicher Ordnung und Innerer Sicherheit finden sich hierbei beispielsweise

---

<sup>20</sup> Die Verknüpfung von Innerer Sicherheit und sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird hierbei oftmals kritisch betrachtet. Eick (2000, S. 47). schreibt dazu: „Die Verknüpfung von (...) Konzepten kommunaler Kriminalprävention mit Arbeitsmarktmanagement führt so zu einer Politik, die Arme gegen Arme in Anschlag bringt und den so betroffenen Personengruppen erstens Räume zuweist, ihnen zweitens – ohne dass sie gegen strafrechtliche Normen verstoßen hätten – Verhaltensweisen oktroyiert und damit die Ausgrenzung keinesfalls ent-, sondern verschärft“.



in der Stadt Bernau bei Berlin („Bernauer Modell“), in Attendorn in NRW („Stadtwa-  
che“) sowie in Stuttgart („Gelbe Engel“).

Diese hier exemplarisch dargestellten Formen von „Hilfspolizeien“ haben gemeinsam, dass sie staatlich initiiert und begleitet werden. Daneben gibt es auch privat organisier-  
te Nachbarschaftszusammenschlüsse und Sicherheitswachen, deren Gründung meist auf „eine subjektiv wahrgenommene zunehmende Bedrohung durch Einbruch, Auto-  
diebstahl, Sachbeschädigung oder Belästigung durch ein kriminelles bzw. kriminali-  
siertes Milieu in der unmittelbaren Wohnumgebung“ (Birenheide, 2010, S. 89) zu-  
rückgeht. Damit verbunden ist nicht zuletzt ein schwindendes Vertrauen „in den ob-  
rigkeitlichen Schutz von Hab und Gut, Leib und Leben durch die staatlichen Ord-  
nungskräfte“ (ebd.). Aufbauend auf Zivilcourage und nachbarschaftlicher Verantwor-  
tungsübernahme setzen diese Formen dabei „einerseits auf die Stärkung sozialer Ver-  
antwortung durch die Wiederherstellung sozialer Kontrolle im Quartier und anderer-  
seits auf die Überwachung der Wohnumgebung durch organisierte Streifengänge“  
(ebd.). Zusammenfassend sehen Angehörige entsprechender privater Sicherheitsge-  
meinschaften ihre Aufgabe darin, bei ihren Kontrollstreifen auf Fremde sowie ver-  
dächtige Aktivitäten in der Wohngegend zu achten und diese gegebenenfalls der Poli-  
zei zu melden oder auch selbst aktiv zu werden. Beispiele hierfür sind die Bürgerini-  
tiative „Mehr Sicherheit für Rahlstedt“, die Nachbarschaftswache aus Bönningstedt  
sowie die Bürgerinitiative „Mehr Sicherheit in Großhansdorf e.V.“ bei Hamburg.

## 6.6 Chancen und Grenzen bürgerschaftlicher Partizipation im Kon- text Innerer Sicherheit

Ob die vorgestellten Formen bürgerschaftlichen Engagements – seien diese nun staat-  
lich oder privat initiiert – nützlich im Sinne der Kriminalitätsbekämpfung sind, ist  
fraglich. So kommen Korfes und Sessar (1998, S. 224) zum Ergebnis, „dass die  
Sicherheitspartnerschaften kein Mittel sind, an der Lösung des Kriminalitätsproblems  
direkt mitzuwirken, soweit man sie als ein diesbezüglich übergreifendes Strukturmo-  
dell verstehen wollte“. Die Wirkung von Konzepten wie die „Bayerische Sicherheits-  
wacht“ liegt vielmehr in der Demonstration staatlicher Fürsorge und ist entsprechend  
symbolischer Natur.

„Die Angehörigen der Sicherheitswacht jagen nicht Verbrecher und sie überwältigen  
auch nicht Vandalen. Ihre dienstliche Praxis besteht vielmehr vor allem darin, viel  
herzuzugehen und damit den Mitbürgern zu zeigen, dass sich ‘jemand‘ – und zwar  
nicht ‘irgendjemand‘, sondern jemand amtlich Besteller – um Ruhe und Ordnung, um  
ihre Sicherheit kümmert“ (Hitzler, 1997, zit. n. Birenheide, 2010, S. 92-93).

In der symbolischen Wirkung liegen die potentiellen Chancen dieser Form des bürger-  
schaftlichen Engagements für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. So hat die



Betrachtung der individuellen Schutzpraktiken gezeigt, dass sich insbesondere das vermeidende Schutzverhalten im öffentlichen Raum auf Angstorte, d. h. vor allem auf dunkle und einsame Gegenden im Wohngebiet, beziehen. Die Existenz bestehender Projekte im Wohngebiet, kann das Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung entsprechend reduzieren. Groß und Kreuzer (2008) kommen in einer Evaluationsstudie zum „Freiwilligen Polizeidienst“ in Hessen entsprechend zu dem Ergebnis, dass durch diesen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, vor allem bei den älteren Befragten, erhöht wird.

Der Vorteil privat initiiertes Nachbarschaftszusammenschlüsse liegt insbesondere darin, dass diese „stärker mit den sozialen Gegebenheiten ihres Tätigkeitsgebiets vertraut“ sind und aufgrund dessen besser geeignet sind, "ungewöhnliche Verhaltensweisen zu identifizieren“ (ebd., 2009, S. 90). Auf der anderen Seite – und damit in Zusammenhang stehend – ist auch der Nachteil verbunden, dass die handlungsleitenden Überzeugungen dieser Zusammenschlüsse nicht immer mit einer freiheitlichen, pluralistischen Demokratie vereinbar sind. Dies gilt dabei nicht nur, aber in besonderem Maße, für privat initiierte Sicherheitszusammenschlüsse und dort der immanenten vorherrschenden Vorstellung von Sicherheit und Ordnung:

„Offen tritt das hervor, wenn 'Sicherheitspartnerschaften' bisweilen als regelrechte 'Bürgerwehren' fragwürdige Moral- und Ordnungsvorstellungen in 'ihrem' Viertel mit 'null Toleranz' gegenüber allem 'fremden', d. h. zwar legalen, aber subjektiv als abweichend empfundenen Verhalten durchsetzen (in einigen Fällen hatten daher die Behörden schon Mühe, diesen – rechtsstaatlich problematischen und die effektive Polizeiarbeit sogar behindernden – Übereifer zu zügeln)“ (van Ooyen, 2006, S. 47).

Staatlich begleitete Konzepte versprechen diesbezüglich eher eine Kontrolle, wobei insbesondere hier die Frage nach Zielsetzung, Kompetenzvermittlung sowie konkreter Ausgestaltung Ausgangspunkt aller Überlegungen sein muss, damit nicht durch „kalte“ Privatisierung eine unprofessionelle (aber preiswerte) 'Laienpolizei' geschaffen wird“ (van Ooyen, 2006, S. 47), welche zwar gemeinschaftsbezogen, aber im schlechtesten Fall gleichzeitig sozial ausgrenzend (und damit höchst kontraproduktiv – auch hinsichtlich des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung) handelt.

## 6.7 Zusammenfassung/Zwischenfazit

Der „Broken-Windows“-Ansatz von Wilson und Kelling (1996) hatte nicht nur großen Einfluss auf die kriminologische Forschung sondern auch auf das kriminalpolitische Handeln.

Dabei hat sich gezeigt, dass Konzepte die auf Repression und Konfrontation mit den Bürgern setzen, wie die Zero-Tolerance-Strategie im New York der 1990er Jahre, in



ihrer Wirkung höchst umstritten sind (vgl. Fülgrabe, 2000, Karmen, 2000 und Feltes, 2008) und letztlich im Widerspruch zu einer freien, pluralen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung stehen. Wenig erfolgversprechend erscheinen auch kurzfristig umsetzbare, singuläre Maßnahmen wie die bloße Verstärkung der Polizeipräsenz, wenn es darum geht die subjektive Sicherheit zu erhöhen (vgl. bspw. Reuband, 2009).

Hingegen konnte in zahlreichen Untersuchungen gezeigt werden, dass soziales Kapital in Form von sozialer Kohäsion und collective efficacy nicht nur der Kriminalitätsfurcht sondern auch der tatsächlichen Viktimisierungswahrscheinlichkeit entgegenwirken (vgl. bspw. Sampson, 2004; Sampson und Grooves, 1989; Sun et al., 2004). Strategien und Maßnahmen, die auf bürgerschaftliche Partizipation im Kontext der Inneren Sicherheit setzen, erscheinen geeignet derartiges Kapital zu erzeugen.

Im Rahmen kommunaler Kriminalprävention gibt es einige Konzepte und Programme, welche die Einbindung der Bürger in Aufgaben der Inneren Sicherheit fördern. Neben staatlich initiierten Programmen gibt es in diesem Kontext auch nachbarschaftliche Zusammenschlüsse. Eine Wirkung im Sinne von Vorbeugen und Verhindern von Kriminalität ist von diesen Zusammenschlüssen weniger zu erwarten, jedoch erweisen sie sich mit ihrer symbolischen Wirkung als Ansatzpunkt zur Reduzierung von Unsicherheitsgefühlen der Bevölkerung. Zu berücksichtigen – und seitens des Staates auch zu gewährleisten – ist jedoch wieder die Kompatibilität dieser Konzepte mit einer Demokratie.

Programme und Konzepte ohne staatliche Begleitung bzw. ohne Beteiligung der Polizei können jedoch auch höchst kontraproduktiv für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sein. Eine „kalte“ und „unprofessionelle (aber preiswerte) ‚Laienpolizei‘“ (van Ooyen, 2006, S. 47) kann (vermeintlich) gemeinschaftsbezogen handeln, aber sozial ausgrenzend wirken.

In „sozialen Netzwerken und kleinräumlichen sozialen Beziehungen“ kann der „Schlüssel zur Lösung vieler lokaler urbaner Probleme“ liegen (Lüdemann und Peter (2007, S. 26). Bürgerschaftliches Engagement für die Kriminalprävention ist aber nur im Rahmen einer ganzheitlichen und gemeinschaftlichen Konzeption von Sicherheit im Sinne eines Kooperationsverbunds zwischen Polizei, Kommune und Bevölkerung sinnvoll.





## 7. Herausforderungen an die Politik (Empfehlungen)

Die Politik ist gefordert, mögliche Folgen der Kriminalitätsfurcht wie eine „Verringerung des Vertrauens in Mitmenschen, der Reduzierung der Beteiligung am öffentlichen Leben oder der Unterminierung des Vertrauens in staatliche Institutionen“ zu verhindern, (PSB, 2006, S. 486). Was aber kann die Politik tun und an welcher Stelle können andere gesellschaftliche Akteure sowie die Bürger selbst aktiviert werden?

Im Folgenden wird dargestellt, welche Herausforderungen sich in diesem Zusammenhang für die Politik ergeben:

1. Staat und Gesellschaft begegnen seit vielen Jahren Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht mittels kriminalpräventiver Maßnahmen. Situative Kriminalprävention vor Ort im Rahmen der Stadtplanung ist eine Möglichkeit, die subjektive Kriminalitätsfurcht zu berücksichtigen. So können sogenannte Angsträume durch bestimmte städtebauliche Maßnahmen aufgewertet werden (Ramsay, 1991; Atkins et al., 1991). Hier können die Kommunen und private Eigentümer mit verschiedenen Maßnahmen, wie der Sicherstellung von Infrastruktur, einer freundlicheren Gestaltung der Umgebung oder einer geeigneten Beleuchtung das Sicherheitsgefühl verbessern.
2. Ansatzpunkte für die Aktivierung der Bürger ergeben sich bei der Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts. Gerade informelle soziale Kontrolle, welche die Mitglieder einer funktionierenden Gemeinschaft untereinander ausüben, kann Unsicherheitsgefühle verhindern.
3. Neben einem gewissen Kontrolleffekt (mit deutlichen Grenzen) kann Videoüberwachung zu einer Verbesserung der informellen Kontrolle und durch damit verbundenes Vertrauen der Bevölkerung zu einer höheren Frequentierung der Gegend führen, was wiederum zur Stärkung informeller Selbstkontrolle führen kann (Eifler und Brandt, 2005; Welsh und Farrington, 2002). Generell kann Videoüberwachung, die auch als solche wahrgenommen wird (Brown, 1995), die subjektive Kriminalitätsfurcht reduzieren (Gill und Spriggs, 2005).
4. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass auch Maßnahmen die eigentlich zur Bekämpfung von Kriminalität bzw. Unsicherheitsgefühlen dienen sollen, dazu beitragen können, dass ein Viktimisierungsrisiko wahrgenommen wird. So können Überwachungskameras, uniformiertes Sicherheitspersonal etc. auch anders wahrgenommen werden, als ursprünglich gedacht (Becker, 2007).
5. Medien haben die Möglichkeit, Feindbilder aufzubauen und die Einstellung gegenüber Kriminalität sowie Kriminalitätsfurcht zu beeinflussen. Ein Diskurs





über realitätsangemessene Darstellung von Delikten und Personengruppen könnte die Einschätzung der Kriminalitätslage und die soziale Integration der betroffenen Personengruppen verbessern. „Solange diese Gruppen nur das Fremde, Andersartige und Nicht-Konforme präsentieren, werden auf sie verschiedene Ängste und damit auch Kriminalitätsangst projiziert“ (Frevel, 1999, S. 77). Hier ist es notwendig die verantwortlichen Akteure in den Medien selbst in die Pflicht zu nehmen. Aber auch der Staat muss sich bei der Weitergabe von Inhalten den „marktwirtschaftlichen Mechanismen, die letztlich für die Verzerrung der Kriminalitätsdarstellung verantwortlich sind“ (LKA NRW, 2006, S. 12) stellen.

6. Die beste kriminalpräventive Wirkung entsteht durch das Zusammenwirken von Polizei, Behörden und Gesellschaft. Frevel (1999, S. 77) zeigt auf, dass es in Deutschland viele Bestrebungen gibt, ein solches Zusammenwirken zu verbessern, die unterschiedlichen Parteien zu vernetzen, zu koordinieren und sich auch über die oftmals unterschiedlichen Interessen und Ziele auszutauschen und diese auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. „In Kriminalpräventiven Räten finden sich z.B. Polizei, Ordnungs-, Jugend- und Sozialamt der Stadt, Schulen, Medien, Bürgerinitiativen und Verein zusammen, um an speziellen Aufgaben zu arbeiten. In Ordnungspartnerschaften kooperieren die Träger der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vielleicht mit dem Einzelhändlerverband, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in den Innenstädten zu verbessern. Und die Aktion Sicherheitsnetz der Bundesregierung führt Polizei, Bundesgrenzschutz, Ordnungsbehörden und private Sicherheitsdienste zusammen, um gemeinsam gegen die Verstöße wider die öffentliche Ordnung vorzugehen“ (Frevel, 1999, S. 77).
7. Für diese Politik ist weitere Forschung unerlässlich. Insbesondere mit Hilfe kriminologischer Regionalanalysen, mit einer umfassenden Analyse der lokalen kriminalitätsbezogenen Probleme sowie der subjektiven Ängste vor Ort können auch gezielte Präventionsmaßnahmen entwickelt werden (LKA NRW, 2006, S 13ff).
8. Wichtig ist es zudem, vorhandene kriminalpräventive Projekte zu evaluieren und damit ihre Wirkung zu hinterfragen, sie gegebenenfalls zu verbessern bzw. weiterzuentwickeln.
9. Insgesamt ist es sozialpolitisch unumgänglich, die tatsächlichen Ursachen von Kriminalität, nämlich Armut, fehlende Bildungschancen und Ungleichheit, anzugehen (Zedner, 2009, S. 68; Williams, 2009).



Zentrale Themen sind damit zum einen eine gezielte Repression, wobei hier darauf hingewiesen werden muss, dass eine Erhöhung des zu erwartenden Strafmaßes keine Auswirkung auf die Kriminalitätsrate hat. Die Mischung aus technischer und sozialer Kriminalprävention ist ein weiterer bedeutsamer Punkt. Wobei es hier nötig ist, die Balance zu finden (ein Zuviel an Sicherheitsmaßnahmen kann wiederum zu einer erhöhten Kriminalitätsangst führen). Zusätzlich kann nur durch eine gelungene Kooperation der verschiedenen Akteure – Staat, Bürger und Unternehmen – Sicherheitsgefühl hergestellt werden. Nicht zuletzt ist die Transparenz der Aktionen sowie eine themenorientierte sachliche Öffentlichkeitsarbeit (ohne zu dramatisieren, aber auch ohne zu bagatellisieren) von großer Bedeutung (Frevel, 1999, S. 77 und Frevel, 2003, S. 335).





## Literaturverzeichnis

- Abele, A., Mitzlaff, S. & Nowack, W. (1975). *Abweichendes Verhalten, Erklärungen, Scheinerklärungen und praktische Probleme*. Stuttgart: Frommann-Holzboog.
- Atkins, S., Husain, S. & Storey, A. (1991). *The influence of street lighting on crime and fear of crime*. Crime Prevention Unit Paper 28. London: Home Office Press.
- Baier, D., Rabold, S., Kappes, C. & Kudlacek, D. (2009). *Sicherheit und Kriminalität in Stade – Ergebnisse einer Schüler und Erwachsenenbefragung*. Hannover: KFN-Forschungsberichte.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Becker, M. (2007). *Alltagsweltliche Deutungsmuster zu Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung. Eine qualitative Untersuchung*. Dissertation. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
- Berger P. & T. Luckmann (1969). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E. & Pfeiffer, C. (1993a). *Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung*. Hannover: KFN Forschungsbericht.
- Bilsky, W., Wetzels P., Mecklenburg, E. & Pfeiffer, C. (1993b). *Kriminalitätsfurcht und kriminelle Viktimisierung im Leben älterer Menschen in den alten und neuen Bundesländern*. Hannover: KFN-Forschungsberichte.
- Birenheide, A. (2010). *Private Initiativen für mehr Sicherheit als Form lokaler Vergesellschaftung*. Dissertation. Universität Hamburg. Verfügbar unter: [http://www2.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2010/4423/pdf/Dissertation\\_Birenheide\\_Almut\\_091028.pdf](http://www2.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2010/4423/pdf/Dissertation_Birenheide_Almut_091028.pdf) [26.01.2011].
- Blanke, B. & Schridde, H. (1999). Bürgerengagement und Aktivierender Staat. Ergebnisse einer Bürgerbefragung zur Staatsmodernisierung in Niedersachsen. *Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24-25*, 1999, 3-12.
- Boers, K. (1991). *Kriminalitätsfurcht: Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Boers, K. (1993). Kriminalitätsfurcht. Ein Beitrag zum Verständnis eines sozialen Problems. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 76 (2), 65-82.
- Boers, K. & Kurz, P. (1997a). *Kriminalitätsfurcht ohne Ende?*. Verfügbar unter: <http://www.peter-kurz.de/work/preprints/KFCop/KFCop5.html> [04.01.2011].



- Boers, K. & Kurz P. (1997b). Kriminalitätseinstellung, soziale Milieus und sozialer Umbruch. In Boers, K., Gutsche, G., Sessar, K (Hrsg.). *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*. Opladen: VS Verlag. S. 187-253.
- Boers, K., Kerner, H.-J., Kurz, P. & Bossert, P. (1998). Kriminalität und Kriminalitätseinstellungen in Deutschland. 3. Ost-Westdeutsche Kriminalitätsbefragung. Verfügbar unter: [http://www.peter-kurz.de/work/preprints/suk3\\_AB9.html](http://www.peter-kurz.de/work/preprints/suk3_AB9.html) [13.01.2011]
- Boers, K. (2003). *Crime, Fear of Crime and the Operation of Crime Control in the Light of Victim Surveys and other Empirical Studies*. 22nd Criminological Research Conference in Strasbourg vom 24-26 November.
- Brown, B. (1995). *CCTV in town centres: Three case studies*. Crime Detection and Prevention Series Paper 68. London: Home Office Press.
- Chiricos, K., Padgett, K. & Gertz, M. (2000). Fear, TV News, and the Reality of Crime. *Criminology*, 38 (3), 755-785.
- Dittmann, J. (2005a). Kriminalitätsfurcht sinkt in Deutschland entgegen dem EU-Trend. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 34 (1), 6-9.
- Dittmann, J. (2005b). *Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland – eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen*. Berlin: WZB.
- Dittmann, J. (2008). Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In Statistisches Bundesamt (Destatis), Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA), Mannheim, Zentrum für Sozialindikatorenforschung; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrales Datenmanagement (Hrsg.). *Auszug aus dem Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. S. 305-309.
- Dittmann, J. (2009). Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Transformation. Zur Entwicklung und Dynamik von Sorgen in der Bevölkerung in Deutschland. In *SOEP Papers 243*, November 2009.
- Dörmann, U. (1996). *Wie sicher fühlen sich die Deutschen*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Dörmann, U. & Remmers, M. (2000). *Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung*. Polizei + Forschung, Bd. 1, Hrsg. Bundeskriminalamt Wiesbaden: Luchterhand Verlag.
- Dreher, G. (1997). Das Modell New York in der Kriminalitätsbekämpfung – Sollen wir von New York lernen? *Magazin für die Polizei*, 28 (12), 31-39.
- Egg, R. (2011). Kriminalität: Furcht und Realität. In Zoche, P., Kaufmann, S., Haverkamp, R. (Hrsg.). *Zivile Sicherheit – Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitik*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Eick, V. (2000). Arbeit, Angst und Attraktionen. Arme gegen Arme und das Bernauer „Modell Bürgerhelfer“. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, 66 (2), 39-47.



- Eifler, S. & Brandt, D. (2005). Videoüberwachung in Deutschland. Theorie und Praxis situationsbezogener Kriminalprävention. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 88 (3), 157-173.
- Feltes, T. (2003). Kommunale Kriminalprävention: Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung als Ansätze zu einer Neuorientierung von Polizeiarbeit. In: Dölling, D., Feltes, T., Heinz, W., Kury, H. (Hrsg.). *Kommunale Kriminalprävention – Analysen und Perspektiven – Ergebnisse der Begleitforschung zu Pilotprojekten in Baden-Württemberg*. Holzkirchen: Felix Verlag.
- Feltes, T. & Putzke, H. (2004). Kriminologische Betrachtungen zur Jugendkriminalität. *Kriminalistik* 58 (9), 529-532.
- Feltes, T. (2008). Strategien und Interessen kriminalpolitischer Programme – Null-Toleranz. In: Lange, H.-J. (Hrsg.). *Kriminalpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Frevel, B. (1999). *Kriminalität. Gefährdung der Inneren Sicherheit?* Opladen: Leske + Budrich.
- Frevel, B. (2003). Polizei, Politik und Medien und der Umgang mit dem bürgerschaftlichen Sicherheitsgefühl. In: Lange, H.-J. (Hrsg.). *Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Füllgrabe, U. (1998). Welche Maßnahmen verhindern Kriminalität? Die Strategie der „Nulltoleranz“ und andere Präventionsmaßnahmen auf dem Prüfstand. *MFDP*, 3 (1), 14-17.
- Füllgrabe, U. (2000). Die „Broken-Windows-Theorie“. *Kriminalistik*, 54 (6), 383 - 386.
- Gabriel, U. & Greve, W. (2003). The Psychology of Fear of Crime. *British Journal of Criminology* 43 (1), 600-614.
- Garland, D. (2001). *The culture of control: Crime and social order in contemporary society*. Oxford University Press: Oxford.
- Garofalo, J. (1981). The fear of crime: Causes and consequences. *Journal of Criminal Law and Criminology*, 72, 839-857.
- Gill, M. & Spriggs, A. (2005). *Assessing the impact of CCTV*. Home Office Research Study 292. London: Home Office Press.
- Görgen, T. (2004). *Ältere Menschen als Opfer polizeilich registrierter Straftaten*. Hannover: KFN Forschungsbericht.
- Görgen, T. (2010) (Hrsg.). *Sicherer Hafen oder gefährvolle Zone? Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben alter Menschen*. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.



- Greve, W. (1996). Kriminalitätsfurcht im Dunkelfeld. *Praxis der Rechtspsychologie*, 6 (1), 11-29.
- Groenemeyer, A. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformation der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten. In: Groenemeyer, A. (Hrsg.): *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 7-19.
- Groß, H. & Kreuzer, A. (2008). *Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? Eine Evaluation des Hessischen Freiwilligen Polizeidienstes. Vortrag auf dem 13. Deutschen Präventionstag*. Verfügbar unter: <http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=335> [02.02.2011].
- Häfele, J. & Lüdemann, C. (2006). „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Untersuchung durch Befragung und Beobachtung. *Kriminologisches Journal*, 38 (4), 273-291.
- Hale, C. (1996). Fear of crime: A review of the literature. *International Review of Victimology*, 4, 79-150.
- Heath, L. (1984). Impact of Newspaper Crime Reports on Fear of Crime: Multimethodological Investigation. *Journal of Personality and Social Psychology*, 47, 263-276.
- Heinz, W. & Spieß, G. (1995). Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger – Analyse anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten. In: Feltes, T. (Hrsg.). *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*. Holzkirchen: Felix Verlag.
- Heinz, W. (1998). Strafrechtspflegestatistiken und Kriminalpolitik. Zuverlässige und inhaltsreiche Strafrechtspflegestatistiken als Alternative zu einer „Kriminalpolitik im Blindflug“. In: Schwind, H.-D., Hoyst, B., Schneider H. (Hrsg.). *Festschrift für Hans Joachim Schneider*. Berlin/New York: De Gruyter. S. 779-812.
- Heinz, W. (2007). Wie sicher lebt man in Deutschland? Fakten zur Kriminalitätsslage und Folgerungen für eine wissensbasierte Kriminalpolitik. Verfügbar unter: [http://www.uni-Konstanz.de/rtf/kis/Heinz\\_Wie\\_sicher\\_lebt\\_man\\_in\\_Deutschland\\_he310.pdf](http://www.uni-Konstanz.de/rtf/kis/Heinz_Wie_sicher_lebt_man_in_Deutschland_he310.pdf) [07.02.2011].
- Heitmeyer, W. & Mansel, J. (2008). Gesellschaftliche Entwicklung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände, Folge 6*, : Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 13-35.
- Herbst, S. (2011). *Untersuchungen zum Viktimisierungs-Furcht-Paradoxon*. Baden-Baden: Nomos.



- Hermann, D. (2007). *Subjektive Problemlagen, Kriminalitätsfurcht, Kriminalität und Lebensqualität in Weinheim*. Verfügbar unter: <http://www.reilingen.de/siwo/Gutachten-A-N-R%202007.pdf> [13.02.2011].
- Hohage, C. (2004). "Incivilities" und Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme*, 15 (1), 77-95.
- Holst, B. (2003). pragmatisch, offensiv, meidend - Weibliche Coping-Strategien als Reaktion auf Kriminalitätsfurcht. Verfügbar unter: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer12/07\\_holst.pdf?start&ts=1239199170&file=07\\_holst.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-lkbgg/bfg/nummer12/07_holst.pdf?start&ts=1239199170&file=07_holst.pdf) [25.01.2011].
- Hope T. & Trickett A. (2004). Angst essen Seele auf... But it Keeps Away the Burglars! Private Security, Neighbourhood Watch and the Social Reaction to Crime. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.). *Soziologie der Kriminalität. Sonderheft 43/2003 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 441-468.
- Kaiser, G. (2002). Medienkriminalität. Spiegel der Wirklichkeit oder Instrument der Kriminalpolitik? *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 35 (1), 30-34.
- Karmen, A. (2000). *New York murder mystery: the true story behind the crime crash of the 1990s*. New York: New York University Press.
- Klimke, D. (2008). *Wach- & Schließgesellschaft Deutschland. Sicherheitsmentalitäten in der Spätmoderne*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Korfes, G. & Sessar, K. (1998). Sicherheitspartnerschaften in Brandenburg. In: Ortner, H., Pilgram, A., Steinert, H. (Hrsg.). *Die Null-Lösung*. Baden-Baden: Nomos Verlag. S. 211-228.
- Kräupel, G. & Ludwig, H. (1993). *Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens 1991/1992*. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht.
- Kreuter, F. (2002). *Kriminalitätsfurcht: Messung und methodische Probleme*. Opladen: Leske+Budrich.
- Kuckartz, U. (2010). Typenbildung. In: Mey, G., Mruck, K. (Hrsg.). *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 553-568.
- Kury, H. (1997). Zur Regionalverteilung der Kriminalität. In: Kury, H.(Hrsg.): *Konzepte Kommunaler Kriminalprävention. Sammelband der „Erfurter Tagung“*. MPI für Ausländisches und Internationales Strafrecht, Freiburg, S. 166-217.
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J. (1998). Kriminalitätsfurcht in Deutschland. *Kriminalistik* 52 (1), 26-36.





- Lamnek, S. (1990). Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien als Problem. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 73 (3), 163-176.
- LKA NRW 2006. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). *Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Forschungsberichte der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle Nr. 4*. Düsseldorf: Eigenverlag.
- Laue, C. (2002). Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Städten? In: Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.). *Düsseldorfer Gutachten. Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminal präventive Wirkungen*. Verfügbar unter: <http://www.duesseldorf.de/download/dg.pdf> [02.02.2011]
- Lüdemann, C. (2005). Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und "Disorder". Eine Mehrebenenanalyse zu den individuellen und sozialräumlichen Determinanten der Perzeption von physical und social incivilities im städtischen Raum. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 28 (4), 240-256.
- Lüdemann, C. & Peter, S. (2007). Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil - Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen. *Zeitschrift für Soziologie*, 36 (1), 25–42.
- Luff, J. (2004). Kriminologische Regionalanalysen. In: Kerner, H.-J., Marks, E. (Hrsg.): *Internetdokumentation Deutscher Präventionstag*. Hannover. Verfügbar unter: <http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=69> [07.02.2011].
- Markowitz, F. E., Bellair, P. E., Liska, A. E. & Liu, J. (2001). Extending Social Disorganization Theory. Modeling the Relationship between Cohesion, Disorder, and Fear. *Criminology*, 39 (2), 293-320.
- Maxfield, M. G. (1987). *Explaining fear of crime: Evidence from the 1984 British Crime Survey*. London: Home Office.
- Müller, B. (2007). *Soziale Kohäsion in der Nachbarschaft – Eine empirische Analyse von Einflussfaktoren auf Quartier- und Individualebene*. Zürich: z-proso.
- Obergfell-Fuchs, J. (2000). *Möglichkeiten der Privatisierung von Aufgabenfeldern der Polizei mit Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Eine empirisch-kriminologische Analyse*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Obergfell-Fuchs, J. (2001). *Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention*. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht.



- Oberwittler, D. (2003). Die Messung und Qualitätskontrolle kontextbezogener Befragungsdaten mit Hilfe der Mehrebenenanalyse – am Beispiel des Sozialkapitals von Stadtvierteln. *ZA-Informationen*, 53 (1), 11–41.
- Oram, M. (1995). *Kriminologische Regionalanalyse Harsewinkel. Ergebnisse einer Fragebogenstudie aus dem Jahr 1995*. Gütersloh: Kreispolizeibehörde Gütersloh.
- PSB 2001. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.). *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: Eigenverlag.
- PSB 2006. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.). *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: Eigenverlag.
- Ramsay, M. (1991). *The effect of better street lighting on crime and fear: A review*. Crime Prevention Unit Paper 29. London: Home Office Press.
- Reichertz, J. (2010). Mediatisierung der Sicherheitspolitik oder: Die Medien als selbständige Akteure in der Debatte um (mehr) Sicherheit. In: Groenemeyer, A. (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 40-60.
- Reuband, K.-H. (1998). Kriminalität in den Medien. Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme*, 9, 122-153.
- Reuband, K.-H. (2004). Steigert Polizeipräsenz das Sicherheitsgefühl? Eine vergleichende Studie in west- und ostdeutschen Städten. In: Schöch, H., Jehle, J.-M. (Hrsg.). *Angewandte Kriminologie zwischen Freiheit und Sicherheit*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Reuband, K.-H. (2009). Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: Lange, H.-J., Ohly, H.P., Reichertz, J. (Hrsg.). *Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Reuband, K.-H. (2010). Subjektives Kriminalitätserleben im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen im kollektiven Verlauf und individueller Erinnerung. In: Groenemeyer, A. (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 112-162.
- Rölle, D. (2010). Unsicherheitsgefühle, Mediennutzung und Vertrauen in Institutionen. Empirisch belastbare Zusammenhänge oder Messartefakte? In: Groenemeyer, A. (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 89-111.
- Sampson, R. J., Groves B. W. (1989). Community Structure and Crime: Testing Social-Disorganization Theory. *The American Journal of Sociology*, 94 (4), 774–802.



- Sampson, R. J., Raudenbush, S. W., Earls, F. (1997). Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. *Science* 277 (1), 918–924.
- Sampson, R. J. (2004). Neighborhood and Community: Collective Efficacy and Community Safety. *New Economy*, 11 (1), 106-113.
- Schäfer, A. (2002). Polizeiliche Pressearbeit und ihr Umgang mit der Kriminalstatistik. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 85 (1), 55-67.
- Scheer, A. (2010). Innere Sicherheit und soziale Unsicherheit. Sicherheitsdiskurse als projektive Bearbeitung gesellschaftsstrukturell bedingter Ängste? In: Groenemeyer, A. (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 23-39.
- Scheerer, S. (1978). Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. *Kriminologisches Journal*, (10), 223–227.
- Schetsche, M. (2000). *Wissenssoziologie sozialer Probleme. Grundlegung einer relativistischen Problemtheorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schubarth, W. (2001). Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien. *Neue Kriminalpolitik*, (3), 24-29.
- Schwarzenegger, C. (1992). *Die Einstellungen der Bevölkerung zur Kriminalität und Verbrechenskontrolle. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Zürcher Kantonsbevölkerung im internationalen Vergleich*. Freiburg i.Br.: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht.
- Schwind, H.-D., Ahlhorn, W. & Weiss, R. (1989). *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/1987*. Wiesbaden: BKA-Forschungsreihe.
- Schwind, H.-D., Fetchenhauer, D., Ahlborn, W. & Weiß, R. (2001). *Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975-1986-1998*. Neuwied: Luchterhand.
- Schwind, H.-D. (2009). *Kriminologie – eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.
- Sessar, K., Stangl, W. & van Swaaningen, R. (2008). *Großstadtängste – Anxious Cities*. Münster: Lit-Verlag.
- Shaw, C. & McKay, H. (1969). *Juvenile delinquency and urban areas*. Chicago: University of Chicago Press.
- Skogan, W. G. & Maxfield, M. G. (1981). *Coping with crime. Individual and neighborhood reactions*. Beverly Hills, London: Sage.



- Skogan, W. G. (1993). The Various Meanings of Fear. In: Pfeiffer, C., Wetzels, P. (Hrsg.). *Fear of Crime and Criminal Victimization*. Stuttgart: Enke. S. 131-140.
- Sparks, R. F., Genn, H. G. & Dodd, D. J. (1977). *Surveying Victims: A Study of the Measurement of Criminal Victimization, Perceptions of Crime, and Attitudes to Criminal Justice*. Chichester: Wiley.
- Spelman, W. (2004). Optimal targeting of incivility-reduction strategies. *Journal of Quantitative Criminology*, 20 (1), 63-88.
- Streng, F. (2009). Vom Zweckstrafrecht zum Feindstrafrecht? Überlegungen zu den Auswirkungen des neuen Sicherheitsdenkens auf ein „demokratisches Strafrecht“. In: Vormbaum, T. (Hrsg.). *Kritik des Feindstrafrechts*. Berlin: Lit Verlag. S. 181-202.
- Sun, I., Y., Triplett, R. & Gainey, R. R. (2004). Neighborhood Characteristics and Crime: A test of Sampson and Groves' Model of Social Disorganisation. *Western Criminology Review*, 5 (1), 1-16.
- van Ooyen, R. Chr. (2006). Community Policing. In: Lange, H.-J. (Hrsg.). *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*. Wiesbaden: VS Verlag. S. 44-48.
- Walter, M. (1998). Über Kriminalität als Gegenstand öffentlicher Debatten. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 81 (6), 433-440.
- Walter, M. (1999). Von der Kriminalität in den Medien zu einer bedrohlichen Medienkriminalität und Medienkriminologie. *DVJJ-Journal*, 10 (4), 348-355.
- Welsh, B.C. & Farrington, D.P. (2002). *Crime prevention effects of closed circuit television: A systematic review*. Home Office Research Study 252. London: Home Office Press.
- Wetzels, P., Bilsky, W., Mecklenburg, E. & C. Pfeiffer (1993). *Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen. Deskriptive Analysen krimineller Opfererfahrungen (Teil II): Subjektiv schwerste Opfererfahrung und Prävalenz stellvertretender Opferwerdung. KFN-Opferbefragung 1992*. KFN-Forschungsberichte Nr. 16. Hannover: KFN.
- Wetzels, P., Greve, W., Mecklenburg, E., Bilsky, W. & Pfeiffer, C. (1995). *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Williams, J. W. (2005). Reflections on the Private versus Public Policing of Economic Crime. *British Journal of Criminology*, 45, 316-339.
- Wilson, J. Q. & Kelling, G. L. (1996). Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. *Kriminologisches Journal*, 28 (2), 121-137.



- Windzio, M., Simson, J., Pfeiffer, C. & Kleimann, M. (2007). *Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung – Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006*. Hannover: KFN-Forschungsbericht.
- Wurtzbacher, J. (2003). Sicherheit als gemeinschaftliches Gut – Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit, *Leviathan*, 31 (1), 92-116.
- Wurtzbacher, J. (2008). *Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Zedner, L. (2006). Liquid Security: Managing the market for crime control. *Criminology & Criminal Justice*, Vol: 6(3), 267-288.
- Zedner, L. (2009). *Security*. Routledge: Abingdon.